MASTER
NEGATIVE
NO. 91-80205-3

MICROFILMED 1991

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES/NEW YORK

as part of the
"Foundations of Western Civilization Preservation Project"

Funded by the
NATIONAL ENDOWMENT FOR THE HUMANITIES

Reproductions may not be made without permission from
Columbia University Library

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States -- Title 17, United States Code -- concerns the making of photocopies or other reproductions of copyrighted material...

Columbia University Library reserves the right to refuse to accept a copy order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

AUTHOR: WESTLANDER, A.

TITLE: RUSSLAND VOR EINEM REGIME-....

PLACE: STUTTGART

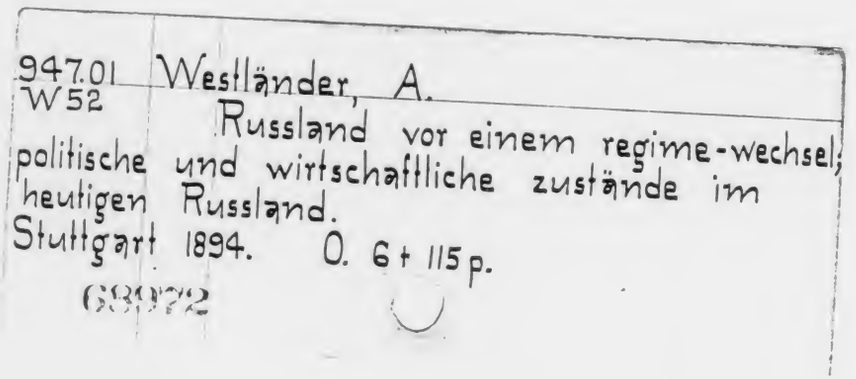
DATE: 1894

Master Negative #
91-80205-3

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DEPARTMENT

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

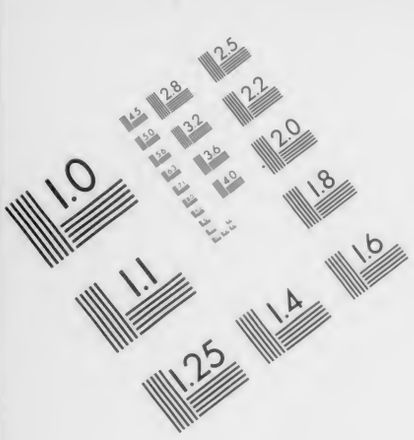
Original Material as Filmed - Existing Bibliographic Record


947.01 Westländer, A.
W52 Russland vor einem regime-wechsel;
politische und wirtschaftliche zustände im
heutigen Russland.
Stuttgart 1894. O. 6 + 115 p.
689972

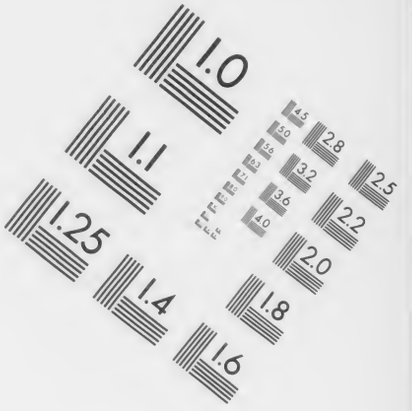
Restrictions on Use:

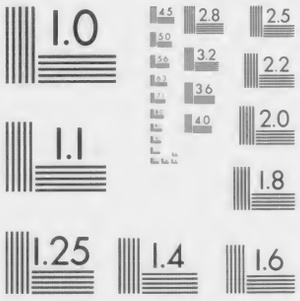
TECHNICAL MICROFORM DATA

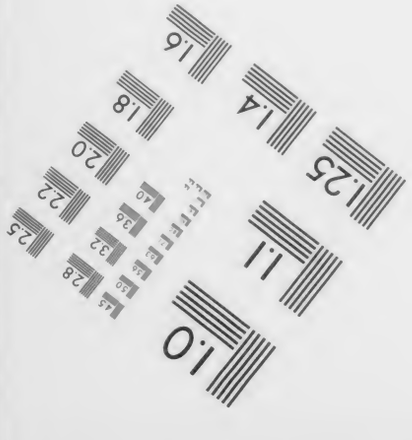
FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 11x
IMAGE PLACEMENT: IA ~~IA~~ IB IIB
DATE FILMED: 8/16/91 INITIALS ER
FILMED BY: RESEARCH PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE, CT



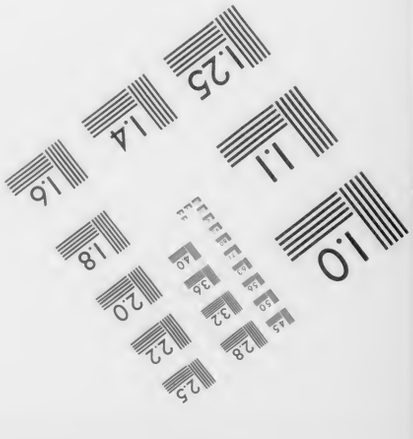
Association for Information and Image Management
1100 Wayne Avenue, Suite 1100
Silver Spring, Maryland 20910
301/587-8202

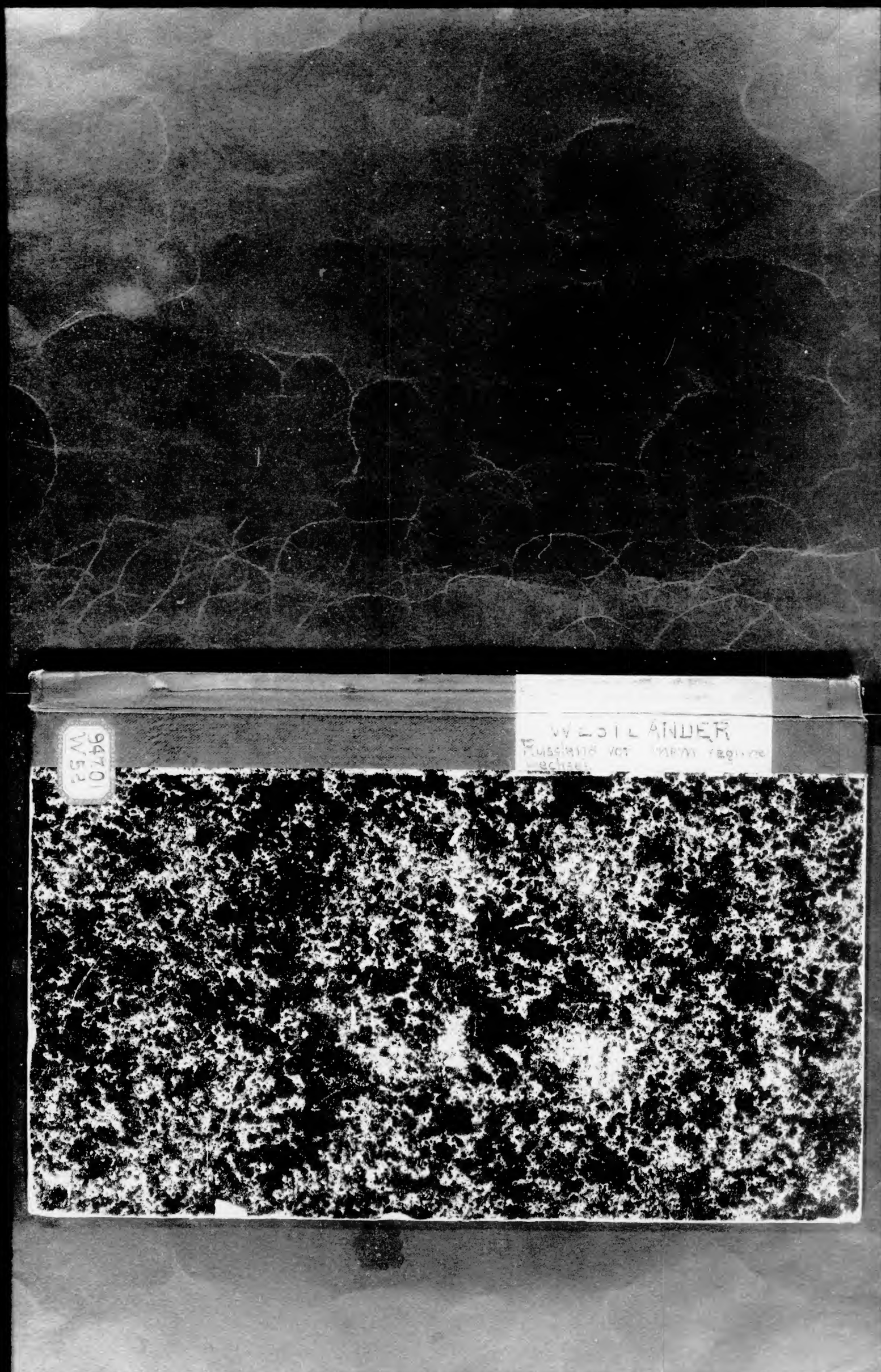






MANUFACTURED TO AIIM STANDARDS
BY APPLIED IMAGE, INC.




WESTLANDER
Russland vor einem regime
wechsel.
9470
W52

947.01 W52

Columbia College
in the City of New York.
Library.

GIVEN BY

Estate of Hermann F. Gulcke

RUSSLAND

vor einem

Regime-Wechsel.

Politische und wirtschaftliche Zustände im heutigen Russland.

Von

A. Westländer.

STUTTGART 1894
CARL MALCOMES
Verlagsbuchhandlung.

COLUMBIA
COLLEGE
LIBRARY, N.Y.

Alle Rechte,
insbesondere das der Uebersetzung in fremde Sprachen
vorbehalten.

Druck der Hoffmannschen Buchdruckerei in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

Reaktion und Nationalismus:

Zusammenhang zwischen Reaktion und Nationalismus. — Der Nationalismus eine künstliche Strömung. — Entwickelung Russlands in diesem Jahrhundert und Wechsel zwischen Fortschritt und Reaktion 1

Das derzeitige Regime:

Politische Lage beim Regierungsantritt Alexander III. — Wiederaufnahme des Nikolai'schen Systems. — Die zeitweiligen Erfolge. — Eintritt eines Wendepunktes 9

Bureaukratie und Selbstverwaltung:

Centralisation und Beschränkung der Selbstverwaltung. — Bevormundung und Reglementierung. — Mangelndes Interesse an der Selbstverwaltung. — Städtische Wahlen. — Absentismus der Edelleute. — Ernennung der Beamten der Selbstverwaltung. — Erhebung der Landschaftsabgaben. — Charakter des Beamtentums. — Institut der Landhauptleute 12

Agrar-Politik:

Abneigung gegen eine Umgestaltung des Gemeindebesitzes. — Landumteilungen. — Solidarische Haftungspflicht und Pass-System. — Rückgang der bäuerlichen Wirtschaften. — Arbeiterwanderungen 22

10 APR 1897 Estate of Hermann J. Gulcke Gf 09

231407

Seite

Wirtschafts- und Finanzpolitik:

Protektionismus. — Mangel an Kapital, Unternehmungsgeist und geschulten Arbeitern. — Ringe und Syndikate, Kohlen- und Zuckerkrisen. — Ausländische Fabrikanten. — Schädigung der Landwirtschaft. — Sibirische Bahn und Nordbahnen. — Ackerbau-Ministerium. — Vernachlässigung des Volksschulwesens und der bäuerlichen Bevölkerung. — Finanzpolitik. — Steuererhöhungen. — Beitreibung der bäuerlichen Abgaben. — Finanzminister Witte. — Verstaatlichungen. Staatliche Kontrolle. — Fieberhafte Thätigkeit im Finanzressort 31

Reaktion und Nationalismus in Gesellschaft und Presse:

Fügsamkeit und Anpassung der Gesellschaft. — Russischer Doktrinarismus. — Stagnation. — Nationalismus. — Unterdrückung der Presse. — Patriotische Zeitungsphrasen. — Uebersicht über die Presse 54

Neue liberale Gegenströmung:

Aufkommen einer liberalen Strömung. — Neue Bestrebungen in der Gesellschaft. — Widerspiegelung der Strömung in der Presse. — Liberale Wünsche. — Selbstkritik. — Aeusserungen gegen den Nationalismus und Chauvinismus. — Angriffe auf Wirtschafts- und Finanzpolitik. — Zollkrieg 62

Ausblick in die Zukunft 105

Vorwort.

Ein Standpunkt voller Widersprüche wird häufig genug in Westeuropa dem heutigen Russland gegenüber eingenommen: man sieht im Zarenreich häufig nicht viel mehr als eine Art europäisches China und bringt ihm doch gleichzeitig nicht geringen Respekt entgegen. Man sieht nur den Koloss und vergisst die thönernen Füsse. Man ist im allgemeinen darüber einig, dass Russland mit seiner derzeitigen Devise: „Zar, Orthodoxie, Nationalität“ die Richtung nach dem Ural zu eingeschlagen hat, man ist aber gleichzeitig nicht abgeneigt, dort an Erfolge zu glauben, wo streng nach dieser Devise in der innern und äussern Politik vorgegangen wird. Man glaubt — wie es oft genug den Anschein hat — an Bildungsfortschritte unter dem Zeichen der Orthodoxie, man glaubt an Erfolge der nationalen und wirtschaftlichen Absperrung Russlands, man glaubt an den Volkswohlstand und die finanzielle Kraft Russlands trotz der Beibehaltung des nationalen Gemeindebesitzes und trotz der russischen Finanzwirtschaft; man glaubt anscheinend an einen Fortschritt bei Unterdrückung aller Selbständigkeit, an einen Fortschritt ohne Selbstverwaltung, nur mittelst autokratischer Gesetze und mit Hilfe des russischen Beamten, man legt russischen Gesetzen fast dasselbe Gewicht bei, wie westeuropäischen, und

beurteilt russische Staatsmänner wie westeuropäische, sie als jenen gleichwertige Autoritäten anerkennend — und, um den Kreislauf gleichsam zu vollenden, zweifelt man trotz alledem schliesslich an der Zukunft Russlands und erblickt in dem Zarenreich womöglich das zukünftige Gebiet westeuropäischer Kolonialpolitik.

Und noch ein Widerspruch — ein sehr wesentlicher — tritt nicht selten zu Tage: es ist nicht viel länger als ein Decennium her, dass man Russland schweren innern Katastrophen preisgegeben glaubte — heut sieht man dort nur eine starre unterwürfige Masse, die höchstens nationalistischen Ideen zugänglich ist, und scheint diesen Zustand ebenso für dauernd zu halten, wie die ganze reaktionär-nationalistische Strömung.

Im Gegensatz dazu versucht der Unterzeichnete in der vorliegenden Schrift ein einheitliches Bild des gegenwärtigen Russland zu geben und zugleich nachzuweisen, dass innerhalb der gebildeten Klassen sich bereits ein Umschwung zu vollziehen begonnen hat, dass innerhalb der „Gesellschaft“ schon seit einiger Zeit eine gemässigt nationale Strömung sich Bahn zu brechen beginnt, die an die liberalen Traditionen aus der Regierungszeit Kaiser Alexanders II. anknüpft. Die Aussichten dieser liberalen Richtung werden zum Schluss erörtert und im Zusammenhang damit wird versucht, einige Gesichtspunkte hinsichtlich der Entwickelung Russlands unter einer zukünftigen liberalen Regierung aufzustellen.

A. Westländer.

Im Oktober 1894.

Nationalismus und Reaktion.

Zusammenhang zwischen Reaktion und Nationalismus. — Der Nationalismus eine künstliche Strömung. — Entwickelung Russlands in diesem Jahrhundert und Wechsel zwischen Fortschritt und Reaktion.

Die Reaktion und der Nationalismus, die gegenwärtig in Russland an der Herrschaft sind, können hier nicht als etwas von einander Unabhängiges bezeichnet werden, sondern stehen im engsten Zusammenhang mit einander. In Russland ist der Nationalismus, d. h. das masslose Betonen der Nationalität und des Nationalen auf allen Gebieten, zum Teil ein künstliches Produkt oder wenigstens eine Erscheinung, die nicht so sehr der Ausdruck eines bis ins Masslose überreizten Nationalitätsbewusstseins ist, als vielmehr das Ergebnis besonderer Verhältnisse, neben denen das Nationalitätsgefühl in mancher Hinsicht eine mehr untergeordnete Rolle spielt. Diejenigen Gründe, die in Westeuropa das Nationalitätsgefühl bis aufs äusserste gesteigert haben, fehlen in Russland entweder ganz oder sind nur in abgeschwächtem Grade vorhanden. Eine politische, nationale, soziale Unterdrückung oder Zurücksetzung der herrschenden Nationalität durch eine fremde hat nicht bestanden; ebensowenig ist der nationale Besitzstand, wenn man die ehemals polnischen Gebiete ausnimmt, gefährdet, denn Balten, Finnländer und die übrigen fremden Nationalitäten rücken ihre Sprachgrenze nicht vor, sondern werden ausserhalb ihres Gebietes im eigentlichen Russland überall russifiziert. Irgendwie ins Gewicht fallende separatistische Bestrebungen sind gleichfalls nicht vorhanden — die reichsfeindlichen Polen wiederum ausgenommen. Die herrschende Nation besitzt zudem zu sehr das Uebergewicht in numerischer Hinsicht, als dass sie gefährdet wäre, während andererseits die fremden Nationalitäten zu zahlreich sind

und zum Teil zu sehr eine geschlossene Masse in ihren Gebieten bilden, als dass sie durch Gewalt assimiliert werden könnten. Von aussen her droht Russland kaum eine Gefahr, es sei denn, dass eigene Eroberungslust einen Krieg provozierte, der nach einem unglücklichen Ausgange unter Umständen Gebietsverluste zur Folge haben könnte.

Schliesslich konnte das russische Nationalitätsgefühl auch durch die Bedrückung der Süd- und Westslaven seitens anderer Nationalitäten nicht tiefer berührt werden, denn die Verwandtschaft mit ihnen ist — die Ruthenen ausgenommen — ungefähr ebenso entfernt, wie die zwischen den einzelnen germanischen, resp. romanischen Völkern. Was Russland mit ihnen gemeinsam hat, bezieht sich hauptsächlich auf das kirchliche Gebiet, während im übrigen für Russland auf dem Balkan, oder richtiger am Bosporus, nur berechtigte politische Interessen in Betracht kommen.

Gereizt werden konnte das einmal erwachte russische Nationalitätsgefühl im Grunde nur durch die bisherige freiwillige, häufig übertriebene Unterordnung unter die westeuropäische Kultur und durch die im wesentlichen ebenfalls freiwillige Bevorzugung fremdländischer, speciell deutscher Elemente, namentlich in öffentlichen und auch in privaten Stellungen. Allerdings fehlte es auch nicht an jenem Moment, das im Westen, besonders aber in Oesterreich-Ungarn, bei bereits bestehendem, nationalen Antagonismus, die schärfste Form des Nationalismus hat erzeugen helfen: politische und kulturelle Unreife, die sich in Uebertreibungen und Anwendung radikaler Massregeln äussert, und inneres Schwächegefühl, das man der fremden Ueberlegenheit gegenüber im steten Preisen der nationalen Eigenart zu betäuben sucht, indem man zugleich das Selbstgefühl durch Erheben übermässiger Ansprüche zu stärken und die fehlende Kraft durch Fanatismus zu ersetzen bestrebt ist.

Immerhin genügt das alles nicht und hat auch in der That nicht genügt, um eine tiefgehende, nationalistische Strömung in den breiteren Schichten der russischen Bevölkerung zu erzeugen. In Russland ist nicht alles das Nationalismus, was danach aussieht, und wenn immerhin das Nationale auf allen Gebieten betont wird, so ist das, wie schon hervorgehoben, weniger die Folge eines überreizten Nationalitätsgefühls, als das Ergebnis des Zusammenwirkens besonderer Verhältnisse, hauptsächlich der Entwickelung, die Russland namentlich im Laufe dieses Jahrhunderts genommen hat.

Wenn es richtig ist, dass jede Entwickelung sich in Wellenlinien vollzieht, so bietet das Russland des 19. Jahrhunderts eine geradezu grossartige Bestätigung dieses Satzes. Die Gleichmässigkeit der Wellen-

bewegung ist hier überraschend: Zeiten fieberhafter, radikaler Fortschrittsbestrebungen haben mit Zeiten der Erstarrung und gewaltsamer, absoluter Unterdrückung jeder Entwickelung wie unter dem Druck eines ehernen Gesetzes abgewechselt.

Jedesmal wenn sich eine Zeit des Fortschritts und eine rückschrittliche Periode ablösten, vollzog sich auch ein Wechsel hinsichtlich der Bedeutung des nationalen Elements. In den Zeiten des Fortschritts musste dieses naturgemäss zurücktreten, denn es handelte sich eben in erster Linie um die möglichst schnelle Aneignung westeuropäischer Kulturerrungenschaften, in der rückschrittlichen Periode kam es dann wieder zur Geltung. Eine solche Periode nun durchlebt Russland gegenwärtig, und wenn nicht alles täuscht, wird diese wieder von einer liberalen abgelöst werden. Jede der bereits abgeschlossenen Perioden deckte sich zum Teil mit der Regierungszeit der jeweiligen Herrscher; noch vor dem Ablauf derselben begann sich jedesmal der Rückschlag geltend zu machen. —

Das Jahrhundert begann mit dem liberalen Regime Kaiser Alexanders I. Die Gärung, die die französische Revolution im politischen Leben Europas hervorgerufen hatte, erstreckte sich bis nach Russland und der Einfluss des Westens ergriff, namentlich infolge der Kriegszüge, welche die russische Armee bis nach Paris führten, weitere Kreise, als es jemals zuvor der Fall gewesen war. Die Folge war ein überhastetes Streben nach Aneignung der Civilisation des Westens. Mit Kaiser Nikolai gelangte dann nach Unterdrückung des von radikalen Schwärmern angezettelten Dekabristenaufstandes eine reaktionäre und damit auch nationale Richtung zur Herrschaft — nicht ganz ohne den Einfluss des Westens und der reaktionären Tendenzen, die die Regierungen in Oesterreich und Preussen verfolgten.

Dem altzarischen System Nikolais gingen extrem nationale Tendenzen innerhalb der gebildeten Klassen parallel. Diese Tendenzen bildeten eine Reaktion gegen die bisherige Vorliebe für den Westen; sie bestanden zunächst in einer Verherrlichung der Moskauer Vergangenheit, denn so sehr auch Kaiser Nikolai nächst Johann dem Schrecklichen von den heutigen Slavophilen als das Ideal eines wahrhaft nationalistischen Herrschers verehrt wird — damals unter dem Druck seines Regiments sah man in ihm noch nicht ein solches Muster und griff daher auf die Vergangenheit zurück: Die Zaren aus der Zeit vor Peter dem Grossen wurden zu wohlwollenden Patriarchen, das Volk erschien frei und unabhängig und alle Stände durch eine gemeinsame, volkstümliche Bildung eng verbunden, die auf der altbyzantinischen Bildungs- und Glaubensgrund-

lage beruhte. Zu dieser selben Grundlage, vor allem aber der Orthodoxie, sollten die gebildeten Klassen zurückkehren und ein selbständiger, von dem westeuropäischen abweichender, rein nationaler Kulturtypus begründet werden. Bei der Entstehung des russischen Nationalismus, des Slavophilentums und des Panslavismus, machte sich auch der Einfluss der romantischen Schule in Deutschland mit ihrer nationalen Richtung und ihrem Zurückgehen auf die Vergangenheit geltend, wie denn auch die nationale Bewegung in Westeuropa einen Widerhall in Russland fand und zwar in echt russischer Weise, in Form eines extremen Doktrinarismus; die Abhängigkeit vom Westen, die in diesem Zusammenhang des Slavophilentums mit analogen Bestrebungen im Westen hervortrat, kontrastierte zwar mit jener Tendenz, sich von diesem Einfluss zu befreien, entspricht aber völlig der ausserordentlichen Zugänglichkeit, welche Russland im Laufe dieses Jahrhunderts für Strömungen im Westen gezeigt hat und noch zeigt. Diese Abhängigkeit trat auch darin zu Tage, dass das Nationalitätsprinzip übernommen und im Panslavismus auf alle Slaven ausgedehnt wurde.

Schliesslich hat auch das Nikolai'sche Regime nicht wenig zur weitern Entwickelung des Slavophilentums beigetragen, trotz der Feindschaft, welche die Begründer dieser Richtung, so die von ehrlicher Begeisterung beseelten Aksakows, Chomäkow u. A. m. gegen das freiheitsfeindliche System hegten: jene Richtung musste gefördert werden durch die nationale Ueberhebung, mit welcher Kaiser Nikolai nach aussen hervortrat, sowie durch die äussern Erfolge, welche sein Regime zeitweilig errang; sodann aber fand sie eine Stütze in der bereits damals von der Regierung eingeleiteten Entnationalisierungspolitik und orthodoxen Propaganda, die übrigens beide in damaliger Zeit in erster Linie ein Ausfluss absolutistischer, centralistischer und bureaukratischer Gleichmacherei waren. Jedenfalls kam es sehr bald darauf heraus, dass die Anhänger der Slavophilenpartei mit der Regierung Hand in Hand gingen, sie für ihre Zwecke zu benutzen suchten und sich von ihr benutzen liessen: als panslavistische Hetzer auf dem Balkan und in Oesterreich oder als Russifikatoren in den Grenzgebieten. Das Nikolai'sche Regime war unzweifelhaft der günstigste Boden für die Entstehung des Gedankens, dem „Hundertmillionenreich" eine einheitliche Nationalität aufzuzwingen und alle fremden Nationalitäten gewaltsam zu russifizieren, von denen ein Teil den Russen an Kultur überlegen ist und in Gebieten wohnt, in die aus dem eigentlichen Russland fast nur der russische Beamte hinkommt.

Neben der reaktionär-nationalen Strömung bestand die fortschrittliche Richtung aus der Zeit Alexanders I. fort und entwickelte sich schliesslich, nicht ohne den Einfluss der Vorgänge im Westen, um so intensiver, als sie durch einen eisernen Druck niedergehalten wurde. Als dann im Krimkrieg der ganze innere Zerfall zu Tage getreten und das Nikolai'sche Regime zusammengebrochen war, begann, gleichsam als ein friedlicher Nachzügler der Revolutionen im Westen, die „Aera der Reformen" Kaiser Alexanders II. Die Regierung Alexanders II. bietet manche Parallele zu derjenigen Alexanders I.; das Russland der 60er und 70er Jahre war jedoch schon ein anderes, als das zu Anfang des Jahrhunderts; es hatte bereits eine Grundlage, wenn auch noch keine sehr feste, für eine moderne Entwicklung. Ganz dasselbe lässt sich auch vom gegenwärtigen Regime im Vergleich mit dem Nikolai'schen sagen: Die Reaktion ist gemässigter, ihre Formen sind nicht mehr in dem Grade uncivilisiert wie damals. Diese Thatsache ist sicher von Bedeutung; denn sie zeigt, dass Russland fortschreitet, und dass auf den Eintritt einer ruhigeren und stetigeren Entwickelung gehofft werden darf.

Wie unter Alexander I., so trat auch unter seinem Neffen die Reaktion auf die „liberale Aera" noch zu dessen Lebzeiten ein. Infolge der vorausgegangenen absoluten Unterdrückung jeder Regung äusserte sich der Liberalismus nach dem plötzlichen Umschlag als Radikalismus und ging zuletzt in den Nihilismus über. Im Grunde genommen verdankt die eigenartige Erscheinung des Nihilismus ihre Entstehung dem Nikolai'schen Regime und gelangte nur verspätet und durch andere Faktoren noch gefördert, unter Alexander II. zur Blüte. Der Nihilismus war durch die Reformen im Keime zurückgehalten worden; es war gewissermassen ein Aufschub, den die noch vorhandene Hoffnung auf eine bessere Zukunft gewährte. Als es zu Tage trat, dass die zum Teil überstürzten, zum Teil auf phantastische Theorien gegründeten Reformen die eingerissenen Schäden nicht mit einem Schlage beseitigen konnten und die Regierung aus Furcht vor dem Radikalismus auf die freie Initiative der Gesellschaft lähmend einwirkte, da brach die auf reine Vernichtung alles Bestehenden gerichtete Strömung unaufhaltsam durch; der Nihilismus ist eine verspätete Antwort auf das Regime Kaiser Nikolais, dessen Sünden der Sohn büssen musste.

Aber auch noch in andrer Weise äusserte sich der Rückschlag: es drängten sich immer mehr in den Vordergrund nationalistische Velleitäten — der russische Nationalismus, der als ein Seitenstück zum Nihilismus bezeichnet werden kann, mit dem er das Unfruchtbare, Negierende, Zerstörungslustige gemein hat. Die liberale Aera hatte sich auch auf nationalem Gebiet liberal gezeigt: so den

Polen gegenüber, die nach dem Aufstande von 1830 alle Schrecken des Nikolai'schen Systems hatten erfahren müssen. Nicht nur, dass Alexander II. ihnen eine autonome Verwaltung gewährte, die Polen genossen auch die Sympathien der „Sapadniki", der „Westlinge", und die Radikalsten unter ihnen liessen sie sogar nach dem Ausbruch des Aufstandes von 1863 nicht sofort fallen, sondern gedachten mit ihnen gemeinsame Sache gegen die Regierung zu machen. Nicht dass die „Sapadniki" national indifferent waren, im Gegenteil, sie fühlten sich durchaus als Angehörige eines jungen, kraftstrotzenden Volkes, das die Zukunft für sich habe, und träumten sogar davon, dereinst den Westen zu beglücken — nämlich mit der Lösung des socialen Problems auf der Grundlage des russischen Gemeindebesitzes: vorher aber bedurften sie des Westens, der, nach dem Ausspruch Alexander Herzens, allein im stande war, „Licht in den dunklen Abgrund des russischen Lebens zu werfen". Was die politischen Beziehungen zum Westen betraf, so träumte man von so einer Art Weltenverbrüderung, und in diesem Sinne dachte man sich auch die Verwirklichung des panslavistischen Ideals, soweit man ihm auf liberaler Seite huldigte.

Die „Sapadniki" drängten in den ersten 10 Regierungsjahren Alexanders II. die Slavophilen in den Hintergrund; als jedoch bei der Unreife der russischen Gesellschaft die liberale Bewegung stetig ausartete, gewann das Slavophilentum wieder an Kraft. Es war eine Reaktion gegen das krampfhafte Streben der Liberalen nach den Kultur-Errungenschaften des Westens, und zwar eine Reaktion, die um so stärker sein musste, als die Bestrebungen nicht im erhofften Umfang mit Erfolg gekrönt waren; man klammerte sich nun an das Nationale als das einzige Trostmittel, denn einen Halt, wenn auch einen künstlichen, bedurfte das verletzte Selbstgefühl; in seiner Schwäche predigte man den Rückschritt als alleiniges Heil, tröstete sich mit Phrasen und künstlicher Begeisterung für alles Nationale, und suchte sich durch Angriffe auf andere, deren Erfolge oder Vorzüge das verletzte Selbstbewusstsein unangenehm berührten, über die eigene Leistungsunfähigkeit hinwegzutäuschen.

Das Aufkommen einer nationalistischen Strömung wurde sehr wesentlich durch eine ganze Reihe von Ereignissen begünstigt: zunächst durch den polnischen Aufstand (1863), der in demselben Augenblick ausbrach, wo der Radikalismus Herzens und seiner Anhänger sich am allerunumschränktesten gebärdete und eine Reaktion geradezu herausforderte. Der Aufstand bot den geeignetsten Anstoss zu einem Umschlag. Damals begann Katkow, der bis dahin „Sapadnik" gewesen war, ebenso gegen die radikalen, socialistischen Bestrebungen der „Sapadniki", wie gegen ihren Kosmopolitismus vorzugehen und setzte die Entnationalisierungs-Politik in Polen durch. Er hatte sogar den Erfolg, dass die Liberalen selbst diese Politik guthiessen, und dass sie in die darauf losbrechenden Angriffe auf die baltischen Provinzen ebenfalls einstimmten: Die Liberalen, denen die Vorherrschaft des Adels in Polen und Litauen, sowie die konservative Struktur der Ostseeprovinzen ein Greuel war, machten es sich zur Aufgabe, diese Gebiete zu demokratisieren. In Polen und Litauen wurden denn auch die agraren Verhältnisse in diesem Sinne gewaltsam umgestaltet. Der polnische Aufstand war übrigens noch in anderer Hinsicht ein Wendepunkt: nicht nur, dass plötzlich ein ultrapatriotischer Geist die Gesellschaft überkam, man vergass auch für eine Zeitlang seine demokratische Gesinnung und veranstaltete treuunterthänige Manifestationen. — .

Nicht ohne Einfluss auf die russische Gesellschaft blieb ferner die nationale Bewegung in Italien und Deutschland, sowie die ganze nationalistische Bewegung im Westen. Die letztere musste als Vorbild und Stütze für das Ideal eines uniformen russischen Nationalstaates dienen, an welches sich der russische Doktrinarismus bei dem allmählichen Zusammenbruch der bisherigen Ideale anklammerte. Die deutsche Einigung führte bei dem Nachahmungsdrang der Russen dem Panslavismus neue Nahrung zu, und die Machtentwickelung Deutschlands reizte überdies die nationale Eifersucht. Der russisch-türkische Krieg begünstigte in der Folge ebenfalls das Aufkommen der ultranationalen Richtung; er hatte neue Demütigungen des Selbstgefühls im Gefolge und als Sündenbock für die im Kriege zu Tage getretenen Mängel und für die eigene Ohnmacht musste Deutschland herhalten, das man als nationalen Feind und als Hemmschuh für die eigenen nationalen Ziele hinstellte.

Nach diesem letzten Fiasko hielt man sich immer mehr an alles Nationale als an einen Notbehelf und suchte seinen Zorn über die innern und äussern Misserfolge an anderen auszulassen. Der russische Nationalismus ist damit in mehr als einer Hinsicht eine Reaktion auf die vorausgegangene liberale Periode: wie diese Periode von Streben und Begeisterung getragen war, so ist die nationalistische Strömung unfruchtbar und gekünstelt; während man vorher auch andern gegenüber liberal gewesen war, wurde man in der Folge missgünstig und zerstörungslustig.

Der Nationalismus war dabei durchaus geeignet, die russische Gesellschaft für eine Reaktion von oben vorzubereiten, wie sich denn auch die Slavophilen unter Nikolai mit dem damaligen System abzufinden verstanden hatten, obgleich ihnen ein demokratisches Element

eigen gewesen war: man hatte sich die Vergangenheit als einen Zustand patriarchalischer Freiheit zurecht gelegt und schwärmte für das vom „faulen Westen“ noch nicht angesteckte Volk. Dieses Element erfuhr durch den Radikalismus der russischen Gesellschaft unter Alexander II. noch eine Verstärkung und man war schliesslich auf slavophiler Seite kaum weniger demokratisch als die für die Verpflanzung westeuropäischer liberaler Institutionen schwärmenden Radikalen. Aber schon im Jahre 1862 hatte der nachherige Führer der Slavophilen Katkow als erster gegen den Radikalismus Herzens und seiner ganzen Partei Front gemacht. Zwei Jahre später, nach dem polnischen Aufstand, war er dann zum Nationalismus übergegangen und hatte bezeichnender Weise mit dieser Wandlung seine frühere Zugehörigkeit zu den „Sapadniki“ bis zu einem Grade abgestreift, dass er der erste Vorkämpfer des centralisierten russischen Nationalstaates und des unumschränkten Absolutismus wurde. Es war das ein Umschlag, der dem eigentlichen Wesen des Slavophilentums völlig entsprach und über kurz oder lang eintreten musste: wenn man alles Urrussische als Ideal verehren wollte, so konnte man logischer Weise die zarische Selbstherrlichkeit auf die Dauer nicht gut gewaltsam aus dem Programm ausscheiden: „Zar, Orthodoxie und Nationalität“ bilden eine Mischung, in der ersterer einen notwendigen, unvermeidlichen Bestandteil bildet. Der Katkow'sche Standpunkt wurde von andern hervorragenden Führern der Slavophilen geteilt, so von dem Oberprocureur des hlg. Synods Pobedonosszew, der als Erzieher Alexanders III. sowie als Berater desselben diesen seinen Standpunkt bethätigt hat. Bei dieser Stellungnahme der bedeutendsten Führer der Nationalisten konnte es nicht fehlen, dass die grosse Masse der Nationalisten schliesslich nachfolgte; so hatte sich der demokratische Iwan Aksakow nach dem Regierungsantritt Alexanders III. in kürzester Zeit für die zarische Selbstherrlichkeit zu begeistern verstanden.

Wenn der Nationalismus in Russland in engster Beziehung zu der politischen Reaktion steht und bis zu einem gewissen Grade ein Ausdruck und eine Form der Reaktion ist, so fragt es sich, ob nicht abermals, wie nach dem Nikolai'schen Regime, eine liberale Periode und damit auch ein Zurücktreten des Nationalismus zu erwarten ist. Diese Aussicht scheint vorhanden zu sein. Zur Begründung dieser Annahme soll in Nachstehendem eine Charakteristik des gegenwärtigen Regime versucht werden und zugleich auf die bereits vorhandenen Anzeichen eines zukünftigen Umschwunges eingegangen werden.

Das derzeitige Regime.

Politische Lage beim Regierungsantritt Alexanders III. — Wiederaufnahme des Nikolai'schen Systems. — Die zeitweiligen Erfolge. — Eintritt des Wendepunktes.

Während der ganzen Regierungszeit Kaiser Alexanders II. war der russischen Gesellschaft gegenüber niemals eine stetige, konsequente Politik befolgt worden: bald gewährte man ein übergrosses Mass an Freiheit und Einfluss, bald zog man die Zügel ohne triftigen Grund übermässig fest an.

Unsicher und schwankend gab man das eine Mal dem heftigen Drängen der Gesellschaft nach, um das andere Mal mit übertrieben scharfen Massregeln zu antworten. Durch die Unsicherheit der Regierung und durch ihren Mangel an Selbstvertrauen immer kühner gemacht, durch die willkürliche Strenge zugleich gereizt, wurde die russische Gesellschaft immer anmassender. Die eingeschüchterte Regierung neigte schliesslich mehr und mehr einer reaktionären Politik zu und nahm zu dem Apparat ihre Zuflucht, der unter Nikolai bei der Unterdrückung der Gesellschaft so gute Dienste geleistet hatte: zu Gendarmerie und Polizei. Die Folge war, dass die Gesellschaft ihre Opposition verstärkte: von dieser Regierung waren zu viel Hoffnungen geweckt worden, als dass man sich hätte bescheiden können; ausserdem traute man ihr keine Stetigkeit zu, schon weil man die Unsicherheit der leitenden Kreise durchfühlte. Man glaubte nicht ganz mit Unrecht, seinen Willen doch noch durchsetzen zu können.

Das Ansehen der Regierungsgewalt war unzweifelhaft aufs stärkste erschüttert, als Alexander III. den Thron bestieg. Ob der neue Herrscher nun eine gemässigt liberale Richtung einschlug oder nicht — in jedem Fall bedurfte es eines festen Programmes, das konsequent durchgeführt wurde, und einer selbstbewussten, entschlossenen Haltung, die keinen Zweifel darüber liess, dass die Regierung vor keinem Ansturm zurückweichen würde. Diese Forderungen zu erfüllen, war der Grosssohn Kaiser Nikolais durchaus geeignet. Seiner ganzen Naturanlage nach bedurfte er eines möglichst einfachen und gradlinigen Systems, das sich mit äusserster Konsequenz durchführen liess. Dass sein Programm ein reaktionär-nationalistisches

wurde, lag ebenso in den Zeitverhältnissen, wie in dem Charakter des Monarchen begründet: eine altmodische, patriarchalische Natur, allen modernen Strömungen fremd gegenüberstehend, streng religiös und durchdrungen von dem Glauben an einen zarischen Absolutismus von Gottes Gnaden, konnte dem einstigen Zögling eines der fanatischsten Doktrinäre unter den Slavophilen angesichts der Misserfolge der vorausgegangenen liberalen Regierung kaum eine Wahl übrig bleiben. Ob das Vertrauen zu dem neuen Programm gleich anfangs ein felsenfestes war, mag dahingestellt bleiben — jedenfalls hat sich Kaiser Alexander III. unbeirrt durch alle Gegenströmungen daran gemacht, „im Gehorsam gegen die Stimme Gottes die Zügel fest zu fassen und im Glauben an die Kraft und Wahrheit der selbstherrschenden Gewalt diese Gewalt zu befestigen und vor allen Anfechtungen zu bewahren".

Unter der Devise: „Zar, Orthodoxie und Nationalität" sind, wie einst unter Nikolai, Unterdrückung jeder unabhängigen Regung und jeder Oeffentlichkeit, Centralisation und unumschränkte Herrschaft des Beamten an der Tagesordnung, und Gendarmerie und Polizei sind in ihre alten Stellungen eingesetzt. Als ein Zar im kleinen herrscht in der Provinz der Gouverneur und unter ihm als ein Zar in Miniaturformat der Landhauptmann. Alles Nationale wird auf den Schild erhoben und alles Fremdartige, namentlich aber, wenn es dem Russentum überlegen ist, mit den masslosesten Mitteln verfolgt; religiöse Verfolgung und orthodoxe Propaganda werden von Staats wegen betrieben. Finanz- und Volkswirtschaft verfolgen ultranationale Ziele oder lediglich die Interessen des Fiskus. Das Unterrichtswesen wird abermals in den starrsten Formen gehalten und die freie Forschung eingeengt. Die offizielle Lüge und Heuchelei ist als unentbehrliches Hilfsmittel wieder an der Tagesordnung. Nach aussen hin wird, wenn auch keine aggressive Politik, so doch, wie unter Nikolai, eine Politik voll Ueberhebung und Ansprüchen verfolgt — kurz, das Regime Alexanders III. ist in allem und jedem ein so genaues Abbild des Nikolai'schen, als es die veränderten Verhältnisse, der dazwischen liegende Zeitraum eines Vierteljahrhunderts mit einer als rapid zu bezeichnenden Entwickelung nur irgend gestatten.

An willigen Vollstreckern des Programmes hat es nicht gefehlt. Zur obersten Leitung wurden entweder fanatische nationalistische Doktrinäre oder homines novi berufen — Kreaturen, die als heraufgekommene „Tschinowniki" keinen Anhang und keine Verbindungen besitzen und deren einziges Streben es ist, im Geiste des obersten Vorgesetzten zu wirken und denselben noch zu überbieten. Nach unten hin herrscht der gleiche Geist, schon weil es für die Thätigkeit des Strebers nur eine Richtung giebt, in der er sich hervorthun und die Beachtung der Vorgesetzten auf sich lenken kann.

Wie das Nikolai'sche, so hat auch das Regime Alexanders III. zunächst Erfolge gehabt. Es hat vor allem sein vornehmstes Ziel, die Wiederherstellung des Ansehens der zarischen Gewalt, in der That erreicht. Es ist das kein geringer Erfolg, wenn man sich den Radikalismus und die Zerfahrenheit zu Ende der Regierung Alexanders II. vergegenwärtigt: Attentate folgten auf Attentate, die höchsten Gesellschaftskreise und sogar die Armee, d. h. das Offiziercorps schienen von radikalen Tendenzen beherrscht und eine revolutionäre Katastrophe, die für das ganze Reich die verhängnisvollsten Folgen hätte haben müssen, wurde fast allgemein für unvermeidlich gehalten. — Das Regime hat aber noch eine Reihe von andern Erfolgen erzielt: Am 10jährigen Regierungsjubiläum Kaiser Alexanders III. schien nicht nur der Nihilismus unterdrückt, auch die Finanzen und die wirtschaftliche Lage schienen gefestigt, nach aussen war Russland fast so gefürchtet, wie unter Nikolai und schliesslich — die Gesellschaft brachte dem Regime geradezu Sympathieen entgegen.

Ein thatsächliches Verdienst des Regimes, vielleicht aber auch das einzige, ist die Festigung der Regierungsmacht. Dass dieses Ziel so bald erreicht und die Gesellschaft zugleich gewonnen werden konnte, dazu haben verschiedene Faktoren mitgewirkt. Einmal war die Gesellschaft durch das Aufkommen des Nationalismus für das Regime allmählich vorbereitet worden; dann aber bot der Charakter des Russen überhaupt — worauf später eingegangen werden soll — eine geeignete Grundlage: unter anderm war der Russe an die Zarische Selbstherrschaft von altersher so gewöhnt, dass er leicht von neuem unterduckte, als er die nationale Knute wieder von einer festen Hand geführt sah: halb willig nahm er das vertraute Joch wieder auf sich. Mitgewirkt haben mag auch die konservative Strömung im Westen, wo Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck das monarchische Prinzip wieder zu Ehren gebracht hatten. Ferner war die nationalistische Richtung zeitgemäss und die offizielle Anerkennung der nationalistischen Ideale berührte angenehm; damit wurde auch wenigstens ein Ventil für die Bethätigung politischer Leidenschaft, nämlich auf nationalistischem Gebiet, offen gelassen, und zwar ist das mit zielbewusster Berechnung geschehen, um die Aufmerksamkeit von der übrigen Politik der Regierung abzuziehen. Der kritiklosen Menge schmeichelten ausserdem die rein äusserlichen Erfolge des Regimes: die Stellung nach aussen, die Beseitigung des Deficits im Budget, die Anhäufung von Goldbeständen, das schein-

bar günstige Resultat der protektionistischen Wirtschaftspolitik. Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass manches, das unter Alexander II. gesäet war, erst nachträglich Früchte ansetzte, die dann auf das Konto des gegenwärtigen Regime gesetzt wurden. Endlich bestanden die Reformen der vorhergegangenen Periode während der ersten 10 Jahre formell noch uneingeschränkt fort.

So unbestritten die Thatsache auch ist, dass das Ansehen der Regierungsgewalt wieder hergestellt worden ist, ebenso unzweifelhaft erscheint es, dass die weitere Beibehaltung des derzeitigen Regierungssystems ernste Gefahren erzeugen kann. In dem Augenblick, wo die Regierung ihre Macht gefestigt hatte, wäre es an der Zeit gewesen, zu einem gemässigten Absolutismus einzulenken; es hätte dieses ohne Gefahr geschehen können, da die Regierung die Situation in der Hand hatte und die Gesellschaft ihre Ansprüche völlig herabgesetzt hatte. Statt dessen hat die Regierung ihre gefestigte Stellung dazu ausgenutzt, die reaktionäre Tendenz noch zu verschärfen. Bereits aber scheint sie den Höhepunkt ihrer Erfolge erreicht zu haben: Nach dem 10jährigen Regierungsjubiläum Alexanders III. haben fast gleichzeitig mit der Verschärfung des Systems die Folgen desselben unzweideutiger hervorzutreten begonnen und allem Anscheine nach droht ihm ein ähnliches Fiasko, wie es einst das System Kaiser Nikolais erlitt.

Bureaukratie und Selbstverwaltung.

Centralisation und Beschränkung der Selbstverwaltung. — Bevormundung und Reglementierung. — Mangelndes Interesse an der Selbstverwaltung. — Städtische Wahlen. — „Absentismus" der Edelleute. — Ernennung der Beamten der Selbstverwaltung. — Erhebung der Landschaftsabgaben. — Charakter des Beamtentums. — Institut der Landhauptleute.

In strenger Einhaltung seines feierlich geoffenbarten Regierungsprogrammes hat Alexander III. das altzarische Regiment wieder eingeführt und hat den alten Centralisationsapparat Kaiser Nikolais mit dem dazu gehörigen Formalismus, der gegenseitigen Kontrolle und dem völligen Mangel eines Zusammenhanges zwischen den einzelnen Zentralbehörden wieder instandsetzen lassen. Dasselbe Experiment,

das ein Menschenalter vorher mit einem völligen Misserfolg endete, wird jetzt aufs neue unternommen, wo die Ausdehnung des Reiches noch grösser ist, wo alle Verhältnisse verwickelter geworden sind, wo Russland in ganz anderm Masse als damals auf den verschiedensten Gebieten mit dem Auslande konkurrieren muss. Die Centralisation soll das gesamte Detail der Verwaltung umfassen; man regiert wieder absolut und bureaukratisch, ohne die Mitwirkung und ohne die Mitarbeit des Volkes oder der Gesellschaft — wie es nach russischer Terminologie heisst, denn von einer Teilnahme des eigentlichen Volkes am politischen Leben kann in Russland keine Rede sein — ja ohne jede Rücksichtnahme auf die Wünsche der Gesellschaft.

Die unter Alexander II. ins Leben gerufene Selbstverwaltung ist allerdings nicht völlig beseitigt worden, aber durch die „Reformen" der derzeitigen Regierung ist ihr jede Selbständigkeit genommen worden: nicht nur die Zahl der Wahlbeamten ist bedeutend herabgesetzt, die Städte und Landschaften (Semstwo) sind auch in ihren Kompetenzen beschränkt worden, und endlich bedarf ein jeder Beschluss entweder direkt der Bestätigung seitens der Regierung oder kann im Instanzengang von den höchsten Centralbehörden umgestossen werden. Die Selbstverwaltungsorgane sind damit thatsächlich Unterbehörden der Administration geworden.

Dass diese Einschränkungen nicht eine blosse Form bleiben, dafür sorgt der Geist des Regimes, das Beispiel, das von Oben mit der Abneigung gegen alle Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegeben wird. Die Bevormundungs- und Reglementierungswut, die Sucht nach Unifizierung und Formalismus spricht sich unter anderm darin aus, dass im ganzen Reiche auch die harmlosesten Vereine und Gesellschaften oder noch so unschuldige Unterstützungs- und Hilfskassen der ministeriellen Bestätigung bedürfen. Dabei kann noch von Glück geredet werden, wenn nach allen Weitläufigkeiten und Zeitverlusten die Bestätigung schliesslich erfolgt; häufig genug werden die vorgestellten Statuten verworfen und man verweist auf die bereits früher bestätigten Statuten irgend einer andern, durchaus nicht die gleichen Zwecke verfolgenden Gründung oder auch auf die famosen Normalstatuten — ja mitunter wird die Bestätigung versagt und auf den erst bevorstehenden Erlass von Normalstatuten vertröstet, die für landwirtschaftliche Vereine, für städtische Leihkassen, für die Erhebung städtischer Hundesteuern etc. etc. ausgearbeitet werden und für das ganze grosse Reich gelten sollen. Mit der Aufhebung und Auflösung bestehender Unternehmungen hat es dagegen bedeutend geringere Schwierigkeiten: dazu genügt häufig eine simple Verfügung des Gouverneurs (des russischen Ober-

präsidenten oder Präfekten) oder eine schnell genug von ihm erwirkte ministerielle Anordnung.

Es ist allerdings nicht zu leugnen, dass die Selbstverwaltung sich unter der vorigen Regierung nur wenig entwickelt hatte: nach der ersten Begeisterung war ein Rückschlag eingetreten, weil die Sache noch zu neu war, der Russe wenig Neigung und wenig Schulung für Arbeit im kleinen besitzt und weil die Regierungsorgane sich in der Folge einmischten und den tüchtigeren Kräften die Lust an der kommunalen Thätigkeit verleideten. Immerhin war doch ein Anfang mit der Entwickelung von Gemeinsinn und selbständiger Initiative gemacht worden, es bedurfte jetzt einer Unterstützung und Förderung dieser Anfänge. Davon ist unter der gegenwärtigen Regierung keine Rede. Schon das Bewusstsein, allen Eingriffen machtlos gegenüber zu stehen, stets geschoben zu werden und bei etwaigem Widerstande jeder Art Willkür ausgesetzt zu sein, müsste lähmend wirken. Man kann es dem gebildeten Russen kaum verdenken, wenn er kein Verlangen zeigt, unbesoldeter oder gering besoldeter Untergebener des Gouverneurs und seiner Kanzlei zu sein — des allmächtigen Gouverneurs, der im besten Falle ein ehemaliger Adelsmarschall (Vorsitzender der Adelsversammlung eines Kreises oder Gouvernements), in der Regel aber ein alter Militär oder ein in der Abgeschlossenheit irgend einer Behörde aufgedienter Beamter ist, und dessen Hauptsorge sich darauf richtet, dass sein Gouvernement sich äusserlich nach Oben gut präsentiert, und dass die Administration die ihr gebührende Rolle spielt. Nur zu häufig führen unter solchen Verhältnissen lediglich eigennütziges, gewinnsüchtiges Interesse den Selbstverwaltungsorganen die erforderliche Zahl der Vertreter zu.

Eine wie geringe Anziehungskraft die Selbstverwaltung in ihrer „reformierten“ Gestalt ausübt, das haben die letzten städtischen Wahlen bewiesen, die auch für russische Verhältnisse beispiellos traurig ausfielen. Im eigentlichen Russland haben die Wahlen auf Grund der neuen Städteordnung, wozu das Verbot der Abhaltung von öffentlichen Vorberatungen der Wähler auch noch mitgewirkt haben mag, fast nirgends beim ersten Wahlgang die gesetzliche Anzahl von Stadtverordneten ergeben. So wurden in Odessa, das sich früher durch eine lebhafte Wahlagitation auszeichnete, nur 35 statt 75 Stadtverordnete gewählt, in Saratow 58 statt 80, in Nischni-Nowgorod 37 statt 60 u. s. w. In den beiden Residenzen gelang es sogar trotz mehrfacher Ergänzungswahlen nicht, die vorgeschriebene Zahl zu erreichen: in Petersburg, das beim ersten Wahlgang nur 32 statt 160 Stadtverordnete erhielt, und in Moskau, das es

auch nach den Ergänzungswahlen nur auf 140 Vertreter brachte, musste schliesslich die Stadtverordneten-Versammlung aus den Gliedern des früheren Bestandes komplettiert werden.

Zugleich ist auch die Zusammensetzung der jetzigen Stadtverordneten-Versammlungen eine andere geworden: so besitzen z. B. in Charkow, wo früher auch die Professoren der dortigen Universität regen Anteil an der städtischen Selbstverwaltung nahmen, von den Gewählten nicht mehr als vier Universitätsbildung. — Schwierigkeiten machten schliesslich auch die Wahlen des Stadthauptes und der Stadthaupt-Gehilfen; in Petersburg selbst musste das Stadthaupt von der Regierung abkommandiert werden.

Nicht viel besser liegen die Dinge in der Landschaft, der „Semstwo“. Das neue Semstwo-Gesetz will dem Adel eine bevorzugte, womöglich eine Ausschlag gebende Stellung in der Semstwo-Vertretung einräumen. Leider ist nur der sogenannte Absentismus der adeligen Gutsbesitzer (d. h. die dauernde Abwesenheit der Grossgrundbesitzer von ihren Gütern, um ihren ständigen Aufenthalt in grossen Städten zu nehmen und meist im Staatsdienst eine Stelle zu suchen) grösser denn je und die Zahl derjenigen, die auf ihren Gütern leben, scheint sich noch weiter zu verringern. So kommt es, dass die Semstwo-Wahlen auch in solchen Gouvernements auf Schwierigkeiten stossen, wo der adelige Grossgrundbesitz überwiegt; sogar in einem derartigen Adelscentrum wie Moskau konnte es sich ereignen, dass die Zahl der für das Gouvernement zu wählenden Deputierten diejenige der Wähler überstieg.

Andere Schwierigkeiten machen sich in denjenigen Gouvernements geltend, die fast ausschliesslich eine Bauernbevölkerung besitzen, wie z. B. Perm und Wjatka. Nach dem neuen Semstwo-Gesetz werden nämlich bestimmten Wahlbeamten die Rechte des Staatsdienstes verliehen; diese Bestimmung, die ein Vorrecht enthalten soll, ist nun von der Verwaltung dahin ausgelegt worden, dass die Gewählten die Qualifikation für den Eintritt in den Staatsdienst besitzen, d. h. wenn sie nicht Söhne von Edelleuten oder Beamten sind, eine höhere Lehranstalt absolviert haben müssen. Wo diese Bedingungen nicht vorhanden waren, ist es in einigen Fällen dazu gekommen, dass z. B. die Wahlen von Präsidenten der Landschaftsämter (der russischen Kreis-Ausschüsse) nicht bestätigt und die betreffenden Posten seitens des Gouverneurs mit ehemaligen Landpolizei-Offizieren besetzt wurden. (Die Landschaftsbeamten können nämlich, ebenso wie die städtischen Wahlbeamten, nach dem neuen Landschaftsgesetz von der Regierung ernannt werden, falls die von den Landschaftsversammlungen vorgestellten Kandidaten den

gesetzlichen Anforderungen nicht genügen oder falls es der Regierung aus irgend einem Grunde nicht beliebt, die vorgeschlagenen Personen zu bestätigen).

Der Semstwo-Dienst besitzt übrigens auch insofern wenig Anziehungskraft, als schon das Budget sehr ärmlich ist und die Selbstverwaltung neben den örtlichen staatlichen Behörden eine so bescheidene Stellung einnimmt, dass nicht einmal die der Semstwo zukommenden, geringen Abgaben thatsächlich einfliessen; es wird nämlich in den Jahresberichten der Landschaftsämter vielfach darüber Klage geführt, dass die Polizei-Organe sich nur um die möglichst schnelle Beitreibung der Regierungsabgaben bemühen, ohne Rücksicht auf die Lage der Steuerzahler und auf die Rückstände an Semstwoabgaben. Im Sommer 1894 hatte denn auch die Gouvernements-Landschaft von Nischni-Nowgorod den Plan angeregt, die nächsten ordentlichen Landschaftsversammlungen der einzelnen Gouvernements sollten eine Petition beschliessen, nach der, wie das früher der Fall gewesen, den Landschaftssteuern vor den staatlichen der Vorzug einzuräumen sei. In dem Antrag der erwähnten Landschaft wurde darauf hingewiesen, dass bei dem jetzt herrschenden System, angesichts der Verschuldung der bäuerlichen Bevölkerung, die rückständigen Landschaftsabgaben ins Ungeheure wüchsen; schon sei die Thätigkeit mehrerer Landschaften durch den Mangel jeglicher Mittel völlig lahm gelegt.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann es nicht überraschen, wenn in der Korrespondenz eines russischen Blattes das Urteil über die Wahlbeamten der Landschaften eines bestimmten Gouvernements wie folgt formuliert wurde: „Der Dienst in der Semstwo ist bei uns so wenig anziehend, dass der Personalbestand der Semstwo sich fast ausschliesslich aus Personen rekrutiert, denen jede andere dienstliche Thätigkeit verschlossen ist."

Wenn das gegenwärtige Regime die Gesellschaft von aller Mitarbeit ausschliesst, so kann der Ausgang nur ungünstig sein, denn die russische Bureaukratie allein ist so gut wie ohnmächtig, etwas Positives zu schaffen. Der moderne Russe besitzt überhaupt nicht viel Organisationstalent und praktischen Blick; als Beamter klammert er sich an Kanzleischablone und Formalismus, der schon die Chicane streift, oder, was unter Umständen noch schlimmer sein kann, an Doktrinen und abstrakte Theorien. Vor allem aber ist der russische Beamte ein Fremdling im eigenen Land. Ganz Russland ist eigentlich in steter Bewegung, niemand ist sesshaft: der Bauer verlässt alljährlich in Scharen sein Dorf, um in der Ferne Brot und Arbeit zu suchen; der Edelmann verlässt seinen Gutshof, um im Staatsdienst

unterzukommen, und der Beamte wechselt beständig den Ort seiner Thätigkeit: fast mit jedem Avancement ist eine Versetzung verbunden; häufig erfolgt diese auch ohne einen solchen Anlass nach einem gewissen Zeitraum. Gerade am häufigsten sind diese steten Versetzungen in den Ministerien des Innern und der Justiz, Ressorts, deren Beamten eine genaue Kenntnis der lokalen Verhältnisse dringender bedürfen, als irgend ein anderes. Kaum dass der Beamte an einem Ort zur Not sich eingelebt hat, sieht er sich wieder neuen und anders gearteten Verhältnissen in dem buntscheckigen Russland gegenüber und steht damit eigentlich stets ausserhalb des wirklichen Lebens. Angesichts der landesüblichen Umgehungen der Gesetze in nicht geringem Grade misstrauisch und allem Fremden gegenüber argwöhnisch, nimmt er zur Routine oder zu den unter anderen Verhältnissen gewonnenen Erfahrungen seine Zuflucht. Dass er nur selten ein wärmeres Interesse für die Umgebung gewinnt, in der er zu wirken hat, ist nur natürlich. Zu alledem kommen die bekannten Schwächen des russischen Beamtentums: Willkür, Schlendrian, Mangel an Rechtsgefühl und Durchstechereien aller Art, Bestechlichkeit u. s. w. Gerade in dieser Hinsicht ist unter dem Einfluss des gegenwärtigen Regime eher eine Verschlimmerung als ein Fortschritt zu erwarten und die Verhältnisse sind durchaus dazu angethan, die Qualität des Beamtentums soweit zu verschlechtern, dass dieses sich wieder den Typen der Nikolai'schen „Tschinowniks" nähert. Unter Alexander II. hatte der Geist der Reformen sich auch auf das Beamtentum erstreckt und auch auf dieses bis zu einem gewissen Grade einzuwirken begonnen, schon weil die Gesellschaft damals einen mächtigen Einfluss besass und das Beamtentum, das sich in seinem gebildeten Teil aus ihr rekrutierte, in den Bestrebungen derselben einen Halt fand gegen die alten Traditionen. Unter Alexander III. wurde der Gesellschaft, die schon an sich indifferenter als früher allen Schäden gegenübersteht, systematisch jeder Einfluss entzogen und dafür wurde sie in jeder Hinsicht unter das Beamtentum gestellt. Unter der vorhergehenden Regierung war die Presse von wohlthätigster Einwirkung auf die Bureaukratie, indem sie Beamten-Willkür und Beamten-Missgriffe bis zu einem gewissen Grade vor das Forum der Oeffentlichkeit zog und die Schuldigen vor ihren Vorgesetzten blossstellte. Die Presse kann diese Rolle jetzt nur in höchst bescheidenem Masse spielen und ist als öffentlicher Ankläger so gut wie mundtot gemacht. Wie heilsam übrigens jener Einfluss war, ist daraus zu ersehen, dass die Furcht vor der Presse dem „Tschinownik" noch immer in den Gliedern steckt; es ist geradezu lächerlich, welchen Respekt auch der höhere Beamte, darin mit der

gebildeten Gesellschaft übereinstimmend, vor dem gedruckten Wort hat und welche Bedeutung er ihm noch immer beilegt. In welcher Weise russische Beamte gegenwärtig wirtschaften können, ohne dass sich in der Presse ein Sturm darüber erheben darf, das beweist folgender Fall, von dem nur ein in Russland erscheinendes deutsches, stets zuverlässig bedientes, Blatt im Mai 1894 in der folgenden kurzen, in einer versteckten Rubrik abgedruckten Notiz Akt zu nehmen wagte: „Seit zehn Jahren wütet die Viehseuche zwischen Wolga und Don, doch schlimmer als die Viehseuche wüteten gewisse Quarantäne-Veterinäre. Einige am Viehhandel beteiligte Personen hatten bei den Zarizynerbanken ein Moratorium unter Hinweis darauf nachgesucht, dass ihnen von den Veterinären so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, dass sie nicht rechtzeitig ihren Verpflichtungen den Banken gegenüber nachkommen können. Sie hatten dabei ca. 30 Veterinäre namhaft gemacht. Ihre Aussagen gegen zwei bestimmte Quarantäne-Veterinäre, die ein förmliches Aussaugungs- und Plünderungssystem gegen die Viehhändler eingerichtet hatten, waren derartig gravierend, dass diese beiden Herren nach den Ergebnissen der Voruntersuchung kalt gestellt worden sind und sich wahrscheinlich auf ein recht strenges richterliches Urteil gefasst machen können. Zufolge all dieser Umstände ist das Fleisch in Zarizyn, diesem Centrum für Viehhandel und Viehexport, teurer als in St. Petersburg."

Unter Alexander II. war die oberste Gewalt freisinnig und fortschrittlich, was in einer Beamten-Hierarchie nach unten hin eine weitgehende Einwirkung auszuüben pflegt. Unter dem gegenwärtigen Regime giebt fast ausschliesslich die reaktionäre oberste Gewalt für die Beamtenwelt den Ton an; sie fördert das Strebertum und verführt den einzelnen Streber zum steten Sicheinmischen und zu aberwitzigen Experimenten und Verfügungen, während in demselben Grade, wie der Formalismus und die formelle Ueberwachung sich steigern, Durchstechereien und Gesetzesumgehungen wieder zunehmen.

Der Einfluss des Regimes hat auch bereits diejenige Beamtenkategorie ergriffen, die seit den Reformen Alexander II. den Ruf eines weissen Raben unter dem Beamtentum geniesst, nämlich den Richterstand. Während die Justiz in Russland vor Alexander II. noch jämmerlicher als alles übrige war, wurde dem Richterstande mit der Justizreform geradezu ein neuer Geist eingeflösst. Mit dem Prozessrecht des Westens verpflanzte man zugleich die Traditionen eines unabhängigen und ehrenhaften Richterstandes nach Russland; man zog möglichst viele junge Kräfte mit Universitätsbildung heran, man gab dem Richter eine ähnliche Stellung wie im Westen,

appellierte an sein Ehr- und Standesgefühl und hatte in jener Zeit des Aufschwunges und der Anspannung der nationalen Kräfte in der That den Erfolg, dass der Justizbeamte einen Grad von Unbestechlichkeit und — soweit nicht politische und soziale Tendenzen ins Spiel kamen — Unparteilichkeit zeigte, wie er bis dahin in Russland unerhört gewesen war. Gegenwärtig ist die Justiz von dem Geist des Tschinownikentums in viel stärkerem Masse angesteckt. Der dem russischen Gerichtsverfahren auch nach der Reform eigene Formalismus hat zugenommen und in die ehemalige Hochburg des Liberalismus ist manche Bresche geschlagen worden: während dem Justizbeamten früher eine zu grosse Unabhängigkeit gewährt war und diese von ihm in politischen Prozessen durch Parteinahme gegen die Regierung missbraucht wurde, lässt er sich jetzt, wo die Zügel auch in seinem Ressort schärfer angezogen worden, mitunter herbei, als Werkzeug der Regierung zu dienen. In der russischen Gesellschaft wird dem Juristen nicht selten der Vorwurf des Strebertums gemacht und in der Presse, namentlich in der Fachpresse, wird darüber Klage geführt, dass Tüchtigkeit und Fachbildung nicht mehr auf demselben Niveau wie früher stehen.

Ein nicht ungefährliches Experiment ist, dass bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Bureaukratie ihre Herrschaft auch auf die bäuerlichen Verhältnisse ausgedehnt wird. Der russische Bauer hat neuerdings einen direkten Vorgesetzten in Gestalt des Landhauptmanns erhalten. Dieser wird von der Regierung ernannt und vereinigt die Funktionen eines Administrativbeamten mit denjenigen der ehemaligen, nunmehr aufgehobenen Friedensrichter, die Wahlbeamte waren. Dem Landhauptmann ist vor allem die bäuerliche Selbstverwaltung unterstellt, er darf aber nicht ausserhalb der Leitung und Kontrolle der Regierung stehen. An sich ist es allerdings höchst wünschenswert, dass der Bauer, der nach der Aufhebung der Leibeigenschaft völlig sich selbst überlassen worden ist, unter strenge Zucht und Aufsicht gestellt wird. Soll aber nicht mehr Unheil als Nutzen gestiftet werden, so müsste diese Aufsicht von Personen geübt werden, die einerseits ein weniger grosses Gebiet unter sich haben und weniger mit Obliegenheiten der mannichfachsten Art überlastet sind, wie es bei dem Landhauptmann der Fall ist, und die andrerseits eine genaue Kenntnis der bäuerlichen und lokalen Verhältnisse besitzen. Was die letztern Bedingungen anbetrifft, so ist der Landhauptmann, soweit es sich übersehen lässt, sehr häufig ein Beamter oder früherer Militär, der den bäuerlichen Verhältnissen durchaus fremd gegenübersteht. Im Gesetz ist allerdings als Prinzip aufgestellt worden, dass der Landhauptmann wo-

möglich dem ortseingesessenen Adel angehören soll. An einem solchen Adel herrscht nun aber der grösste Mangel. Eine sehr lehrreiche Schilderung der betreffenden Verhältnisse wurde vor einiger Zeit in der „Nowoje Wremja“ veröffentlicht. Der Autor, der sich mit seinem vollen Namen unterzeichnet hatte, wollte seine Schilderung allerdings ausdrücklich auf das Gouvernement Orel beschränkt wissen; aber man geht wohl nicht fehl, wenn man die von ihm angedeuteten Zustände mehr als Regel denn als Ausnahme für das ganze eigentliche Russland bezeichnet. Die Schilderung lautet etwa wie folgt: „Was die Frage nach den örtlichen Kräften und Kapazitäten betrifft, so müssten die Bewohner des Gouvernements Orel sie einstimmig, kategorisch und ohne einen Augenblick zu schwanken dahin beantworten, dass das Gouvernement sehr arm werde an Personen, welche ihren ständigen Wohnsitz auf ihren Gütern nehmen, und dass die Provinz vielleicht in gleicher Weise auch in qualitativer Hinsicht verarme. Nicht ohne Mühe sei es gelungen, die erforderliche Zahl von Landhauptleuten zu finden und auch nicht alle von ihnen seien Ortseingesessene; falls sie alle plötzlich zurücktreten würden, so wüsste man nicht, wie sie zu ersetzen seien; die örtlichen Einwohner wüssten positiv niemand, der geneigt und fähig wäre, an ihre Stelle zu treten. Nur einige Kreise machten hierin bis zu einem gewissen Grade eine Ausnahme. Es gäbe allerdings überall im Gouvernement Personen, die, obgleich sie kein Amt bekleiden, eine sehr geachtete Stellung einnehmen; sie zählten aber nicht nach Dutzenden und könnten infolge ihrer geringen Zahl die Regierung nur schwach unterstützen. Die Gründe für diesen Mangel seien vielleicht für das ganze Reich dieselben. In dem Kreise des Gouvernements Orel, in welchem der Autor seinen ständigen Wohnsitz hat, seien in den letzten acht Jahren unter den Grossgrundbesitzern nur 17 Personen mit Universitätsbildung hinzugekommen; neun von ihnen ständen im Staatsdienst und hätten keine Beziehungen zu den lokalen Interessen; fünf lebten auf ihren Gütern ohne sich um die ganze übrige Welt zu kümmern — wieweit sie sich um die eigene Wirtschaft kümmerten, lasse sich nicht entscheiden. Die übrigen drei dienten als Landhauptleute.“ (Ein Kreis des Gouvernements Orel, das zu den fruchtbarsten und bevölkerteren des Reiches gehört, würde an Umfang etwa dem Herzogtum Braunschweig gleichkommen und zählt etwa halb so viel Einwohner.)

Ob diese 3 Landhauptleute sich vorher um die Verhältnisse des Landes wirklich gekümmert und innerhalb derselben, etwa als Landwirte, gearbeitet hatten, wird leider nicht gesagt. Aber wenn das auch der Fall ist, so liegt doch die Gefahr vor, dass

der Edelmann und Gutsbesitzer im Beamten, im „Tschinownik“, untergeht. Diese Gefahr ist vorhanden obgleich die Regierung bestrebt ist, den Adel als Stand zu heben und zu befestigen — die Bureaukratie ist eben zu mächtig und der Druck des Regimes ist zu schwer, als dass sich der Adel als Stand und als Vertretung örtlicher Interessen zu fühlen anfangen könnte; ist der adelige Gutsbesitzer einmal Beamter, so unterwirft er sich nur zu leicht dem übermächtigen Geist der Kanzlei. Gerade das Regime ist es, das die alten Traditionen bei frischem Leben erhält, die den Edelmann sein Heil in der Beamten-Carriere suchen liessen — abgesehen von dem indirekten Einfluss schon dadurch, dass die gegenwärtige Regierung die Landwirtschaft als Stiefkind behandelt. So führt der Verfasser der vorstehenden Schilderung als einen der Gründe für den sog. Absentismus an, dass eine vervollkommnete, intensive Landwirtschaft im Gouv. Orel eine so gewagte Sache sei, dass nur wenige sich darauf einlassen; daher sei auch der persönliche Aufenthalt des Gutsbesitzers auf seinem Gute nicht notwendig und häufig geradzu unvorteilhaft; er begnüge sich daher mit einer wenn auch noch so geringen Einnahme aus seinen Ländereien und suche sich irgendwo anders Verdienst.

Das Amt des Landhauptmanns ist im übrigen ein derart patriarchalisches, die Machtbefugnisse so grosse und mannigfaltige und die Kontrolle eine so schwierige, dass es unter dem gegenwärtigen Regime als das kleinere Uebel erscheint, wenn der Bauer mit seinen verwickelten, verfahrenen Verhältnissen seiner bisherigen Selbstverwaltung überlassen bliebe. Die Thätigkeit der Landhauptleute wird ausserdem noch durch die Gouverneure geleitet, die es sich nicht nehmen lassen, durch eine Unzahl von Cirkularen Absonderliches und Unmögliches anzuordnen. So erliess der Gouverneur von Olonez ein Cirkular, in dem er erklärte, dass ihm bei der Inspicierung mehrerer Gemeinden die Nachlässigkeit der Bauern bei Versorgung ihres Viehes mit Futtermitteln aufgefallen sei, und den Landhauptleuten, der Landpolizei und den Beamten für bäuerliche Angelegenheiten vorschrieb, einerseits Massnahmen zu ergreifen, die dem Verkauf des bäuerlichen Heues ohne die äusserste Not vorbeugen, und andrerseits den Bauer zu bewegen, schon im Anfang des Herbstes zur Herstellung von Surrogaten des Heues zu schreiten. Die Landhauptleute sollten die Dorfversammlungen dazu anhalten, dass sie diesbezügliche Beschlüsse fassten, und dann für die strikte Beobachtung derselben Sorge tragen. Was die Surrogate des Heues betraf, so drückte der Herr Gouverneur den Wunsch aus, dass das Heu in den Dörfern, die eine schlechte Ernte gehabt, schon zu Anfang des Herbstes mit

Stroh vermischt werde, damit das Stroh das Aroma des Heues und zum Teil auch dessen Geschmack annähme, und dadurch soweit gewinne, dass das Vieh es fresse und nicht beiseite werfe. — Zu diesem in mancher Hinsicht typischen Cirkular wäre nur zu bemerken, dass der Landhauptmann, wie schon hervorgehoben, ein sehr grosses Gebiet unter sich hat, und dass er zugleich als Friedensrichter fungieren muss.

Agrar-Politik.

Abneigung gegen eine Umgestaltung des Gemeindebesitzes. — Landumteilungen. — Gemeindeverband. — Solidarische Haftungspflicht und Pass-System. — Rückgang der bäuerlichen Wirtschaften. — Arbeiterwanderungen.

Reaktionär und zugleich nationalistisch ist das gegenwärtige Regime in Bezug auf die agraren und bäuerlichen Verhältnisse. Wie Kaiser Nikolai trotz einiger Anläufe aus reaktionären Bedenken die Aufhebung der Leibeigenschaft nicht ernstlich in Angriff nahm, so geht die gegenwärtige Regierung einer durchgreifenden Reform der agraren Verhältnisse aus dem Wege. Die altrussische Gemeinde gilt allem Anscheine nach, wie seiner Zeit die Leibeigenschaft, als sacrosanct und als Fundamentalstütze des Zarenstaates.

Die beiden Misernten von 1891 und 92 hatten allerdings über den Wert dieses nationalen Instituts mit solcher Gewalt die Augen geöffnet, dass, wie es heisst auf das Drängen mehrerer Semstwos, wenigstens ein Gesetz betreffs Regelung der Landumteilungen erlassen worden ist. Die Hauptbestimmung dieses Gesetzes ist, dass die Umteilungen des Gemeindelandes nicht häufiger als in Zwischenräumen von mindestens 12 Jahren vorgenommen werden dürfen; nur in Ausnahmefällen ist eine Umteilung vor dem betreffenden Termin mit Genehmigung der Gouvernementsbehörde statthaft. Weiter wird bestimmt, dass demjenigen Bauern, der seinen Grundbesitz meliorierte hat, bei der Umteilung nach Möglichkeit derselbe Grund und Boden zu belassen ist; falls das unmöglich ist, soll ihm ein Landanteil von gleicher Beschaffenheit angewiesen, oder eine Entschädigung für die Meliorationen gewährt werden. Schliesslich dürfen dem einzelnen Hauswirt in der Zeit zwischen zwei Umteilungen — bestimmte Ausnahmen abgerechnet — weder das ganze Land noch Teile desselben von der Gemeinde genommen werden.

Diese Bestimmungen sollen auf einem Gebiet regelnd eingreifen, auf dem die Gemeinde bisher völlig autonom war und nach Willkür schalten und walten konnte. Im Prinzip ist eine Einschränkung dieser Autonomie nur zu berechtigt, aber einerseits trifft das neue Gesetz nicht den Kernpunkt der Sache, und andrerseits ist zu befürchten, dass es an die Stelle des einen Uebels nur ein anderes setzt: die Gemeindebeschlüsse über die Landumteilungen müssen nämlich fortan vom Landhauptmann an Ort und Stelle verifiziert und dann vom Kreis-Plenum bestätigt werden; diese Bestätigung kann aber verweigert werden, wenn der Beschluss nicht den Gesetzen entspricht, oder der Gemeinde zum offenbaren Schaden gereicht, oder endlich gesetzmässige Rechte einzelner Gemeindeglieder verletzt. Diese Bedingungen sind weit genug gefasst, um Beamtenwillkür und Unkenntnis der bäuerlichen Verhältnisse genügenden Spielraum zu lassen. Die Willkür der Gemeinde kann unter Umständen weniger gefährlich sein. An die Stelle des bisherigen Prinzips der grösstmöglichen Selbständigkeit der bäuerlichen Gemeinden kann leicht das entgegengesetzte Extrem, eine zu grosse Abhängigkeit von der Bureaukratie treten.

Schlimmer ist, dass das Gesetz nicht die eigentlichen Schäden des Gemeindebesitzes berührt. Häufige Landumteilungen kommen nur noch im Gebiet der Steppe vor, wo die Wirtschaft in primitivster Weise geführt wird. In allen übrigen Gebieten scheitert die Vornahme allzu häufiger Umteilungen an der Opposition derjenigen Wirte, deren Familienbestand seit der letzten Umteilung abgenommen hat oder sich gleich geblieben ist, denn für sie bedeutet die Umteilung eine Kürzung ihres Grundbesitzes zu Gunsten derjenigen Familien, deren Bestand in jener Zeit zugenommen hat.

Die Schäden liegen im Gemeindebesitz selbst und im ganzen Gemeindeverband.

Durch jenes Gesetz werden vor allem die Umteilungen selbst nicht beseitigt, und ebensowenig wird eine Minimalgrenze für die Teilbarkeit von Bauerland festgesetzt. Nach Ablauf der festgesetzten Frist können neue allgemeine Umteilungen vorgenommen werden. Das der Gemeinde zugeteilte Land ist eben eine feste Grösse, die landberechtigte Bevölkerung dagegen wächst — die Folge ist, dass der auf den einzelnen entfallende Landanteil stetig mehr verringert werden muss, obgleich das Bauerland schon bei der ersten Zuweisung nach Aufhebung der Leibeigenschaft nicht den gesamten Bedarf der Gemeindeglieder deckte. Ganz abgesehen davon, dass mit der Zu-

nahme der Bevölkerung ein stetig wachsender Teil der Gemeinde sich anderswo Arbeit suchen muss, bedingt diese Verringerung, dass bei einer allgemeinen Umteilung eine grössere oder geringere Anzahl bestehender Wirtschaftseinheiten geschädigt oder zerstört wird. Neben der allgemeinen Zunahme der Bevölkerung innerhalb der Gemeinde kommt nämlich auch der Wechsel des Personalbestandes innerhalb der einzelnen Familien in Betracht. Wo bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung des Dorfes die Zahl der Landberechtigten in einzelnen Familien abgenommen hat oder sich gleich geblieben ist, ja bei einem stärkern Anwachsen der Gemeinde auch dann, wenn eine Familie sich etwas vergrössert hat, — da erfährt die einmal eingerichtete Wirtschaft durch Kürzung der Landstelle eine Störung, die häufig so weit geht, dass das Land für den bisherigen Wirtschaftsbetrieb mit einem Pferd oder für die Ernährung desselben nicht mehr ausreicht. Jede beginnende Entwicklung von Wohlstand wird damit im Keime zerstört. Diesem Zustand wird durch das neue Gesetz nicht abgeholfen, wie denn überhaupt der Gemeindebesitz selbst von den Bestimmungen desselben nicht berührt wird. Wie von sachverständiger Seite befürchtet wird, werden die Umteilungen gerade auf Grund des neuen Gesetzes häufiger erfolgen, als bisher, denn diejenigen Wirte, die ein Interesse an einer Neuverteilung haben, werden die Fristangabe von 12 Jahren, wenngleich diese kein Gebot einer Neuverteilung in sich schliesst, mit Hinweis auf das Gesetz ins Feld führen, um den Beschluss zu einer allgemeinen Umteilung auf der Gemeindeversammlung durchzubringen.

Völlig unberücksichtigt geblieben sind in jenem Gesetz die übrigen schweren Schäden des Gemeindeverbandes, die die zerstörende Wirkung der bestehenden Grundbesitzordnung in bedeutendem Masse verstärken. So trägt die solidarische Haftungspflicht der Gemeinde das Ihre dazu bei, den bäuerlichen Wohlstand zu untergraben, indem sie die tüchtigen und fleissigen Wirte zwingt, für die faulen und nachlässigen bei der Leistung der öffentlich rechtlichen Abgaben einzutreten. Dann aber ist der Bauer in so mannigfacher Weise, mittelbar und unmittelbar, an die Scholle gebunden, dass er sie wohl zeitweise, aber nicht für immer, verlassen kann. Er wird dadurch in vielen Fällen gezwungen, von dem Recht der Landzuweisung Gebrauch zu machen — während doch nur der grundbesitzliche Bauer bis zu einem gewissen Grade an die Scholle gefesselt sein dürfte.

In dem bestehenden Pass-System besitzt die Gemeinde ein ausreichendes Mittel, um das einzelne Mitglied auch faktisch an sich zu fesseln. Hat der Bauer auch in der Fremde, z. B. in der Stadt, sich seine Existenz gesichert, was ihm in der Regel schon deshalb

nicht leicht fällt, weil gerade infolge der bestehenden Verhältnisse — ein circulus vitiosus — das Angebot roher Arbeitskraft gross ist, und wird sein Pass nach Ablauf der Frist nicht erneuert, so kann er gewärtig sein, von der Polizei in sein Dorf abgefertigt zu werden. Infolge der Willkür und Nachlässigkeit der bäuerlichen Selbstverwaltung ist es keine Seltenheit, dass Gemeindeglieder, nur weil ihr Pass nicht rechtzeitig verlängert worden ist, in die Heimat zurück müssen, um dort wieder Ackerbauer zu werden. Auf diese Weise wird auch die Bildung einer ständigen Arbeiterbevölkerung in den Industrie-Centren und eines Handwerkerstandes in den Städten erschwert.

Vom Finanzministerium ist allerdings die Frage der Aufhebung der solidarischen Haftungspflicht angeregt worden und ebenso ist ein neues Passgesetz ausgearbeitet worden. Es hat jedoch nicht den Anschein, als ob man der solidarischen Haft ernstlich zu Leibe gehen wird, und zwar wird das nicht nur aus Gründen nationalistischen Charakters, sondern hauptsächlich um fiskalischer Interessen willen vermieden werden: es ist nämlich dem Finanzressort sicherer und bequemer, die ganze Gemeinde für die Steuern haften zu lassen — dass dadurch allmählich die ganze Gemeinde ruiniert und den Finanzen der Boden entzogen wird, scheint bei der derzeitigen Finanzverwaltung, die nur für den Augenblick sorgt, wenig ins Gewicht zu fallen. Zunächst haben sich die Organe des Finanzressorts in der Provinz auf ergangene Aufforderung gegen eine Aufhebung ausgesprochen; ja noch mehr, sie haben zum Teil dafür plädiert, dass wohl gewisseEinschränkungen statuiert werden, aber nur solche, die sich auf die Zwangsmittel der Gemeinde, resp. der wohlhabenden Wirte, gegenüber dem rückständigen Steuerzahler beziehen.

Die Gemeinden, oder vielmehr die zahlungsfähigen Bauern, suchen nämlich den drückenden Folgen der Solidarhaft soviel wie möglich zu entgehen, indem sie dem Zahlungsunfähigen seinen Landanteil fortnehmen. Ein ähnliches Verfahren beobachten sie bei der Gewährung von Verpflegungsdarlehen: sie schliessen entweder solche Gemeindeglieder, bei denen eine Rückgabe unwahrscheinlich ist, ganz aus, oder sie repartieren nach Köpfen, d. h. ohne Rücksicht auf den Grad der Bedürftigkeit.

Was das neue Passgesetz betrifft, so enthält es einige Erleichterungen gegen früher, aber nicht sehr wesentliche. In dem neuen Gesetz heisst es allerdings: „Niemand braucht an seinem ständigen Wohnsitz einen Aufenthaltsschein zu besitzen“ — für diejenigen Klassen aber, denen die Beschaffung eines Passes am meisten Schwierigkeiten bedeutet, nämlich für die Kleinbürger, Handwerker

und Bauern, ist dieser Satz von gar keiner Bedeutung, denn als ihr ständiger Wohnsitz gilt auch nach dem neuen Gesetz nicht der Ort, an dem sie sich ständig niedergelassen haben und vielleicht geboren sind, sondern die Gemeinde, bei der sie angeschrieben resp. der sie zugezählt sind. Angehörige der genannten Kategorien sind also gezwungen, mindestens alle 5 Jahre ihren Pass erneuern zu lassen an einem Ort, der viele Hundert von Werften von ihrem eigentlichen Wohnort entfernt sein kann, ja den sie vielleicht nie gesehen haben; die Ausgabe und Erneuerung der Aufenthaltsscheine erfolgt nämlich nur am Ort des „beständigen Wohnsitzes".

Eine Ausnahme hinsichtlich der Passpflicht der Kleinbürger, Handwerker und Bauern wird nur dann gemacht, wenn sie sich nicht weiter als 50 Werst von ihrem ständigen Wohnort — d. h. immer dem Ort, wo sie angeschrieben oder dem sie zugezählt sind — entfernen, oder wenn sie innerhalb des Kreises bleiben, indem sie diesen ihren Wohnsitz haben; die Abwesenheit darf jedoch nicht länger als 6 Monate dauern. Nur Personen, die sich zu ländlichen Arbeiten verdungen haben, können länger als 6 Monate ohne Pass fortbleiben, und zwar sowohl in dem genannten Umkreise, als auch in den angrenzenden Gemeinden. Aber auch diese Erleichterung enthält eine sehr wesentliche Einschränkung, die gerade die Bildung einer ständigen Arbeiterbevölkerung in den Industriecentren erschwert, in den eigentlichen Industriebezirken müssen die Arbeiter auf Verlangen der Fabrikinspektion oder der Ortspolizei Aufenthaltsscheine besitzen und zwar sogar dann, wenn die betreffenden gewerblichen Anstalten sich am ständigen Wohnorte der Arbeiter befinden.

Eine weitere Erleichterung will das neue Passgesetz damit gewähren, dass für Kleinbürger, Handwerker und Bauern Passbücher mit 5jähriger — statt wie bisher mit 1jähriger — Gültigkeit eingeführt werden. (Die Angehörigen der übrigen Stände geniessen den Vorzug unbefristeter Aufenthaltsscheine). Bauern aber, welche mit den fälligen Staats-, Landschafts- und Gemeindesteuern, für welche die gegenseitige Haftpflicht der Gemeinde besteht, im Rückstande sind, können solche Passbücher nur mit Zustimmung der Gemeinde erhalten, bei der sie angeschrieben sind; dasselbe gilt von den Kleinbürgern und Handwerkern. Die Summe der zu entrichtenden jährlichen Zahlungen wird ausserdem im Passbuch vermerkt und die Polizei hat die Entrichtung der angegebenen Steuerbeiträge zu kontrollieren; sind die Steuern nicht zum Termin entrichtet, so ist die Polizei verpflichtet, den Pass dem Inhaber fortzunehmen und ihn nach 7 Tagen an den Ort, an dem er angeschrieben ist, zu befördern.

Pässe für die Dauer eines Jahres müssen in jedem Fall ausgefolgt werden, auch wenn Steuerrückstände vorhanden sind; die Erneuerung kann jedoch nur mit Zustimmung der Gemeinde stattfinden, falls nicht in der Zwischenzeit sämtliche Steuern entrichtet worden sind.

Da nun den Bauern gerade die Armut und wachsende Steuerrückstände in die Ferne treiben, so bleibt er nach wie vor, trotz aller Passbücher und der übrigen Erleichterungen, völlig in der Hand der Gemeinde und nach wie vor sind alle Gemeindeglieder bis zu einem gewissen Grade an die Scholle gefesselt. Ebenso bleibt der Bauer auch nach dem Erlass des neuen Gesetzes der Willkür der Gemeinde ausgesetzt; das Gesetz gestattet allerdings eine Verlängerung der Pässe auf 6 Monate durch die Polizei am Orte des zeitweiligen Aufenthaltes und ebenso sind Klagen wegen Passverweigerung seitens der Gemeinde statthaft; diese Klagen sind aber bei der Behörde desjenigen Bezirks anzubringen, in dem die betreffende Gemeinde liegt. Der schriftunkundige Bauer, der sich ständig an einem von seiner Gemeinde weit entfernten Ort niedergelassen hat, muss demnach von dort aus in allen solchen Fällen seine Sache schriftlich führen oder sich in seine frühere Heimat aufmachen — auf die Gefahr hin, seinen früheren Erwerb zu verlieren.

Schliesslich sind sowohl für die Erteilung als auch für die Verlängerung der Aufenthaltsscheine bestimmte Abgaben zum Besten der Krone und der Gemeinde zu entrichten; bei den auf 5 Jahre lautenden Passbüchern ist dabei die Kronsteuer im Betrage von 1 Rubel alljährlich aufs neue zu erlegen.

Dass das gegenwärtige Regime eine tiefer greifende Reform des Gemeindeverbandes nicht beabsichtigt, dafür spricht ein anderes Agrargesetz, das in demselben Jahre wie die Regeln über die Umteilungen, im Dezember 1893, die allerhöchste Bestätigung erlangte. Dieses Gesetz, das sich auf das europäische Russland mit Ausnahme Polens, der Ostseeprovinzen und des Kaukasus erstreckt, verfolgt durchaus eine der Erhaltung des Gemeindeverbandes günstige Tendenz. Es will Veräusserungen von Bauernland möglichst einschränken und dieses dem Bauernstande erhalten. Es statuiert daher verschiedene Beschränkungen für die Veräusserung von Gemeindeland und von individuellem bäuerlichen Grundbesitz; die Veräusserung von Gemeindeland wird unter anderem von der Zustimmung der Verwaltung abhängig gemacht. Einzelhöfe dürfen nur an Personen bäuerlichen Standes veräussert werden, die Beleihung von bürgerlichem Grund und Boden durch Privatinstitute wird verboten u. s. w. Sodann enthält das Gesetz die Bestimmung, dass bis zur Entrichtung der Ablösungsschuld für das ganze Gemeindeland der Loskauf ein-

zelner Landanteile vor dem gesetzlichen Termin nur mit Zustimmung der Gemeinde unter Bedingungen, die von ihr festgesetzt werden, erfolgen darf. Diese Bestimmung richtet sich einerseits dagegen, dass fremde Leute als Kneipwirte, Wucherer etc. sich in der Gemeinde einnisten, indem sie mit heruntergekommenen Bauern eine Abmachung treffen, nach welcher sie für diese die Ablösung in der Reichsrentei einzahlen und ihnen dann das zu persönlichem Eigentum gewordene Land abkaufen; dann aber ist diese Bestimmung dazu da, um fiskalische Interessen zu wahren: es ist neuerdings die Erscheinung schärfer hervorgetreten, dass die tüchtigeren Gemeindeglieder ihr Land vor dem Termin freikaufen, um von der Solidarhaft loszukommen; und zwar geschieht das gerade dort, wo die bäuerlichen Rückstände anwachsen, wie z. B. in den von der letzten Missernte betroffenen Gegenden. Um die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde noch eine Zeit lang zu halten, sollen damit auch die tüchtigeren Bauern in den allgemeinen Ruin hineingerissen werden.

Nach dem vorstehend Dargelegten sowie nach andern Anzeichen scheint das gegenwärtige Regime zu einer Agrarreform nicht geneigt, obgleich gerade hier durchgreifende Reformen notwendiger sind, als auf irgend einem anderen Gebiet.

Der russische Gemeindeverband mit seinem Gemeindebesitz ist ein Institut, das nicht nur keinen Wohlstand aufkommen lässt, sondern auch mit dem Anwachsen der Bevölkerung notwendig zum Ruin der Bauern und der ganzen Gemeinde führen muss, und zwar würden die Verhältnisse wohl auch nicht günstiger liegen, wenn die Bevölkerung nicht ohne jeden Uebergang aus der Leibeigenschaft in den Besitz unumschränkter Freiheit gelangt und damit der Verwilderung preisgegeben worden wäre. Kommen dann noch andere ungünstige Faktoren hinzu, so muss der Rückgang und Verfall innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung ein reissend schnelles Tempo annehmen.

Diese Bedingungen sind gegenwärtig in reichstem Masse gegeben: in dem Sinken der Getreidepreise und dem dadurch bedingten Rückgang der Landwirtschaft, in Missernten, in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, in den verhältnismässig hohen Steuern und der Art und Weise der Steuerbeitreibung, worauf an anderer Stelle eingegangen werden soll. In anderen Ländern vermag bei einer wirtschaftlichen Krisis wenigstens ein Teil der bäuerlichen Bevölkerung Widerstand zu leisten, während der Besitz des anderen Teils, wenn auch zu herabgesetzten, der Entwertung des Grund und Bodens entsprechenden Preisen, neue Eigentümer finden kann, bei denen der ehemals selbständige Bauer als Pächter oder als Knecht ein Unterkommen erhält. In Russland muss die ganze bäuerliche

Bevölkerung allmählich zum Proletariat herabsinken, obgleich bekanntlich gerade der Gemeindeverband nach der Ansicht seiner Anhänger das Entstehen jeglichen Proletariats verhindern müsste. Auf seiner Scholle kann der russische Bauer nicht leben und nicht sterben; er ist gezwungen anderswo seinen Unterhalt zu suchen, ohne sich jedoch dauernd in der Fremde niederlassen zu können. Die Bevölkerung wird somit fluktuierend — ein vagabundierendes Proletariat. Die Arbeiterwanderungen, die Suche nach zeitweiligem Erwerb, nehmen bereits in Russland von Jahr zu Jahr einen bedenklicheren Umfang an. Ein sehr interessantes Material ist hierüber jüngst im russischen Monatsjournal „Ssewerny Westnik“ von A. Karelin veröffentlicht worden.

Nach den dort mitgeteilten Daten betrug die Zahl der Bauern, die sich im Jahre 1886 auf mehr als 30 Werst von ihrem Wohnorte entfernten, nicht weniger als 4 951 000. Aus einzelnen Gemeinden wandert zu Zeiten fast die gesamte männliche Bevölkerung aus und es giebt Dörfer, in denen das runde Jahr hindurch kein arbeitsfähiger Mann sich längere Zeit aufhält. Es ist eine Erscheinung, die sich in fast allen Gebieten des weiten Reiches wiederholt, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der ackerbautreibenden Bevölkerung mit dem spärlichen Betrage der Ernte kaum bis zum Frühling ausreicht; dann zieht der Hunger in die Hütte ein. Die Hausindustrie ist zu wenig lohnend, um hier das Fehlende zu ersetzen. Da treibt die Not schon früh im Jahre einen grossen Teil, ja oft alle arbeitsfähigen Glieder der Familie, selbst die Frauen, hinaus aus dem Dorfe, um in der Ferne Erwerb zu suchen. Charakteristisch ist die Thatsache, dass die Zahl der Frauen und Kinder, die alljährlich genötigt wird, Verdienst in der Ferne zu suchen, von Jahr zu Jahr zunimmt. Beispielsweise betrug die Zahl solcher Frauen in einem Kreise des Wjatka'schen Gouvernements im Jahr 1874 2,68 Proz., 1883 6,46 Proz. und 1885 7,22 Proz. der Gesamtzahl aller arbeitsfähigen Frauen. Häufig setzt sich die ganze Familie in Bewegung und Frauen mit Brustkindern auf dem Arme sind unter den Scharen wandernder Arbeiter keine seltene Erscheinung.

Der grösste Prozentsatz findet in den ökonomisch besser gestellten Gegenden, wie etwa dem Steppengebiet, den Weichselgouvernements, den Ostseeprovinzen, in der Feldarbeit Verwendung. Aber ein nicht geringer Teil sucht seinen Verdienst auch in anderen Gewerben, niederen und höheren; da findet man Lastträger und Flösser, Waldarbeiter und Ziegelstreicher, Handwerker und Fabrikarbeiter. Mit dem Hausierhandel beschäftigen sich relativ nur wenige.

Es ist natürlich, dass es den Einzelnen immer wieder dorthin

zieht, wo er einmal Erwerb gefunden hat, und ein jeder sucht sich beim Aufbruch in die Heimat die Arbeit für das künftige Jahr zu sichern. Das gelingt ihm aber nicht immer und oft findet er seinen Platz schon besetzt, wo er im vorigen Jahr lohnenden Verdienst gefunden. So ist denn der arbeitsuchende Bauer, nachdem seine bescheidenen Mittel auf Abgaben, Pass und Wegkost draufgegangen, genötigt, bei der ersten besten Gelegenheit, wo sich Arbeit bietet, zuzugreifen. Das versteht nun aber der Arbeitgeber überall zu seinem Vorteil auszunutzen. Wo der Hunger den Arbeiter zwingt, sich zu verdingen, da muss sich der Arbeitslohn auf dem bescheidensten Niveau halten. Das führt oft dazu, dass der Bauer nach mehrmonatlicher Arbeit, müde und entkräftet, doch ohne eine Kopeke in der Tasche an den häuslichen Herd zurückkehrt, wo mit ihm die Not wieder Einzug hält.

In letzter Zeit überwiegt das Angebot an Arbeitskräften immer mehr die Nachfrage nach solchen und das führt dazu, dass von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen wächst, die nach langem Wandern keine Arbeit finden. Ja selbst in den grossen Handelscentren Moskau, St. Petersburg, Nikolajew, Rybinsk u. s. w. bleibt alljährlich ein mehr oder weniger starker Prozentsatz der Zuzügler beschäftigungslos, was natürlich zu den schlimmsten Konsequenzen führen muss.

Immer entferntere Gebiete muss der Bauer aufsuchen, den seine Scholle nicht zu ernähren vermag. In Finnland und den Ostseeprovinzen, in Sibirien und auf dem Kaukasus findet man heute Arbeiter, die in den centralen Gouvernements ansässig sind; ja die Zimmerleute aus dem Kurskischen gehen jetzt mit Vorliebe nach Rumänien.

Ein nicht geringer Prozentsatz der Bauern, die auf Arbeit ausziehen, arbeitet das runde Jahr hindurch in der Ferne; ein anderer Teil ist nur im Winter abwesend und kehrt jedesmal zu Beginn der Feldarbeit heim; diejenigen aber, die im Sommer in der Ferne Feldarbeit gesucht haben, liegen den Winter über zu Hause auf der Bärenhaut. Nur im günstigsten Falle gehen überschüssige Familienglieder auf die Wanderung, meist werden der Wirtschaft die nötigsten Arbeitskräfte entzogen. In manchen Gebieten, wie etwa im nördlichen Teile des Jarosslaw'schen Gouvernements, weilt fast die gesamte männliche Bevölkerung des Dorfes das runde Jahr in der Ferne.

Die vorstehend geschilderten Arbeiterwanderungen beschleunigen den Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung. Die bäuerliche Landwirtschaft geht zurück, denn die ganze Last der Feldarbeit ruht

häufig nur auf Weibern und Kindern. Der Bauer wird seinem Grund und Boden entfremdet und verliert das Interesse für ihn; der Pferde- und Viehbestand verringert sich und Haus und Hof verfallen. Der Bauer gewöhnt sich ausserdem ans Vagieren und entwöhnt sich regelrechter Arbeit. Auch wenn ihm auf dem Lande des benachbarten Gutsbesitzers noch Arbeit und Verdienst zu Gebote stehen, verlässt er sein Dorf, um ohne sichere Aussicht auf Arbeit in die unbekannte Ferne zu ziehen; an einzelnen Punkten entstehen dann Ansammlungen von Arbeitern, so dass die Löhne auf ein Minimum herabsinken, während an andern Orten der grösste Arbeitermangel herrscht. Auch wenn die Not nicht treibt, zieht der Bauer in die Ferne und alljährlich werden Tausende und aber Tausende von Vagabunden und Bettlern aus den Städten, namentlich aber aus den beiden Residenzen ausgewiesen, während vor 20 Jahren in der Provinz nirgends auch nur die Spur eines solchen Proletariats zu bemerken war. Nach Missernten und andern Katastrophen, so z. B. nach den in Russland so häufigen Brandschäden, greifen ganze Dörfer zum Bettelstabe, ja der Bettel wird gewerbsmässig von ganzen Gebieten betrieben, — und in Russland ist man mildthätig, denn niemand weiss, ob er nicht morgen die Unterstützung anderer wird in Anspruch nehmen müssen. Gegen alle diese Schäden und vor allem gegen die Hauptwurzel aller Uebel, den Gemeindeverband, macht die Regierung keine Anstalten, vorzugehen. Sie lässt vielmehr alle Schäden bestehen und verschärft sie noch durch die allgemeinen Mängel, die ihrem System anhaften.

Auf die Versuche der Regierung betreffs Förderung der Landwirtschaft, der Volksbildung etc. wird weiter unten eingegangen. —

Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Protektionismus. — Mangel an Kapital, Unternehmungsgeist und geschulten Arbeitern. — Ringe und Syndikate. — Kohlen- und Zuckerkrisen. — Ausländische Fabrikanten. — Schädigung der Landwirtschaft. — Sibirische Bahn und Nordbahnen. — Ackerbau-Ministerium. — Vernachlässigung des Volksschulwesens und der bäuerlichen Bevölkerung. — Finanzpolitik. — Steuererhöhungen. — Beitreibung der bäuerlichen Abgaben. — Finanzminister Witte. — Verstaatlichung. — Staatliche Kontrolle. — Fieberhafte Thätigkeit im Finanzressort.

In noch höherem Grade als seiner Zeit Kaiser Nikolai huldigt das gegenwärtige Regime einer extremen Schutzzollpolitik. Man

will eine russische Industrie gleichsam aus dem Boden stampfen; der russische Konsument soll von heute auf morgen von dem „Tribut“ an das Ausland befreit und die „vaterländischen“ Naturschätze sollen durch nationale Arbeit verwertet werden; zugleich soll der russische Landwirt der Abhängigkeit von den ausländischen Getreidemärkten entzogen werden und innere Getreidemärkte in Gestalt von zahlreichen und grossen Industriebezirken erhalten.

Unter Alexander II. war eine freihändlerische Richtung eingehalten oder doch wenigstens eine gemässigte Schutzzollpolitik befolgt worden, und die Industrie hatte eine günstige Entwickelung zu nehmen begonnen. Unter Alexander III. sind die Einfuhrzölle innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren um ca. 76 % erhöht worden; mit dem Erlass des Zolltarifs von 1891 wurden die Zölle, zum Teil unter weiteren Erhöhungen, abgerundet. Dieser Tarif enthielt für viele Waren und gerade für die wichtigsten Artikel, z. B. für Woll-, Stahl- und Eisenwaren, so hohe Zollsätze, dass diese mehr als 100 % des Warenwertes betrugen, und umfasste zugleich auch diejenigen Waren, die in Russland überhaupt nicht produziert werden. Diese Zollschranke, die in Europa ihresgleichen sucht, wurde in einem Lande aufgerichtet, das bei seiner ungeheuren Ausdehnung und seiner Hundertmillionen-Bevölkerung im Jahre 1890 nur um ein Drittel mehr Fabriken und nur um die Hälfte mehr Arbeiter zählte, als das kleine Sachsen mit seinen 3 Millionen Einwohnern. Im Jahr 1891 — das letzte Jahr, über welches offizielle Angaben vorliegen — betrug die Zahl der Industriearbeiter gegen 800 000, einschliesslich der weiblichen Arbeiter und der Kinder.

Notgedrungen, um nicht mit seiner Ausfuhr von Westeuropa abgesperrt zu werden, hat Russland den Tarif von 1891 in den Verträgen mit Frankreich und Deutschland zum Teil herabgesetzt. Nach der Erklärung des Finanzministers Witte handelt es sich allerdings nur um eine Anzahl kleinerer Ermässigungen, welche zudem die wichtigsten Industriezweige nicht berühren: es sei nur der „Ueberschuss an Protectionismus“, der den Tarif von 1891 auszeichnete, fortgefallen. Mag hierbei auch einiges der üblichen offiziellen Prahlerei und Entstellung der Thatsachen auf Rechnung zu setzen sein — im grossen und ganzen hat Herr Witte wohl nicht so unrecht. In den Kreisen der russischen Industriellen haben die Verträge auch nicht viel Besorgnis erregt: vielleicht dass hie und da der Gewinn etwas geringer ausfällt, aber was macht das neben den ungeheuren Erträgen aus, welche die Industrie in Russland abwirft. Laute Klagen erhoben eigentlich nur einzelne Moskauer Woll-Industrielle und dabei kam es dann zu

Tage, dass das Moskauer Börsenkomitee und die Vertreter der Interessenten selbst sich seiner Zeit für niedrigere Zollsätze ausgesprochen hatten, als sie im Tarif von 1891 normiert worden waren, und dass die Ermässigung nicht über die damals von den Interessenten selbst verlangten Sätze hinausgingen. Eine wesentliche Aenderung ist jedenfalls mit jenen Verträgen nach keiner Richtung hin eingetreten.

Unzweifelhaft bedarf die russische Industrie eines Zollschutzes, aber fraglich ist doch, ob mit derartigen Gewaltmitteln, wie sie unter dem gegenwärtigen Regime angewandt werden, viel erreicht werden kann, und ob namentlich das Ergebnis den schweren Opfern, die der Bevölkerung und dem Nationalwohlstand aufgelegt werden, nur einigermassen die Wage halten kann.

Um eine selbständige nationale Industrie in so schnellem Tempo zu begründen, wie es mit Hilfe der gegenwärtigen Schutzzoll-Politik geschehen soll, fehlt in Russland so gut wie alles: Kapital und Unternehmungsgeist, technische Kenntnisse und geschulte, sesshafte Industriearbeiter. Der private Zinsfuss kann für Russland noch immer auf etwa 20 % geschätzt werden, wenn auch die Einlagen in den Banken und Sparkassen gestiegen sind; letztere Thatsache spricht nur für den geringen Unternehmungsgeist der Bevölkerung, die sich mit einem geringen Zinsfuss begnügt, statt ihr Vermögen durch gewinnbringende Unternehmungen zu vermehren. Der Mangel an technischen Kräften ist so gross, dass selbst die technischen Hochschulen St. Petersburgs bei Besetzung der Lehrstühle für die praktischen Fächer in Verlegenheit geraten, und die Arbeiter stellen ein so ungeschultes Material dar, als es nur eine nomadisierende Bauernbevölkerung liefern kann.

Die bisherigen Ergebnisse der Schutzzollpolitik sind denn auch nicht sehr glänzende. Sogar rein qualitativ entwickelt sich die Produktion verhältnismässig sehr langsam. Immer wieder treten in verschiedenen Industriezweigen Krisen ein, und die betreffende Ware ist dann gar nicht zu erhalten oder nur zu unerschwinglichen Preisen. Bald vermag die Stahl- und Eisen-Industrie der Nachfrage nicht zu genügen und es muss z. B. Eisenbahngesellschaften ausnahmsweise der Bezug von Schienen aus dem Auslande gestattet werden, bald stockt die Produktion der Kohlengruben im Süden u. s. w. Die Kohlenkrisen wiederholen sich im Süden fast alljährlich: im Herbst 1893 mussten dort eine Anzahl Fabriken aus Mangel an Kohlen feiern und die auf die Steinkohle als Heizmaterial angewiesene Bevölkerung unerhörte Preise zahlen, weil die Kohlengruben mit ihren Lieferungen im Rückstande blieben; schliesslich musste der zollfreie Bezug ausländischer Kohlen gestattet werden. Zum Teil

war die Krisis darauf zurückzuführen, dass die Grubenarbeiter, angelockt durch die hohen Löhne während der Ernte, im Sommer die Schachte verlassen hatten, um sich als Feldarbeiter zu verdingen. Im Hinblick darauf, dass bei der Einfuhr über die südlichen Häfen der Kohlenzoll um 3 Kop. pro Pud höher ist als an der Grenze, schrieb während jener Krisis ein russisches Blatt: „Der Süden verfügt über die ‚reichsten Kohlengruben der Welt' und seine Bevölkerung muss daher die Kohlen teurer bezahlen, als die Bevölkerung der übrigen Rayons, welche sich nicht in einer gleich glücklichen Lage befinden."

Der hohe Schutzzoll befördert eben die Nachlässigkeit der Bergwerkbesitzer. Der Einnahmeausfall, der anderswo bei einer geringen Ausbeute eintritt, wird hier durch die Preissteigerung während der Krisis so gut wie ersetzt.

Der Entwickelung der Industrie steht die Schutzzollpolitik selbst im Wege. Manche Industriezweige können nicht aufkommen, weil zahlreiche Produkte und Fabrikate vom Lande selbst nicht geliefert werden, aber trotzdem mit einem verhältnismässig hohen Zoll belegt sind. Sodann engt die Industrie selbst den Konsum ein, indem sie, dank dem Schutzzoll, die Preise übermässig hoch normieren kann.

Das Land ist zu arm, um die teure Ware bezahlen zu können, und so vermag denn die Produktion sich nicht zu erweitern. Infolge der hohen Eisenzölle beträgt beispielsweise die Eisenverwendung in Russland nur 8—9 kg pro Kopf (in Deutschland fast 100 kg). — Einzelne Industriezweige können sich überhaupt nicht entwickeln und zwar weil die Technik zu mangelhaft ist und der Import aus dem Auslande sich trotz der hohen Zollsätze stetig steigert. So nimmt der Maschinenbau, dem die Regierung besondere Unterstützung angedeihen lässt, keinen rechten Aufschwung, und wo eine Fabrik gedeiht, da ist es hauptsächlich auf Bestellungen der Krone und der erzwungenen Aufträge der Eisenbahnen zurückzuführen.

Ein Fortschritt der Industrie in qualitativer Richtung wird durch den hohen Schutzzoll geradezu ausgeschlossen. Soweit es der Zollschutz nur irgend gestattet — und der Spielraum ist gross — bleibt die Ware schlecht und teuer. Wo eine inländische Konkurrenz zu entstehen droht, da thun sich die Industriellen schleunigst zu Syndikaten und Ringen zusammen und halten die Preise auf dem bisherigen Niveau, was eben bei dem Ausschluss der auswärtigen Konkurrenz keine grosse Schwierigkeiten bereitet. Derartige Verbände mögen in Ländern mit hochentwickelter Industrie und übermächtiger Konkurrenz ihre Berechtigung haben, in Russland, wo die

Industrie in den Windeln liegt, sind sie das reine Raubsystem und ein Hemmschuh jeden Fortschrittes.

Besonders fühlbar macht sich das Syndikat der Zuckerindustriellen: Um die Preise im Inlande auf einer gewissen Höhe zu erhalten, darf jede Fabrik nur eine bestimmte Quantität im Inlande absetzen und muss etwaige Ueberschüsse über diese Norm ins Ausland exportieren. Der Reingewinn erreicht denn auch häufig 30 Proz.

Im Frühjahr 1893 waren die Preise derart hinaufgetrieben, dass die Regierung wohl oder übel zeitweilig einen Maximalpreis für Zucker festsetzen musste und auf eigene Rechnung im Auslande Zucker aufkaufen und auf den Markt bringen liess. Die Regierung importierte somit ausländischen Zucker und die Industriellen exportierten gleichzeitig den russischen: auf den Bahnen konnten die betreffenden Waggons mit ihrem entgegengesetzten Reiseziel zusammentreffen. Die Kosten des doppelten Transportes trug schliesslich der Konsument und der Steuerzahler. — Obgleich die Zuckerindustrie in Russland zu denjenigen Industriezweigen gehört, die noch die grösste Ausdehnung gewonnen haben, erreichte die Produktion in der Campagne 1893/94 doch nicht die Hälfte der deutschen Produktion und für die folgende Campagne gestaltete sich das Verhältnis noch weit ungünstiger. — Die Eingriffe, zu denen die Regierung bei der Zucker- wie auch bei der Kohlenkrisis und andern Gelegenheiten ihre Zuflucht hat nehmen müssen, erfolgten natürlich im letzten Augenblick, als die Kalamität bereits ihren Höhepunkt überschritten hatte. —

Die Einmütigkeit der Industriellen hat übrigens die Regierung auch am eigenen Fleisch erfahren müssen: Ein Tagesbefehl im Kriegsministerium that einen eigentümlichen Vorfall kund, der sich anlässlich einer Lieferung von Material für Artilleriegeschosse zugetragen hatte; die grössern Stahlfabrikanten hatten sich zusammengethan und Preise herauszuschlagen versucht, die gerade noch einmal so hoch waren, als diejenigen, für welche ein ausserhalb des Komplottes stehender Fabrikant die Lieferung zu übernehmen bereit war. Einen besondern Beigeschmack erhielt die Affaire noch dadurch, dass die Militärkommission, welche die Lieferung zu vergeben hatte, diesen Versuch nicht nur geduldet, sondern schliesslich auch zu vertuschen sich bemüht hatte.

Wenn die Industrie überhaupt irgendwelche Fortschritte macht, so ist das jedenfalls nicht dem Russen selbst aufs Konto zu setzen, sondern dem verhassten Auslande, das seine Fabriken nach Russland verlegt, oder Bewohnern der Grenzgebiete, die nicht der russischen Nationalität angehören. Gerade an der Grenze und in den Hafen-

städten entwickelt sich die Industrie am schnellsten, obgleich hier, mit Ausnahme von Polen, sämtliches Rohmaterial aus dem Auslande oder aus weiter Entfernung bezogen werden muss. Nach St. Petersburg ist Riga Industriestadt geworden und auch in Libau und Reval giebt es eine Industrie. Lodz ist ein deutscher Fabrikort, indem nur der grössere Teil der Arbeiterbevölkerung polnisch ist, und die Lodzer Industriellen machen dem Moskauer Rayon selbst in Asien mit Erfolg Konkurrenz. Sogar in dem nationalen Centrum, im Moskauer Rayon, ist die Zahl der ausländischen und nichtrussischen Fabrikanten sehr bedeutend.

Auch in der Montan- und Eisenindustrie des Südens spielen Ausländer eine immer grössere Rolle. Die nationalistische Presse erhebt bittere Klagen darüber, dass die Russen dort immer mehr zurücktreten. Das grosse Lugansker Kronswerk habe seine Thätigkeit wegen verlustreicher Produktion einstellen müssen, die „Bojansker Gesellschaft“ suche eine Gelegenheit, um an Ausländer überzugehen, und die Steinkohlenindustrie entwickle sich in den Händen russischer Unternehmer sehr schwach. Dagegen erweiterten sich die englischen Werke zu Jusowo mit jedem Jahr, ebenso gedeihe die „Südrussische metallurgische Gesellschaft“ vortrefflich; die Bojansker Salzlager gingen in die Hände einer neuen ausländischen Compagnie über; alle in der Nähe von Jekaterinoslaw und Kriworog bestehenden oder neu entstehenden Eisenwerke gehörten Ausländern; die im Donez-Rayon entstehende Sodaproduktion sei ebenfalls in die Hände von Ausländern geraten u. s. w.

Bei dieser Sachlage könnte sich einem fast die Frage aufdrängen, welchen Nutzen und Vorteil denn eigentlich das Schutzzollsystem Russland, dem nationalen Russland, bringt. Fremdes Kapital, fremde technische Leiter, fremde Maschinen, zum Teil auch fremdes Rohmaterial, — welchen Wert, ist man versucht zu fragen, hat es da für Russland, dass die Fabriken und Anlagen diesseits und nicht jenseits der Grenze liegen? Die Bevölkerung muss die Ware nur teurer bezahlen, als wenn sie im Auslande hergestellt würde, und es bereichert sich nur eine kleine Anzahl von Kapitalisten, die dazu noch Fremde sind. Die russischen Industriearbeiter sind dabei die am schlechtesten bezahlten in ganz Europa (der durchschnittliche Jahresverdienst bei einem 12stündigen Arbeitstag wird auf circa 190 Rubel, d. i. nach dem Kurse ca. 418 Mark, berechnet und der Lohn sinkt zeitweilig auf 4 Rubel monatlich), die Arbeitszeit ist länger und die sanitären Zustände sind trauriger als irgend anderswo. Dem russischen Fabrikarbeiter, der häufig so wie so im Sommer zu seinem Acker zurückkehrt, wäre besser gedient, wenn man die Summe,

die die Schutzzollpolitik verschlingt, zu einer systematischen Uebersiedelung der überschüssigen Kräfte verwenden würde; gegenwärtig gehen z. B. alljährlich Tausende von Bauern bei der planlosen Uebersiedelung nach Sibirien zu Grunde. Im besten Fall erzeugt der Schutzzoll ein industrielles Arbeiterproletariat, noch bevor Russland mit seinem bäuerlichen einigermassen fertig geworden ist.

Aber auch wenn in grösserem Umfange, als es thatsächlich der Fall ist, eine rein nationale Industrie geschaffen würde, so wären doch die Opfer, die die Bevölkerung und der Staat bringen müssen, unverhältnismässig gross. Abgesehen davon, dass die bestehende Hausindustrie, die Millionen von Händen beschäftigt, zu Gunsten einer erst zu schaffenden Grossindustrie ohne Unterstützung gelassen wird — es wird auch jeder wirtschaftliche Fortschritt gehemmt und vor allem der Landwirtschaft eine schwere Last aufgebürdet.

Wenn in Deutschland die Landwirtschaft Schutz und Opfer von der Industrie verlangt, so ist das nur natürlich, denn es handelt sich um die Existenz der halben Bevölkerung, und die deutsche Industrie ist widerstandsfähig und stark. In Russland werden der Landwirtschaft Opfer zugemutet, nicht um etwas Vorhandenes zu erhalten, sondern um erst etwas zu schaffen, und zwar wo die russische Landwirtschaft, auf der die ganze Existenz des Ackerbaustaates beruht, sich in einer so trostlosen Lage befindet, dass sie selbst aufs dringendste der Unterstützung bedarf. Es hat fast etwas Komisches an sich, dass der verschuldete Grossgrundbesitz, dessen Betrieb von Jahr zu Jahr zurückgeht, und der schon von der Verwilderung der bäuerlichen Bevölkerung in schwere Mitleidenschaft gezogen wird, dass der adelige Gutsbesitzer, der vom Lande in die Stadt flieht, um in irgend einer Kanzlei notdürftig unterzukommen, dass der nomadisierende Bauer, der während der einen Hälfte des Jahres hungert, und dessen Wirtschaft zurückgeht, dass diese Landwirtschaft noch die Industrie unter ihre Flügel nehmen muss.

Eine ganz unmittelbare Schädigung erfährt die Landwirtschaft dadurch, dass alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, sowie künstliche Düngemittel einem nicht unbedeutenden Einfuhrzoll unterliegen. Der Bezug wird dadurch eingeschränkt und die Vervollkommnung des Betriebes verhindert. Abgesehen davon, dass der Preis der russischen Maschinen sehr hoch ist, bleibt der Landwirt bei der geringen Qualität der inländischen Fabrikate, nach wie vor aufs Ausland angewiesen. Was den Einfuhrzoll auf künstliche Düngemittel betrifft, so kommt er zunächst nur dem Fiskus zu gut; russische Fabriken giebt es in diesen Industriezweigen so gut wie

gar nicht; wo aber solche vorhanden sind, sind die Produkte teuer und minderwertig.

Noch mehr wird die Landwirtschaft dadurch geschädigt, dass alle Industrie-Produkte durch den Zoll verteuert werden, darunter auch diejenigen, die mittelbar zur Hebung des landwirtschaftlichen Gewerbes beitragen könnten. So wird die Erweiterung und Vervollkommnung des Schienennetzes durch die hohen Preise für die ausländischen Schienen und das vollendete Material gehemmt, oder zum mindesten hat der Landwirt, der nun einmal bei der geringen Zahl der übrigen Bevölkerungsklassen die Hauptsteuerquelle ist, die Mehrzahlungen zu tragen. — Die ackerbautreibende Bevölkerung wird auf den Konsum der notwendigsten Waren und den notwendigsten Bedarf beschränkt und wird dadurch geschädigt, ohne dass der Industrie viel geholfen ist. So hatten sich die Moskauer Industriellen im Sommer 1893 durch die guten Ernteaussichten zu einer Verstärkung ihrer Produktion anregen lassen, hatten aber hinterher im Winter eine Krisis zu überstehen, da die Bevölkerung infolge der niedrigen Getreidepreise nicht die erforderliche Kaufkraft besass. Schliesslich kommt auch in Betracht, dass das, was noch an Kapital und Unternehmungsgeist vorhanden ist, durch die Bevorzugung der Industrie vor der Landwirtschaft künstlich abgezogen wird; denn da die Industrie 20—50 % Reingewinn abwirft, so kann es nicht wunder nehmen, wenn die Landwirtschaft nicht nur als Kapitalanlage vernachlässigt, sondern ihr auch direkt Kapital entzogen wird.

Unberechenbaren Schaden aber hat die Schutzzollpolitik der Landwirtschaft dadurch zugefügt, dass sie dem russischen Getreide den Absatz im Auslande erschwert und, wenn auch mehr indirekt, zu dem Sinken der Getreidepreise auf dem Weltmarkt erheblich beigetragen hat.

Der Schutzzollpolitik ist es zu danken, dass schliesslich der Zollkrieg ausbrach, bei dem die Landwirtschaft die Zeche hat zahlen müssen. Die Denkschrift, welche der offizielle „Regierungs-Anzeiger“ über den Handelsvertrag mit Deutschland veröffentlichte, enthielt die Erklärung, „dass sich unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland im Laufe dieses Jahrhunderts unter dem Einfluss der gegenseitigen politischen Beziehungen gestalteten“ und weiterhin heisst es, dass die gegenseitigen Zoll-Erhöhungen nach dem Berliner Kongress ihren Anfang genommen hätten — die Frage, wer den Anfang gemacht, wurde ausdrücklich unentschieden gelassen. Wenn man berücksichtigt, dass Deutschland nach dem Kongress keinen Grund hatte, den sich beeinträchtigt glaubenden Nachbar noch auf wirtschaftlichem Gebiet zu reizen, so kann wohl kein Zweifel darüber

bestehen, welcher Staat den Anfang damit gemacht hatte, die wirtschaftlichen Beziehungen unter dem Einflusse politischer zu gestalten. Fest steht jedenfalls, dass Russland bei den Erhöhungen seines Zoll-Tarifs ein derartiges Tempo einschlug, dass die deutsche Ausfuhr nach Russland im Jahre 1891 nur noch 145 Mill. Mark (ca. 7 % des ganzen deutschen Exports) betrug, während Russland noch immer für 578 Mill. Mark nach Deutschland exportierte, wovon überdies nur Waren im Werte von 400 Mill. Mark zahlpflichtig waren. Damit war von russischer Seite bereits eine Art Kriegszustand eingeführt. Ausserdem hätte der völlige Ausbruch des Zollkrieges vielleicht durch Russland verhütet werden können. Der geeignete Weg dazu war es sicher nicht, wenn die russische Regierung, indem sie die Unterhandlungen einleitete, die Auffassung vertrat, dass Deutschland zur Deckung seines Einfuhrbedarfs an Getreide auf das russische Korn angewiesen sei und dass es daher für die Einräumung einer Ermässigung der deutschen Getreidezölle Zugeständnisse bezüglich des russischen Zolltarifs nicht beanspruchen könne. Dass diese Einleitung nicht bloss Naivität, sondern eine gelungene Anwendung moskowitischer Händlerkniffe war, geht aus der provozierenden Erklärung Russlands im November 1891 hervor, nach welcher es nur eine Zollermässigung von insgesamt 700 000 Mark eintreten lassen wollte, die sich auf eine Einfuhr von Deutschland im Betrage von 12 Mill. Mark erstrekte.

Durch den Zollkrieg scheint die russische Landwirtschaft dauernd geschädigt zu sein. Kaum dass das russische Getreide nach den Ausfuhrverboten von 1891/92 sich die ausländischen Märkte wiederzuerobern begonnen hatte, musste der wichtige deutsche Markt den Konkurrenten Russlands überlassen werden. Indem diese an die Stelle Russlands traten und zugleich ihre bisherigen Märkte sich zu erhalten strebten, erweiterten sie auch ihre Produktion und insbesondere auch hinsichtlich des Roggenbaues; unter Mitwirkung noch anderer Faktoren, wie der wirtschaftlichen Krisis in Nord-Amerika, waren im Sommer 1894 die Getreidepreise derart gefallen, dass im Mai anlässlich der guten Ernteaussichten in der russischen Presse allen Ernstes die Frage erörtert wurde: „Lohnt es sich überhaupt die heurige Ernte einzubringen?“ Wenn die Preise auch wieder steigen sollten, so fragt es sich doch sehr, ob sie so bald wieder den Stand erreichen werden, den sie vor dem Zollkrieg hatten.

Trotzdem die extreme Schutzzollpolitik und der Chauvinismus die Landwirtschaft glücklich einer Krisis entgegengeführt haben, ist ein Einlenken, wenigstens unter der gegenwärtigen Finanzleitung, nicht zu erwarten. So wird die Export-Prämie für Rohspiritus

allmählich ganz aufgehoben und dafür werden Prämien für die Ausfuhr von gereinigtem Spiritus und von Spiritusfabrikaten eingeführt. Es werden somit abermals industrielle Etablissements auf Kosten der Landwirtschaft, und zwar der landwirtschaftlichen Brennvereine, bevorzugt. Wo alle konkurrierenden Länder ihrem Spiritus-Export die ausgiebigste staatliche Unterstützung zu teil werden lassen, wo ausserdem die Absatzverhältnisse für Spiritus sich mehr und mehr verschlechtert haben, so dass der russische Rohspiritus ohne Prämie auf dem Weltmarkt nicht mehr sich halten kann, da ist dieses Experiment, mit fertigen Fabrikaten statt mit dem Rohprodukt konkurrieren zu wollen, mindestens als eine Frivolität zu bezeichnen. Es ist doch kaum anzunehmen, dass z. B. die Hamburger Destillaturen der Witte'schen Wirtschaftspolitik zuliebe ihre Thätigkeit einstellen werden. Bisher ist der Export von gereinigtem Spiritus sehr gering gewesen: bei einer Gesamtausfuhr von 2 073 625 Wedro betrug er im Jahre 1893 nur 321 660 Wedro. Im günstigsten Falle würde der Gewinn auch den Destillaturen und nicht dem Landwirt zufallen, es sei denn, dass es diesem gelingt, Verbände zu gründen und Destillaturen für gemeinsame Rechnung anzulegen.

Ebenso charakteristisch ist das Gerücht, dass die Regierung für gewisse Rohprodukte, wie Borsten und Pferdehaare, Ausfuhrzölle zu dekretieren beabsichtige, damit dieselben im Inlande verarbeitet würden. Zu Gunsten der Industrie sollen also die Preise für die betreffenden Produkte gedrückt werden.

In seinem Bericht zum Budget-Voranschlag pro 1894 sprach Herr Witte die Absicht aus, dass die Industrie gefördert werden müsse, damit „innere Märkte" für das russische Getreide geschaffen würden. Wenn der russische Landwirt darauf seine Hoffnung gründen müsste, so könnte er schon heute seinen Bankerott erklären. Die Million russischer Fabrikarbeiter, die nebenbei selbst Landbesitzer und Ackerbauer sind, wird sich in absehbarer Zeit kaum so weit vermehren, dass bei einer Bevölkerung von 115 Millionen die Industrie den ausländischen Konsumenten auch nur zu einem Teil ersetzen kann. — Bisher hat die Industrie noch keine Gegenleistung erwiesen und wird es auch für lange hinaus nicht können.

Auch dort, wo die Landwirtschaft von der Industrie direkten Nutzen haben könnte, tritt in Russland ein Interessengegensatz ein. Ein solcher hat sich zwischen den Zucker-Industriellen und den Landwirten entwickelt, indem erstere sich nicht nur gegenüber dem Konsumenten, sondern auch gegenüber dem Produzenten des Rohmaterials zusammenthun und die Preise machen. Sie verfügen über Kapital und über Kredit in den Banken, während die Landwirte

bei jedem Vorschuss sich ungünstige Kontrakte und Abzüge vom Marktpreis gefallen lassen müssen.

* * *

Die ganze Wirtschafts- und ebenso die Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung zeichnen sich dadurch aus, dass die zunächstliegenden, dringendsten Aufgaben vernachlässigt und Bestehendes vernichtet wird, um weiterliegende, kostspielige Ziele aus nationalistischen und chauvinistischen Motiven zu verfolgen. So baut man mit grösstem Eifer an der sibirischen Bahn, macht sich mit gleichem Eifer an eine Eisenbahn zum Weissen Meer und plant noch zwei weitere Linien durch den unwirtlichen Norden, obgleich diese Linien dünn bevölkerte oder ganz unbewohnte Gebiete durchschneiden werden und nicht nur der Bau ungeheure Summen beansprucht und durch die möglichst weitgehende Verwertung inländischen Materials noch verteuert wird, sondern auch der spätere Betrieb alljährlich bedeutende Zahlungen erfordern wird. Einerseits sollen diese Bahnen sog. strategischen Zwecken dienen, vor allem aber sollen die „vaterländischen Naturschätze" die „natürlichen Reichtümer des Landes" auch in den fernsten Gebieten ausgebeutet werden, und man vergisst völlig, dass man nicht einmal die Naturschätze des europäischen Russlands sich zu nutze zu machen vermag. Ebenso wird ausser acht gelassen, dass das Verkehrswesen im europäischen Russland sehr viel zu wünschen übrig lässt, dass die wichtigste Verkehrsader Russlands, die Wolga mit ihren Nebenflüssen — von den andern Strömen ganz zu schweigen — sich in einem jammervollen Zustand befindet, dass die Transporttarife, die überdies fast jedes Jahr geändert werden, namentlich im innern Verkehr sehr hoch sind, dass es an rollendem Material, an doppelten Geleisen, an Niederlagen auf den Stationen fehlt und daher alle Jahre grosse Massen Getreides bei dem Transport verderben, dass der Betrieb unter dem Schlendrian der Verwaltung leidet und bei allen grösseren Anforderungen versagt, wie z. B. während des Hungerjahres 1891/92, wo bei der Verpflegung der Notleidenden der zehnte Teil des rollenden Materials des gesamten Bahnnetzes festgefahren war, u. s. w.

Die drei Bahnlinien durch den hohen Norden — der Bau einer von ihnen wird bereits vorbereitet — würden, wie gesagt, zum grössten Teil ein völlig unwirtbares Gebiet durchschneiden und die Ausbeutung der Naturschätze würde wohl ausschliesslich in der Vernichtung der Wälder bestehen, so dass auch das letzte noch waldreiche Gebiet des europäischen Russlands verwüstet werden würde.

Was den strategischen Zweck betrifft, so ist es noch sehr fraglich, ob es gelingt, einen einigermassen eisfreien Hafen zu erlangen. Der sehr energisch geförderte Plan der sibirischen Pacificbahn scheint auf den ersten Blick allerdings sehr verführerisch und grossartig. Aber ganz abgesehen davon, dass diesseits des Ural viel dringendere Aufgaben der Erledigung harren, ist das selbst dünnbevölkerte Russland zur Zeit gar nicht imstande, jene ungeheuren Gebiete Sibiriens in grösserem Massstabe zu kolonisieren.

Aus diesen und aus andern Gründen ist auch der strategische Wert der Bahn zweifelhaft. Es ist mit Recht betont worden, dass die sibirische Bahn erst dann eine wichtige strategische Bedeutung erlangen kann, wenn Sibirien selbst die Hilfsquellen einer fortgeschrittenen Kultur und eine stärkere Bevölkerung aufweisen wird und wenn überdies grössere Betriebsmittel, als sie bisher in Aussicht genommen sind, die Bahn zu grösseren Leistungen befähigen werden. Im Kriegsfall werden Truppen immer nur aus dem europäischen Russland herangezogen werden können; der Transport einer einzigen Infanteriedivision nach Wladiwostock am Stillen Ocean würde aber, wie berechnet worden ist, bei den jetzigen Betriebsmitteln der Bahn gegen 19 Tage in Anspruch nehmen, alle Verstärkungen würden demnach mit einer recht bedeutenden Verspätung auf dem Kriegsschauplatz eintreffen. Dadurch kann der ganze strategische Wert der sibirischen Bahn in Frage gestellt sein: Die Bahnlinie wird nämlich auf grosse Strecken möglichst nahe an der chinesischen Grenze erbaut und die einzige Aufmarschlinie muss daher von vornherein in einer bedeutenden Ausdehnung gegen die chinesischen Waffenheere verteidigt werden, wenn nicht Wladiwostock und das Südwestgebiet völlig abgeschnitten und zugleich der Aufmarsch durch Zerstörung des Bahnkörpers unmöglich gemacht oder wenigstens sehr wesentlich erschwert werden soll. Um gegen China, das insgesamt in einer Ausdehnung von 4000 Kilometer an Russland grenzt, einigermassen gerüstet zu sein, müsste Russland bereits bei Friedenszeiten sehr bedeutende Truppenmassen nach Sibirien und Centralasien vorschieben.

So wie die Dinge im europäischen Russland liegen, scheint der Bahnbau um einige Decennien zu früh in Angriff genommen zu sein.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist ganz von demselben Geiste beherrscht wie die Russifizierungspolitik und die orthodoxe Propaganda: statt die jammervolle Lage der orthodoxen Geistlichen im eigentlichen Russland zu verbessern, kommt fast die gesamte Summe, die der Staat zum Unterhalt der Geistlichen aussetzt, in den Grenzgebieten und in Sibirien zur Verwendung, ja man verschleudert

sogar sehr bedeutende Summen für orthodoxe Mission in Japan, wo drei religiöse Journale in der Landessprache herausgegeben werden und überdies noch die lutherische und katholische Mission bekämpft wird. Es ist das der echte russische Charakterzug, nach Dilettanten-Art immer in die Breite, statt in die Tiefe zu gehen, möglichst Grossartiges zu unternehmen und gleich an allen Ecken und Enden auf einmal zu beginnen.

Die gegenwärtige Regierung wird dazu noch immer extremer und einseitiger auf wirtschaftlichem Gebiete und zieht unter der derzeitigen Finanzleitung die äussersten Konsequenzen ihres Systems. Der allmächtige Finanzminister Witte überbietet seine Vorgänger nach jeder Richtung hin. Allerdings ist unter dem Eindruck der Missernte von 1891 92 ein Ackerbau-Ministerium errichtet worden, um doch auch für die wichtigste Erwerbsquelle des Landes etwas zu thun. Im Grunde genommen aber handelt es sich um kaum mehr als eine Formalität: das bisherige Ministerium der Reichsdomäne ist nur in ein Ministerium des Ackerbaus umbenannt worden. Man hat die Centralverwaltung des Ressorts durch einige neue Departements und Abteilungen erweitert, im grossen und ganzen ist aber alles beim alten geblieben und vieles spricht dafür, dass es auch nicht so bald anders werden wird. Der neue Ackerbauminister Jermolow hat sich unzweifelhaft um die russische landwirtschaftliche Litteratur verdient gemacht, und unter anderem ist sein Buch über die Missernte von 1891 und ihre Ursachen höchst beachtenswert, wie denn Herr Jermolow auch nicht zu den Anhängern des Gemeindebesitzes gehört. Dass er aber mehr als blosser Theoretiker ist und Organisations- und Dispositionstalent besitzt, hat er noch zu beweisen. Die Leitung seines Ressorts hat er bereits seit Jahr und Tag inne, ohne dass sich irgend eine Veränderung bemerken liesse. Die staatlichen Musterfarmen z. B. befinden sich noch genau in dem gleichen abschreckenden Zustande. Die Mitarbeiter, mit denen Herr Jermolow sich umgeben hat, wie z. B. der sehr verdienstvolle landwirtschaftliche Schriftsteller und Agrikulturtechniker Professor Kostytschew, der neue Direktor des landwirtschaftlichen Departements, haben zum grossen Teil ihre Befähigung für praktische Aufgaben ebenfalls noch darzuthun.

Zu andern Zeiten wäre Herr Jermolow mit seinem Stabe immerhin an seinem Platze und wäre vielleicht dazu geeignet, selbstständige Bestrebungen innerhalb der Kreise der Landwirte zu unterstützen und zu fördern: unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber hat es nicht den Anschein, als ob er gegen den Geist des Regimes und gegen das Witte'sche System aufkommen könnte. Es scheint,

dass der neue Minister dem Einfluss des Regimes soweit unterlegen ist, dass er ebenfalls alles durch Bevormundung von oben her zu vollbringen gedenkt; bis jetzt hat er eine Mitarbeit seiner Schützlinge, der Landwirte, nicht nur nicht angeregt, sondern sie eher davon abgeschreckt. So machte es eine Zeitlang den Eindruck, als ob diejenigen Organe, die noch die meiste Fühlung mit der Landwirtschaft haben, die Landschaften, ganz aus dem Spiel gelassen werden sollten und dafür rein bureaukratische Unterorgane in der Provinz geschaffen werden. Sehr bezeichnend hierfür war eine Mitteilung, die vom landwirtschaftlichen Departement bald nach Ernennung des neuen Direktors im offiziellen „Regierungs-Anzeiger" veröffentlicht wurde. Nach dieser Mitteilung, die auch die theoretisierende Richtung des Ressorts sehr deutlich widerspiegelt, beabsichtigt das Departement vor allem ein gross angelegtes Sammelwerk auszuarbeiten, um sich in systematischer Weise einen Ueberblick über die ganze bisherige Thätigkeit der Semstwo und namentlich über die Förderung, die sie der Landwirtschaft hat angedeihen lassen, zu verschaffen und darnach über die Mitwirkung der Semstwo an der Thätigkeit des Ackerbau-Ministeriums eine Entscheidung zu treffen. Es sollen somit einige Jahre mit dem Sammeln von Daten verbracht werden, während die Frage darnach, was die Semstwo bisher für die Landwirtschaft geleistet hat, ohne jeden Aufenthalt und weitläufige Untersuchungen dahin beantwortet werden kann, dass die Semstwo schon aus Mangel an Geldmitteln so gut wie nichts geleistet hat. Entscheidend für die zukünftige Thätigkeit des neuen Ministeriums ist aber wohl, dass sein Leiter neben dem Finanzminister eine durchaus untergeordnete Rolle spielt und zu ohnmächtig ist, um der Agrar- und Wirtschaftspolitik eine andere Richtung zu geben. Ebensowenig kann er, angesichts der Sparsamkeit, welche die Finanzpolitik bei allen notwendigen Aufgaben auszeichnet, darauf rechnen, auch nur einigermassen in Betracht kommende Kredite zu erhalten, so dass seine Thätigkeit sich schon aus diesem Grunde in den bescheidensten Grenzen halten müsste. Der derzeitige Finanzminister, der seinem Kollegen schon bei der Erweiterung der Kompetenzen des früheren Domänenministeriums Hindernisse in den Weg gelegt hat, ist viel zu herrschsüchtig und ehrgeizig, um grössere Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn er die Verwendung nicht selbst leitet und den Ruhm in eigener Person erntet.

Die Gründung des Ackerbauministeriums hat denn auch nirgends irgendwelchen Eindruck gemacht — wenn man von einer sehr charakteristischen Erscheinung absieht: unter den adeligen Gutsbesitzern entstand eine gewisse Bewegung, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, das Ministerium werde viele neue Aemter und Posten für Gutsbesitzer errichten!

Wie sich die derzeitige Finanzleitung zu einer Unterstützung des Ackerbaues und andrer dringender Aufgaben verhält, illustriert aufs beste der Passus, mit dem der Finanzminister seinen allerunterthänigsten Bericht über den Budgetvoranschlag pro 1894 schloss. Dieser Passus, der zugleich als Musterprobe dafür gelten kann, mit welcher Meisterschaft Herr Witte das System der offiziellen Heuchelei handhabt, lautete wie folgt: „Gegenwärtig richten sich die Anweisungen Ew. Kaiserl. Majestät insbesondere auf die Fürsorge für Hebung des landwirtschaftlichen Gewerbes, Förderung des Wohlstandes der bäuerlichen Bevölkerung und ihrer Aufklärung auf streng religiös-sittlicher Grundlage." Zu diesen allerhöchsten Anweisungen stand der Budgetvoranschlag selbst in direktem Gegensatz. Der einzige Posten, der mit „der Hebung des landwirtschaftlichen Gewerbes" in Beziehung stand, betraf eine Summe von 3,4 Mill. Rubel, durch welche der Etat des Domänenministeriums vergrössert wurde. Ueber Kredite zur „Förderung des bäuerlichen Wohlstandes" enthielt der Voranschlag gar nichts und auch unter den ausserordentlichen Ausgaben finden sich nur Posten für Bahnbauten, in erster Linie für die sibirische Bahn, für Hafenanlagen und für die Umbewaffnung der Armee; vor allem vermisst man ausserordentliche Kredite für diejenigen Gouvernements, die 1891 und 1892 von Missernten heimgesucht waren und in denen nach der allerdings nicht sehr zuverlässigen Statistik der Semstwos die Hälfte, ja in manchen Gegenden sogar zwei Drittel der Bevölkerung weder Vieh noch Pferde besitzen.

Was schliesslich die Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung „auf streng religiös-sittlicher Grundlage" betrifft, so fand sich das sehr bescheidene Budget des Ministeriums der Volksaufklärung noch verkürzt, wenn auch nur um die Summe von 20,000 Rubel. Der Etat des genannten Ressorts beläuft sich auf 22,2 Mill. Rubel, während die Gesamteinnahmen pro 1894 auf mehr als eine Milliarde veranschlagt sind. Ueber die Hälfte, fast 61 Proz., der Staatsausgaben entfallen auf die Staatsschuld (257,8 Mill. Rubel) und auf die Ministerien des Krieges und der Marine (291,5 Mill. Rubel, mit dem ausserordentlichen Kredit für die Neubewaffnung der Armee insgesamt 326,2 Mill. Rubel). Das Ministerium der Volksaufklärung hat sich mit einer Summe zu begnügen, die um $^1/_3$ kleiner ist als der Kredit für den Bau der sibirischen Bahn; für dieses Unternehmen von vorläufig mindestens problematischem Nutzen hatte die Regierung pro 1894 die Summe von 35,5 Mill. Rubel überflüssig.

— Von dem oben genannten Betrage sind übrigens nur 3,9 Mill. Rubel für Volksschulen bestimmt und nicht einmal für diese allein, sondern zugleich für Kreis- und Stadtschulen. Rechnet man die Summen hinzu, die von andern Ressorts für die niedern Schulen ausgesetzt sind, so mag im ganzen eine Summe von etwa 4½ Mill. Rubel zusammenkommen; von den Communen werden für dieselben Zwecke etwa 17 Mill. Rubel aufgebracht.

Die Förderung der Volksbildung ist ja kein Allheilmittel, sicher aber ist, dass jeder Fortschritt unmöglich gemacht wird, solange ein Volk in so dumpfer Unwissenheit verharren muss, wie das in Russland der Fall ist. Schärfer lässt sich die Wirtschaftspolitik und die ganze Richtung des gegenwärtigen Regimes kaum blosstellen, als es bei einer genauern Interpretation in jenem „allerunterthänigsten Bericht“ des Finanzministers geschieht, der trotzdem im Auslande eine sehr günstige Aufnahme gefunden hat. In Russland selbst hat der Bericht verhältnismässig scharfe Angriffe erfahren, so dass der Finanzminister schon Anstands halber und um sein Prestige nicht zu erschüttern, im nächsten Budget das Volksschulwesen wohl etwas mehr berücksichtigen wird.

Dem Charakter der gesamten Wirtschaftspolitik ist die Finanzpolitik vorzüglich angepasst und mit jedem Jahr prägt sich das System schärfer aus. Der Finanzminister Bunge war noch ein Finanzminister von westeuropäischem Schlage: es wurde die drückende Kopfsteuer und die nicht minder schwer auf der Bevölkerung lastende Salzaccise aufgehoben, die bäuerlichen Loskaufzahlungen ermässigt, eine gerechtere Verteilung der Handels- und Gewerbssteuer in Angriff genommen und vor allem bei der Beitreibung der bäuerlichen Abgaben eine sehr günstig wirkende Nachsicht beobachtet. Herr Wyschnegradski sah bereits neben einer Erhöhung der Zölle seine Hauptaufgabe darin, nicht nur Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten, sondern auch so schnell wie möglich und um jeden Preis grosse Geldbestände anzuhäufen. Die Eingänge wurden niedrig veranschlagt und dementsprechend die Ausgaben angesetzt, wobei denn gerade bei den wichtigsten Posten gespart wurde. Dann wurde eine Anzahl Steuern erhöht und die Abgaben rücksichtslos beigetrieben. Dank der Politik seines Vorgängers und unterstützt durch zwei reiche Ernten liess sich alles äusserlich sehr gut an und Herr Wyschnegradski schien mit Erfolg auf sein Ziel, die Regulierung der Valuta, loszusteuern. Die Missernte von 1891 warf dann das ganze Programm über den Haufen und verschlang bei der Unterstützung der ausgesogenen Bevölkerung einen grossen Teil der Ersparnisse des Fiskus.

Herr Witte knüpfte genau da an, wo sein Vorgänger stehen geblieben war und ging dann noch einige Schritte weiter. In seiner Finanzpolitik ist er ausschliesslich Vertreter rein fiskalischer Interessen und, soweit es sich nicht um ultrapatriotische Unternehmungen handelt, ein Anhänger des Thesaurierens, ohne dass er wie Wyschnegradski als Grund anführen kann, das Prestige der russischen Finanzen dem Auslande gegenüber heben zu wollen, denn einerseits verfügt Russland bereits über grosse Barmittel und andrerseits ist im Auslande gegenwärtig ein reiches Mass von Glaubensfreudigkeit in Bezug auf die russischen Finanzen vorhanden. Unter Herrn Witte ist der Fiskus eine Grösse geworden, die nicht mehr mit dem Volkswohlstande rechnet und auch von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage scheinbar unabhängig ist. Sofort nach seinem Amtsantritt, noch im Jahre 1892, eröffnete er seine Thätigkeit zu allgemeinem Erstaunen, statt mit einer Steuerreform, mit der Erhöhung einer ganzen Reihe von Abgaben, darunter sämtlicher indirekten Steuern, der Zucker-Steuer, der Naphtha-, Zündholz-, Tabaks- und Branntwein-Accise. Er plante sogar eine Wiedereinführung der Salz Accise, erregte aber damit einen so allgemeinen Entrüstungssturm — wenn in Russland von einem solchen gegenüber Regierungsprojekten überhaupt gesprochen werden kann — dass er den Plan schliesslich fallen liess. (Die indirekten Steuern machen etwa die Hälfte der Gesamteinnahme aus. Im Budget-Voranschlag pro 1894 waren sie auf 481,5 Mill. Rubel angesetzt; den grössten Ertrag gewährt die Getränke-Accise mit 268 Mill. Rubel, den zweitgrössten die Einfuhrzölle mit 129 Mill. Rubel oder 13 Proz. des gesamten Budgets. Die Eingänge aus den direkten Steuern sind auf 101,2 Mill. Rubel, die bäuerlichen Loskaufszahlungen auf 82 Mill. Rubel angesetzt. Aus verschiedenen Gebühren, wie Stempel-, Gerichts- und Kanzlei-Gebühren, Pass-Gebühren u. s. w. wurden 62,8 Mill. Rubel erwartet und aus den Staatsregalien (Bergwerk, Post und Telegraphen) 40 Mill. Rubel. Weiter sind Hauptposten der Budgets: Ersatz von Ausgaben der Staatsrentei und Einnahmen aus Staatsbesitztum und Kapitalien; unter der letztern Kategorie finden sich die Einnahmen aus den Eisenbahnen, die bei der ausserordentlich schnell durchgeführten Verstaatlichung von Privatbahnen auf 105,9 Mill. Rubel gestiegen sind — ein Betrag, dem im Ausgabe-Budget eine weit höhere Summe für Eisenbahn-Anleihen, für den Betrieb u. s. w. gegenübersteht.)

Dem Anhäufen von Goldreserven giebt sich der derzeitige Finanzminister mit nicht geringerem Eifer hin als sein Vorgänger. Neue Anleihen oder wenigstens Konversionen sind alle Jahre aus-

geführt worden. Bei der geringen Entwicklung von Unternehmungsgeist und Geschäftssinn werden in Russland Ersparnisse in der Regel in Banken und Sparkassen statt in gewinnbringenden Unternehmungen oder Erweiterung bestehender angelegt. Seitens der Finanzverwaltung wird mit grösster Aufmerksamkeit die Ansammlung der Einlagen verfolgt, um dann mittels neuer Anleihen das Kapital dem Privatverkehr vollends zu entziehen und in Staatspapieren festzulegen. Im Jahr 1893 betrugen die Einnahmen aus Anleihen 160 Mill. Rbl.; neben den Eingängen aus der 4½prozentigen Eisenbahn-Anleihe von 1892, deren Realisierung sehr allmählich vor sich geht, und aus der 4½prozentigen innern Anleihe von 1893 figurierte auch noch ein Betrag, welcher aus der Realisierung jener 3prozentigen Anleihe stammt, die 1891 in Paris aufgelegt wurde, von der sich aber das französische Konsortium lossagte, so dass das Finanzministerium noch immer mit ihrer Unterbringung beschäftigt ist.

Als eine versteckte Anleihe könnte auch die Konversierung der Orientanleihe 2. und 3. Emission, sowie der Bankbillete 1. und 2. Emission in eine 4prozentige Staatsrente aufgefasst werden. Durch diese Operation, die mit grossem Tamtam und ausserordentlicher Reklame in Scene gesetzt worden ist, erlangt der Fiskus volle Freiheit bezüglich der Amortisation und kann die bisherigen Ausgaben für die alten Anleihen nach Belieben verringern, so dass neue Barmittel frei werden. Ob Herr Witte mit dem Plan umgeht, in nächster Zukunft Goldvaluta einzuführen, ist noch fraglich. Vielleicht dass er die nicht ganz unbegründete Besorgnis hegt, die schönen Goldbestände würden dann bald aus dem Lande gehen, denn die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit von Westeuropa ist gross und nicht nur der Staat ist beim Auslande verschuldet, sondern auch in Privatunternehmungen stecken sehr bedeutende Beträge fremden Kapitals, namentlich infolge der Schutzzollpolitik. Die Probe eines Krieges würde die Goldwährung jedenfalls kaum bestehen. Auch Kaiser Nikolai war es geglückt, mit Hilfe einer Devalvation im Jahre 1839 Metallwährung einzuführen, doch war sie nicht von langem Bestande.

Durch seine Steuerpolitik und das System der Steuerbeitreibung befördert der gegenwärtige Finanzminister den wirtschaftlichen Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung. Wie unter Kaiser Nikolai scheinen die Finanzen glänzend, während das Volk verarmt. Von den indirekten Steuern muss schliesslich der Bauernstand den Hauptanteil tragen; dazu kommen dann noch die direkten Steuern, vor allem die bäuerlichen Loskaufszahlungen, und endlich die Art und Weise der Abgabenerhebung. Abgesehen von dem

rücksichtslosen Vorgehen bei der Beitreibung, den Zwangsverkäufen des bäuerlichen Viehs und der bäuerlichen Habe, werden die Steuern gleich nach der Ernte erhoben und der Bauer dadurch häufig beim niedrigsten Stand der Preise zum Verkauf des Getreides gedrängt. Wo aber der Viehbestand des Bauern abnimmt, da wächst auch erfahrungsmässig die Zahl der Wirte, die alljährlich auf die Wanderung gehen: wo die Steuern für die Gemeinde zu hoch und die Bauern in starkem Rückstande sind, da weilt auch ein bedeutender Prozentsatz der Gemeinde einen grossen Teil des Jahres in der Ferne.

Die Gesamtsumme der direkten Steuern der bäuerlichen Bevölkerung ist verhältnismässig nicht gross, im ganzen etwa 100 Mill. Rubel. Bei der Armut der Bauern aber, die allerdings noch kommunale Abgaben zu tragen haben, ist auch diese Summe noch zu hoch und es mehren sich in vielen Gebieten die Rückstände, trotz des „Herausklopfens der Steuern“. („Die Steuern mit der Faust herausschlagen“ lautet die vulgäre Bezeichnung für die übliche Methode der Abgabenerhebung.) Da jene Steuern nicht ganz 10 % des ordentlichen Budgets ausmachen, so stände dem Fiskus gerade auf diesem Gebiet die Möglichkeit offen, der Bevölkerung durch Nachsicht und Schonung zu Hilfe zu kommen.

Zur Zeit sieht es jedoch nicht darnach aus, als ob der Fiskus von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde. So sollen auch in den 18 Gouvernements, in denen im Jahre 1891 Hungersnot herrschte, die Rückstände allmählich beigetrieben werden. Die Gesamtsumme derselben belief sich zum 1. Januar 1892 auf 61,9 Mill. Rubel, wobei die Rückstände an Loskaufszahlungen 112 % des Jahresverschlages ausmachten. Jene Summe stieg bis zum 1. Januar 1893 auf 85 Mill. Rubel, wovon 80,2 Mill. auf die Loskaufszahlungen entfielen, das ist ein Betrag, der dem Jahresverschlage für das ganze Reich ungefähr gleichkommt. Die Bevölkerung jener Gouvernements hat ausserdem noch an Verpflegungsdarlehen 130 Mill. Rubel dem Fiskus zurückzuerstatten. Es lastet also eine Gesamtschuld von 200 Mill. Rubel auf ihnen, während die bäuerlichen Wirtschaften schwer erschüttert sind.

Was das System der Steuerbeitreibung betrifft, so scheint auch hier keine wesentliche Aenderung in Aussicht zu stehen. Allerdings brachten die Blätter im Dezember 1893 eine angebliche Verfügung des Finanzministers an die Kameralhöfe, die sich gegen das zu energische Eintreiben der Steuern und die zu weitgehenden Zwangsverkäufe des bäuerlichen beweglichen Eigentums bei geringen Steuerrückständen richteten. Diese Verfügung wurde aber vom „Reg.-Anz.“ als reine Erfindung bezeichnet und zugleich mitgeteilt, dass die Mini-

sterien des Innern und der Finanzen erst beabsichtigten, Massregeln in dieser Sache zu ergreifen. Der Finanzminister versteckte sich dabei hinter den Minister des Innern, indem er, von dem doch allein eine härtere oder mildere Form der Beitreibung abhängt, mit seiner gewohnten Offenheit erklärte, dass „die Anweisungen betreffs Beitreibungen der Steuern gar nicht vom Finanzministerium allein ausgehen, da sie der Gegenstand gegenseitiger Beratung und gegenseitigen Einvernehmens zwischen zwei Ressorts, dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium, bilden". Ferner würden die betreffenden Anordnungen an die Gouvernementsbehörden selbst nicht vom Finanzministerium, sondern vom Ministerium des Innern erlassen. Welchen Standpunkt das Finanzministerium betreffs des gegenwärtigen Systems vertritt, geht aus nachstehender Auslassung des Organs des genannten Ressorts, des „Westnik Finanssow", hervor, die im Herbst 1893 erschien und gegen Vorschläge und Beschwerden in der Presse gerichtet war. In verschiedenen Zeitungen war nämlich darüber Klage geführt worden, dass die Steuern trotz des Zollkrieges zu streng beigetrieben würden, und zugleich war für einen Aufschub der Beitreibung plaidiert worden. Der „Westn. Fin." glaubte nun, jene Vorschläge und Klagen in folgender, sehr charakteristischer Weise abthun zu können:

„Was den etwaigen Aufschub der Abgabenerhebung betrifft, so ist unsere ganze Organisation der Abgaben noch so unvollkommen und in der Bevölkerung selbst ist nicht nur ein ordnungsgemässes Verhalten ihren Steuerpflichten gegenüber, sondern auch die Gewohnheit, die Steuern allmählich, in kleinen Beiträgen und an mehreren Terminen zu erlegen, so wenig entwickelt, dass ein solcher Aufschub in fiskalischer Hinsicht sehr bedenklich erscheint und in Bezug auf den eigentlichen Zweck sehr wahrscheinlich ohne Erfolg sein würde, da jener Ueberschuss an Getreide, der zur Bezahlung der Steuern nicht sofort eingetrieben wird, trotzdem nicht in den Händen der Bevölkerung verbleiben, sondern zur Befriedigung anderer Bedürfnisse der Bauern verkauft werden würde."

Der derzeitige Finanzminister kann überhaupt in jeder Hinsicht als ein typischer Repräsentant des gegenwärtigen Regimes gelten, namentlich auch in seiner Neigung für Bevormundung und Reglementierung, für staatliche Kontrolle und Monopolisierung. Im Eisenbahndienst heraufgekommen, glaubt er mit Reglements, mit Verfügungen und durch Beamte alles vollbringen und von obenher regeln zu können.

In der kurzen Zeit von zwei Jahren ist von ihm ein Drittel des ganzen Bahnnetzes verstaatlicht worden, so dass sich jetzt zwei

Drittel im Eigentum des Staates befinden. Ein neues Heer von Kronsbeamten ist damit geschaffen und die schon bestehenden Verwaltungsschwierigkeiten sind wiederum verstärkt worden. Es muss allerdings anerkannt werden, dass die Privatbahnen die Verstaatlichung zum Teil selbst veranlasst haben, indem sie den Fiskus mittels der vom Staat übernommenen Garantie einer bestimmten Reineinnahme ausbeuteten. Ein analoger Anlass liegt jedoch beim Branntweinverkaufsmonopol nicht vor, das gegenwärtig versuchsweise in vier Gouvernements eingeführt wird und dann auf das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Hier lässt sich nur die Kühnheit Herrn Wittes bewundern, der sich mit dem ihm zur Verfügung stehenden Beamtenmaterial an eine derart schwierige Aufgabe macht.

Verstaatlicht wird schliesslich auch der telegraphische Nachrichtendienst: die einzige Telegraphenagentur Russlands geht mit dem 1. Januar 1895 in den Betrieb des Finanzministeriums über, indem sie dem Herausgeber des offiziellen Journals dieses Ressorts, des „Westn. Fin.", übertragen wird. Der Nachrichtendienst war schon bisher hochoffiziös, in Zukunft wird er jedoch ganz und gar den Tendenzen der Regierung, vor allem aber der Witteschen Politik, angepasst sein. Welchen Wert derartige offizielle Informationen für In- und Ausland haben werden, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Mit staatlicher Kontrolle und bureaukratischen Massnahmen sind ferner Geldverkehr und Börsenspekulation bedacht worden. Für Kreditrubel ist ein Ein- und Ausfuhrzoll eingeführt worden, den inländischen Bankiers ist die Lieferung von Kreditrubeln an ausländische Spekulanten behufs Deckung von Kursspekulationen unter Androhung einer Entziehung des Kredits in der Reichsbank verboten worden; die Differenzgeschäfte bei Kauf und Verkauf von Goldvaluta sind untersagt worden u. s. w. Man will sich auch auf diesem Gebiet vom Ausland unabhängig machen, namentlich von der Berliner Börse, obgleich man gerade dort Herrn Witte und seiner Politik Bewunderung und Opferwilligkeit entgegenbringt. Dank dieser Stimmung und infolge des starken Getreideexports nach der guten Ernte von 1893, hat Herr Witte auch noch nicht Gelegenheit gehabt, seine Massregeln betreffs der Kursregulierung erproben zu können, vielmehr ist er ausschliesslich damit beschäftigt, die Berliner Börse, die man immer als Feind betrachtet hat, zu zügeln, damit sie nicht eine bedeutende Steigerung des Kurses bewerkstellige. — Eine Reglementierung war auch für den Handel in Gestalt einer Getreidehandels-Inspektion in Aussicht genommen, doch ist der Plan, den Handel mit den üblichen Beamtenweitläufigkeiten und -Formalitäten einzuengen, zunächst aufgeschoben worden.

Das Finanzressort hat auch sonst eine fieberhafte Thätigkeit entfaltet. Hierauf lässt sich durchaus das Wort Alexander Herzens anwenden, mit dem er seiner Zeit das Nikolai'sche Regime charakterisierte: „Die russische Regierung ist nicht nur nicht konservativ, sondern sie liebt die Neuerungen bis zur Thorheit. Sie lässt nichts ruhig bestehen, und wenn sie auch selten verbessert, so verändert sie doch immer. Es ist die Geschichte der Uniformen, die unaufhörlich und ohne Grund für Civil und Militär abgeändert werden, ein Zeitvertreib, der natürlich ungeheuere Summen kostet.“ Das stimmt Wort für Wort nicht bloss für das Finanzministerium, sondern auch auf die gesamte Regierung. Sogar die Uniformen spielen noch immer eine grosse Rolle. So wurden Ende Mai 1894 sowohl im Justizministerium als auch im Ministerium des Innern neue Reglements für das Tragen der Uniform erlassen. Das Reglement des Ministeriums des Innern umfasste drei Spalten des amtlichen Blattes, das sich durch ein grosses Format auszeichnet, und man ersah aus demselben, dass gegenwärtig sieben Uniformen für Civilbeamte festgesetzt sind, nämlich 1) Parade-, 2) Festtags-, 3) gewöhnliche, 4) Werktags-, 5) besondere, 6) Reise-, und 7) Sommeruniformen. Das Justizministerium begnügte sich mit 5 Uniformen.

Aus der grossen Zahl der Projekte, an denen gegenwärtig im Finanzministerium gearbeitet wird, oder die bereits zum Abschluss gelangt sind, seien hier nur folgende angeführt: Umgestaltung des Departements für Handel und Manufakturen, Revision des Patentwesens, Reform des Börsenstatuts, Einführung der Handelsregistratur, Reform der Bestimmungen betreffs der Handels- und gewerblichen Aktiengesellschaften, Eröffnung billigen Kredits, Reorganisation der Reichsbank, der Bauer-Agrarbank etc. etc.

Wie beiläufig erwähnt sei, hat die Bauer-Agrarbank mit ihren Operationen ein vollständiges Fiasko erlitten. Die Bank sollte der zunehmenden Landlosigkeit der Bauern abhelfen und zugleich gegen eine Zunahme des individuellen Grundbesitzes ankämpfen; statt dessen langte sie allmählich dabei an, dass sie arme Genossenschaften nicht mehr unterstützte, sondern vielmehr einzelne Personen bevorzugte und auf diese Weise das Areal wohlhabender bäuerlicher Wirte vergrössern half. Das Areal, das mit Hilfe der Bank in einem Zeitraum von etwa 12 Jahren angekauft wurde, ist ausserdem von äusserst geringem Umfang und erreicht nach Berechnungen russischer Blätter nicht einmal die alljährlich vom Adel preisgegebene Ackerfläche. Endlich war die Bank, die ihre Operationen immer mehr einschränkt, im Jahr 1892 die glückliche Besitzerin von 353 Komplexen im Umfange von 133 731 Dessjatinen, welche die bäuerlichen

Käufer bei einer Schuldenlast von 7,8 Mill. Rubel aufgegeben hatten; im ganzen war etwa der achte Teil des mit Hilfe der Bank erworbenen Landes bis zum Jahr 1892 an dieselbe übergegangen.

Von den oben erwähnten Projekten sollen einzelne die unendlichen Formalitäten und Schwierigkeiten beseitigen, welche bei Gründung von gewerblichen, industriellen, kommerziellen und anderen Unternehmungen zu überwinden sind. Zu guter Letzt wird es aber doch wohl darauf hinauskommen, dass nur andere Instanzen an die Stelle der bisherigen gesetzt werden, denn die gegenwärtige Regierung ist weiter denn je davon entfernt, ihren allumfassenden Einfluss auf irgend einem Gebiet zu beschränken. Gerade dadurch werden die Witte'schen Projekte auch dort, wo sie entschieden einen Fortschritt bedeuten, in ihrer Wirksamkeit aufgehoben; die Umkehrung des Satzes: „Menschen, nicht Massnahmen.“ wird Herrn Witte wohl kaum zu Erfolgen verhelfen.

* * *

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des gegenwärtigen Regimes zerstört Bestehendes und untergräbt den Nationalwohlstand; sie wirft mit vollen Händen fort, wo Sparsamkeit geboten wäre, und spart an den dringendsten Bedürfnissen; sie saugt die bäuerliche Bevölkerung aus und erhält sie zugleich in Unwissenheit und Verwilderung. Das Reich befindet sich im Grunde genommen in der traurigsten Lage, wenngleich der Stand der Finanzen zur Zeit die wahre Sachlage noch verhüllt.

Nach der Ansicht des Finanzministers liegen die Dinge allerdings ganz anders: In seinem „allerunterthänigsten Bericht“ zu dem Budget pro 1894 hat er „die Kühnheit es auszusprechen, dass Russland nach der zeitweiligen Erschütterung, die durch den bedeutenden Getreidemisswachs hervorgerufen war, aufs neue in die normalen ökonomischen Verhältnisse tritt;“ er ist ferner der Ueberzeugung, dass „die glückliche finanzielle Lage Russlands, weit entfernt von irgend einer Trübung, zunimmt und in mächtigen Schritten fortschreitet auf dem Wege der Entwickelung“. Im Vergleich mit dieser Darstellung zeichneten sich die Berichte seines Vorgängers geradezu durch übertriebene Offenheit aus. Im Auslande wird Herr Witte ernst genommen und sein Kredit ist dort im Wachsen begriffen, während er in der russischen Gesellschaft bald allen Kredit verloren haben wird. Wie zu den Zeiten Kaiser Nikolais lässt man sich im Ausland durch den äusseren Schein täuschen, und seit Nikolai hat man die Macht-

fülle und ökonomische Kraft Russlands nicht so bewundert wie gegenwärtig, und doch war damals der Staat nicht weit vom Bankerott.

Reaktion und Nationalismus in Gesellschaft und Presse.

Fügsamkeit und Anpassung der Gesellschaft. — Russischer Doktrinarismus. — Verknöcherung und Nationalismus. — Unterdrückung der Presse. — Patriotische Zeitungsphrasen. — Uebersicht über die Presse.

Ein grösserer Gegensatz lässt sich kaum denken als der, in dem die russische Gesellschaft zu dem Geist und den Bestreben der vorigen Periode während des ersten Decenniums der Regierung Alexanders III. stand und zum Teil noch steht. Das jüngst noch so demokratische Russland hatte sich nicht nur völlig dem altzarischen Zwang gefügt, sondern verehrte auch den Zar geradezu als eine Art höheres Wesen. Nicht minder brachte die einst so freidenkerische gebildete Gesellschaft nach dem bigotten Beispiel von oben der Orthodoxie und ihren Vertretern ostentative Ehrerbietung und Unterordnung entgegen. Der ganze reaktionäre Apparat macht sich allerdings im täglichen Leben fortwährend bemerkbar und Gendarmerie und Polizei sorgen für die erforderliche äussere Fügsamkeit und Unterordnung, dass aber auch die innere hinzukam, das ist nur in Russland und bei dem Charakter des Russen möglich.

Die russischen inneren Zustände sind nicht derart, dass sie einen besonders günstigen Boden für konservative Tendenzen abgeben oder Sinn und Verständnis für eine organische Entwickelung sehr begünstigen könnten. Mit seiner der westeuropäischen Kultur entnommenen Bildung und den ihr entsprechenden gesteigerten Ansprüchen ist der gebildete Russe von den ihn umgebenden Verhältnissen bis zu einem gewissen Grade losgelöst, sodass ihm im wirklichen Leben gleichsam der Boden unter den Füssen fehlt. Mit regem Interesse die Fortschritte und neuesten Erscheinungen im Westen verfolgend, dabei einer öffentlichen, politischen Thätigkeit von jeher fremd, ernster Arbeit häufig ungewohnt und dazu nicht

selten unpraktisch — begeistert der Russe sich gerne für die radikalsten Ideen, weil sie ihm radikalste Besserung zu versprechen scheinen, und weil er wenig besitzt, was ihm der Erhaltung wert erscheint. Der Russe ist häufig Doktrinär und Prinzipienreiter und war es vor allem in den 50er und 60er Jahren, wo ihm zum ersten Male eine aktive Teilnahme am öffentlichen Leben gestattet wurde. (Bezeichnend ist, dass in dem berühmten Dostojewskischen Roman „Raskolnikow“ oder „Schuld und Sühne“ das Sujet echt russischer Doktrinarismus ist, dieser macht hauptsächlich den Helden zum Raubmörder.) In der Praxis ist der Russe häufig Fanatiker der Doktrin und, trotz seiner Neigung zur Indolenz auch impulsiv und begeisterungsfähig, vermag er unter Umständen für seine Ideen zum Märtyrer zu werden. Andrerseits ist er zu wenig stetig und andauernd, um bei dem Ausbleiben eines schnellen Erfolges sein Ziel weiter zu verfolgen, während er gleichzeitig von neuen Eindrücken und Strömungen zu leicht fortgerissen wird, um an seinen in der Luft schwebenden Theorien lange festzuhalten.

Ueberdies stehen Theorie und Praxis bei dem Russen nur zu häufig in starkem Widerspruch — infolge gewisser Eigenschaften, die specifisch national sind oder einer langen Existenz auf der Basis der Phäaken und denjenigen Zuständen ihre Entstehung verdanken, wie sie vor den Reformen Alexanders II. bestanden: Mangel an Selbstzucht, Leichtlebigkeit und Genusssucht, Trägheit, bis zur Schwäche gehende Gutmütigkeit und Weichheit, entsprechende Empfänglichkeit für persönliche Einflüsse u. s. w. Zu diesen Anlagen kommt noch hinzu, dass der Russe von altersher gewöhnt ist, von der Regierung alles Heil zu erwarten und sich dem von ihr geübten Zwang blind zu fügen. Wenn somit der Russe schon an sich über kein sehr grosses Mass von Widerstandsfähigkeit verfügt, so war die Gesellschaft zu Ende der 70er Jahre so weit gekommen, dass ihr eine abermalige Unterwerfung nicht allzu schwer fallen konnte. Schon damals klagten die alten Vertreter der „liberalen Aera“ über das Schwinden von politischem und humanem Idealismus; überdies hatte das Selbstgefühl der Gesellschaft einen starken Stoss erlitten: man hatte geglaubt, alles von Grund aus umgestalten zu können, sowie der Gesellschaft erst Spielraum gewährt würde, statt dessen waren die Erfolge in dem erhofften Umfange ausgeblieben und man hatte schliesslich die Dinge ihren Gang gehen lassen. Als Alexander III. dann sein eisernes Regiment aufrichtete und wenigstens äussere Ruhe und Ordnung wiederherstellte, da fügte man sich nicht nur äusserlich dem Regime, sondern passte sich ihm auch innerlich an. Die Gesellschaft schien der einstigen freiheitlichen Bestrebungen

und des Dranges nach freier selbständiger Bethätigung ihrer Kräfte allmählich ganz zu vergessen; wie früher überliess sie alles der Regierung, und wie früher suchte man sein Heil im Staatsdienst, in der Beamten-Karriere, welche die besten Kräfte zu mehr oder weniger unfruchtbarer Arbeit absorbiert.

Die Apathie und Unfruchtbarkeit der Gesellschaft tritt auf allen Gebieten zu Tage, nicht zuletzt in der Litteratur und in der Wissenschaft — in letzterer auch schon deshalb, weil die freie Forschung beschränkt ist, weil die Erörterung religiöser, philosophischer, historischer, sozialpolitischer und anderer Fragen mehr oder weniger enge Grenzen gesetzt sind.

Die Indifferenz der Gesellschaft offenbart sich auch am Nihilismus; sicher ist seine Eindämmung nicht allein das Ergebnis von Gewaltmassregeln oder eine Folge des Umstandes, dass eine so extreme Richtung nicht lange mit der gleichen Kraft fortbestehen kann. Wenn die nihilistische Bewegung allem Anschein nach an Ausdehnung und Kraft verloren hat, ist der Grund vielleicht am ehesten darin zu suchen, dass eine derartige Strömung ohne Begeisterungsfähigkeit, ohne Hingebung für eine Idee nicht bestehen kann.

Schon unter Alexander II. hatte die Gesellschaft nach ihren Misserfolgen in nationalistischen Idealen Trost gesucht; unter Alexander III. wurde sie hierin von vornherein offiziell bestärkt, um sie von andern Dingen abzulenken und gefügig zu erhalten. Man versuchte von oben her dem nationalen Selbstgefühl zu schmeicheln und predigte Losreissung vom „verfaulten Westen". Das reaktionäre Regime pries seinem Charakter gemäss ein Zurückgehen auf die Vergangenheit an und forderte gleichfalls nationale Bildung und nationale Produktion.

Als weiteres Thätigkeitsfeld wurde der Gesellschaft die Durchführung jenes grossen Gedankens geboten, nach welchem Einheit der Nationalität und des Glaubens, absolute Uebereinstimmung sämtlicher Zustände und Verhältnisse im ungeheuren Reich für die gedeihliche Existenz des Staates unerlässlich sein soll. Der Gesellschaft gegenüber wird hierbei als rein nationale Pflicht gepriesen, was von der centralistischen und bureaukratischen Regierung selbst zum Teil im Dienst der alleinseligmachenden Schablone angestrebt wird; der Geist der Schablone hat auch seinen Anteil an der religiösen Verfolgung, die im übrigen mehr auf nationalistischen als auf religiösen Motiven beruht.

Zu eigenem Schaffen unfähig und selbst unterdrückt, hat die Gesellschaft sich mit der Vergewaltigung der nichtorthodoxen Konfessionen, mit der Verfolgung von Balten, Finnländern, Ausländern,

Juden etc. beschäftigen lassen. Der Regierung war es gelungen, den Nationalismus zur Oberströmung zu machen; dass diese Strömung aber damit auch an Tiefe gewonnen hat oder dauernd verstärkt worden ist, wird sich nicht behaupten lassen — schon deshalb nicht, weil sie zugleich offizielle Strömung ist. In Bezug auf den Nationalismus ist im übrigen zu berücksichtigen, dass Russland durch seine Centralisation in mancher Hinsicht ein ähnliches Bild bietet wie Frankreich. Wie sich in Frankreich das öffentliche und geistige Leben in Paris konzentriert, so in Russland in Petersburg und Moskau, welch' letzteres schon als „erste Residenz" stets eine gewisse Unabhängigkeit und Selbständigkeit sich bewahrt hat. Russland besitzt allerdings den Vorzug, dass sich dank der Verschiedenartigkeit seiner Bevölkerung und der Verhältnisse in den einzelnen Gebieten noch andere Centren bilden könnten, darauf gerichtete Bestrebungen sind aber von oben stets unterdrückt worden. Ein gleiches Schicksal haben die Bestrebungen gehabt, in der Provinz ein öffentliches Leben zu begründen, da die Landschaften diese Versuche im ersten Eifer in eine zu radikale Form kleideten. Infolge der tonangebenden Stellung der Residenzen können Strömungen aufkommen, die auf rein doktrinärer Grundlage oder auf dem Einfluss des Westens beruhen oder auch von der Regierung hervorgerufen werden, die aber mit den Verhältnissen und Bedürfnissen in der Provinz wenig zu thun haben. Infolge der Unselbständigkeit der Provinz werden sie dort übernommen, aber mehr als grossstädtische Mode mitgemacht. Was nun den Nationalismus anbetrifft, so sieht sich der Russe in dem eigentlichen Russland nirgends in seiner Nationalität beeinträchtigt; auch dort, wo deutsche Kolonisten, Tataren u. s. w. eingestreut sind, ist nicht einmal die Nationalität des russischen Bauern gefährdet. Die russische Gesellschaft aber assimiliert alle fremden Elemente: auch der Ausländer akklimatisiert sich in der Regel bald, dank den vielen sympathischen Eigenschaften des Russen, die ihm das Einleben in die Verhältnisse trotz ihrer Mängel leicht machen; der Fremde wird, wenn nicht schon in der ersten, so doch in den nächsten Generationen russifiziert. Nichtrussische Elemente drängen sich noch am meisten auf dem Gebiet der Industrie und des Handels vor, wo die Ueberlegenheit des Ausländers und die skrupellose Konkurrenz des Juden von den russischen Interessenten unangenehm empfunden werden. Im allgemeinen aber sind die Fremden — von der Judenfrage abgesehen — nicht so zahlreich und machen sich nicht in einer solchen Weise bemerkbar, um im täglichen Leben das Nationalgefühl lebhaft zu reizen, so dass der Nationalismus in der Provinz denn auch mehr als offizielle Parole

Widerhall und als moderne Doktrin Anhängerschaft findet, und der Nichtrusse auch unter dem gegenwärtigen Regime im grossen und ganzen unangefochten in der russischen Gesellschaft lebt, ohne im täglichen Leben einen Antagonismus sonderlich zu fühlen. Auch in den Grenzgebieten merkt man im allgemeinen dem Russen ein übermässiges Nationalgefühl, oder auch nur ein scharf ausgeprägtes, nicht an.

Weiteren Trost sucht die Gesellschaft in der äussern Politik und fand auch hier bei der Regierung Entgegenkommen. Der Presse wurde nach dieser Richtung hin freierer Spielraum gelassen, sie durfte sich in masslosen Angriffen ergehen und ungemessene Ansprüche erheben. Die Regierung bemühte sich auch hier, dem Nationalgefühl zu schmeicheln und führt zugleich dem Chauvinismus und Panslavismus neue Nahrung zu.

Alexander III. verfolgte allerdings keine direkt agressive und keine direkt panslavistische Politik. Er liebt für seine Person den Frieden, ist weder Feldherr, noch besitzt er Neigung zu gewagten Unternehmungen grössern Stils. Auch mag er die Erfahrungen des russisch-türkischen Krieges noch nicht vergessen haben. Trotzdem enthält seine äussere Politik manches, was geeignet ist, der Gesellschaft eine gewisse Ablenkung in ihrer notgedrungenen Unthätigkeit zu bieten und zugleich Europa zu beunruhigen.

Zunächst hatte sich Russland von Westeuropa zurückgezogen, einerseits, weil die heilige Macht Russlands sich selbst genügt, andrerseits aus Groll und Misstrauen, nachdem man die Legende von der Vergewaltigung Russlands auf dem Berliner Kongress und der Treulosigkeit Deutschlands offiziel acceptiert hatte. Dieser offizielle Groll hat in dem Toast „auf den einzigen treuen Freund Russlands“ seinen drastischen Ausdruck gefunden und sich in zahllosen offiziösen Lamentationen über Verletzung des Berliner Traktats durch den Dreibund in der bulgarischen Frage, sowie durch zahllose dünkelhafte und hölzerne Angriffe auf das „undankbare“ Bulgarien geäussert.

Diese Politik des Grolles und Misstrauens konnte den politisierenden Russen in seiner Phantasie von der Notwendigkeit einer „Abrechnung“ zwischen Slaven und Germanen bestärken, während sie zugleich die Frage nahe legte, ob die Friedensliebe des Zaren ihr auf die Dauer die Wage halten und bei einer wirklichen oder vermeintlichen Provokation nicht schliesslich den kürzern ziehen werde. Die panslavistische Strömung wurde übrigens direkt unterstützt, indem z. B. dem Spitzführer des slavischen Wohlthätigkeitsvereins, so dem Sekretär Aristow, allerhöchst Orden verliehen wurden, oder

für das Grabdenkmal des in Kiew beerdigten galizischen Priesters und panslavistischen Agitators Naumowitsch 900 Rubel aus der Reichsrentei angewiesen wurden.

Dem Chauvinismus der Gesellschaft kam die Regierung sodann durch ihre Rüstungen entgegen. Kaiser Alexander III. war sicher gegen einen Krieg, aber er unterliess es doch nicht, so zu rüsten, als ob er eines Ueberfalls von ganz Europa gewärtig sei — oder als ob er wenigstens seinem Nachfolger die Wege ebnen wolle, um alle Ansprüche und Wünsche Russlands betreffs der Balkanhalbinsel und Asiens einst zu verwirklichen. Kriegshäfen werden angelegt, strategische Bahnen werden an allen Grenzen erbaut, und in Asien rückt man vor, soweit das ohne ernsteren Konflikt möglich ist. Der in Ermangelung eines Besseren mit phantastischen Eroberungsplänen beschäftigten Gesellschaft, die in Europa womöglich alle slavischen Lande in Anspruch nimmt und die „Mission Russlands in Asien“ so ziemlich auf dem ganzen Erdteil ausdehnt, kamen jene weitgehenden Vorbereitungen gerade recht.

Schliesslich wurde auch durch die franco-russische Annäherung neuer Zündstoff zugetragen, obgleich die ganze Sache in ihrem Beginn, dem Besuch des französischen Geschwaders in Kronstadt, sich schlimmer ausnahm, als sie im Grunde war: man freute sich in der russischen Gesellschaft, gewissermassen aktiv an der hohen Politik teilnehmen zu können und nutzte die lange nicht dagewesene Freiheit aus, die Hauptstrasse der Residenz durch Massenansammlungen zu sperren, die Marseillaise zu singen und mit andern sonst streng verbotenen Dingen sich etwas Luft zu machen.

* * *

Nach dem Regierungsantritt Alexanders III. wurde das der Presse gewährte Mass von Freiheit auf ein Minimum beschränkt. Einige oppositionelle Zeitungen, wie z. B. der weitverbreitete „Golos“, wurden völlig unterdrückt, die andern durch Verwarnungen, Entziehung des Rechtes des Einzelnummerverkaufs und der Aufnahme von Inseraten mundtot gemacht. Wo die Diskussion einer Frage der Regierung nicht passte oder in einem ihr nicht genehmen Sinn geführt wurde, wurde die Fortsetzung der Erörterung einfach untersagt, wobei natürlich diejenigen Zeitungen ausgenommen sind, die sich im Geiste der Regierung äussern. Freie Bahn hat dagegen die Presse in der nationalistischen und chauvinistischen Hetze; von dem nach dieser Richtung gewährten Spielraum haben die Blätter, die sich in der Mehrzahl dem Regime ebenso anpassten, wie die Gesellschaft, ausgiebigen Gebrauch gemacht.

Im übrigen tritt gerade in der Presse zu Tage, wie viel Künstliches und Gemachtes der russische Nationalismus enthält und wie wenig wahre Begeisterung und Selbstbewusstsein ihm zu Grunde liegt. Wenn ein Blatt nach den üblichen Angriffen auf andere Nationalitäten einen hochpatriotischen Hymnus anstimmt, wird die Sprache gekünstelt und verschwommen und verliert sich schliesslich in einem mystischen Dunkel. In steter Wiederholung werden Ausdrücke aneinander gereiht wie: „Russische Kulturgrundlagen", „russischer Kulturtypus", „russische Kultur", „russische Staatsgrundlage", „russische historische Ideale und Aufgaben", „die Mission Russlands", „national-russischer Genius", „urrussischer Geist", „urrussisches Wesen" u. s. w. Leider wird nie klar gesagt, was mit diesen Worten gemeint ist, und um welche speciellen Vorzüge es sich eigentlich handelt. Besonders heikel wäre wohl die Beantwortung der Frage darnach, was unter der specifisch „russischen Kultur" und den „russischen Kulturgrundlagen" zu verstehen ist. Was Russland an Kultur besitzt, ist wohl ausschliesslich westeuropäischen Ursprunges: seine Selbstverwaltung und zum grossen Teil auch die staatlichen Institutionen, seine Justizverfassung und sein Prozessrecht, das Unterrichtswesen einschliesslich der wissenschaftlichen Lehrbücher und zum Teil sogar der Schulbücher u. s. w. entstammen dem Westen und immerfort werden neue Anleihen gemacht. Eine selbständige moderne Litteratur und Kunst hat sich erst entwickelt, nachdem die Kultur des Westens eine genügende Grundlage geschaffen, und obgleich Russland unzweifelhaft Gelehrte besitzt, ist es doch vielleicht strittig, ob bereits eine russische Wissenschaft existiert, wie es eine deutsche, französische etc. giebt.

Als specifisch nationale „Kultur- und Staatsgrundlagen" blieben im wesentlichen übrig der zarische Absolutismus und die ganze russische Beamtenwirtschaft, der Gemeindebesitz und die Orthodoxie. Was die letztere betrifft, so spielt sie gegenwärtig im Unterrichtswesen eine grosse Rolle, um eine specifisch nationale Bildung und den russischen, von dem westeuropäischen grundverschiedenen Kulturtypus zu erzeugen; dabei aber giebt keine christliche Konfession ihren Angehörigen gerade so wenig an Geist und Gemüt bildenden Elementen mit, als die Orthodoxie, und zwar gerade wegen ihres „nationalen" Charakters, nämlich insbesondere wegen des niedrigen Bildungsniveaus der Geistlichkeit; nirgends steht auch der Gebildete seiner Religion innerlich so fremd gegenüber wie in Russland.

Wenn man in der russischen Presse etwas mehr mit der Sprache herausrückt, so ergiebt es sich, dass man Dinge meint, deren sich auch China oder andere asiatische Staaten rühmen könnten. Bei

Vergleichen mit dem „verfaulten Westen" bemitleidet man nämlich diesen wegen seiner Irreligiosität, während Russland eben das „heilige Russland" ist (d. h. wegen des niedrigen Kulturniveaus der Volksmassen giebt es hier mehr Aberglauben als Religiosität); man bedauert ferner den Westen wegen der konstitutionellen Regierungsformen und des politischen Parteiwesens, während Russland eben dank seinem Selbstherrscher, dem Zaren, auf festen Füssen steht (d. h. es wird alles öffentliche Leben unterdrückt und jeder Fortschritt gehemmt); man bedauert den Westen wegen seiner Sozialdemokratie und seines Proletariats, während Russland durch seinen Gemeindebesitz davor geschützt ist (d. h. die Industrie ist zu schwach entwickelt und das Volk noch zu sehr zurück, als dass das Land schon Sozialdemokraten hervorbringen könnte, während es mit dem Proletariat wohl schlimmer steht, als irgend wo anders); man rechnete weiter dem Westen seine hohen Steuern nach, während in Russland die Abgaben verhältnismässig, nämlich bei der Armut des Volkes, viel höher sind u. s. w. Es giebt gewiss Doktrinäre, die an die Kraft der Orthodoxie, des Gemeindebesitzes u. s. w. glauben und für Russland die autokratische Regierungsform für die geeignetste halten, wenn sie vielleicht auch in der Theorie die Republik als Ideal verehren; ebenso mögen es manche nicht nur um der „Staatsidee" willen für notwendig halten, dass alles kurz und klein russifiziert wird, sondern in der That der Ansicht sein, dass z. B. den Ostseeprovinzen ein guter Dienst geleistet wird, wenn sie zugleich mit der Russifizierung dem sonst auch von russischer Seite angegriffenen „Tschinownik" ausgeliefert werden, denn dem Russen wird es ausserordentlich schwer, fremde Verhältnisse richtig zu beurteilen — schon seiner Doktrinen und Theorien wegen. Im allgemeinen aber wird man wohl annehmen können, dass man es in der russischen Presse mit dem vorstehend skizzierten Gerede nicht allzu aufrichtig meint, und mehr die gute Absicht hat, das eigene Gewissen durch schöne Worte zu betäuben und unter anderem die Vergewaltigung fremder Nationalitäten vor sich selbst zu rechtfertigen.

* * *

Zu denjenigen Zeitungen, die sich während den ersten Regierungsjahren Alexanders III. dem Regime mit am besten angepasst hatten und in gleicher Weise der herrschenden Strömung innerhalb der Gesellschaft gerecht wurden, gehörte vor allem die „Nowoje Wremja". Dieses Blatt, das namentlich wegen seines ausgebreiteten Nachrichtendienstes und seiner offiziösen Informationen zu den gelesensten Organen gehört, brachte dem Regime die grösste

Hingebung entgegen: Der Zar wurde bei feierlichen Anlässen mit einem eigenartigen Hymnenstil traktiert und der Orthodoxie die gebührende Stellung eingeräumt; gegen die fremden Nationalitäten und gegen das Ausland wurde mit Uebereifer gehetzt und in ultrapatriotischen Phrasen Grosses geleistet.

Der Politik der Regierung wurde im allgemeinen rückhaltlose Bewunderung zu teil; nur hie und da wurde — wie denn auch die Gesellschaft ihre einstige Neigung zur kritischen Beurteilung von Regierungsmassnahmen nicht ganz und gar eingebüsst hatte — eine abweichende Meinung vertreten und mitunter sogar ein humanerer und friedlicherer Ton angeschlagen, allerdings nur, um am nächsten Tage Widerruf zu leisten.

Ebenfalls in mancher Hinsicht typisch für Regime und Gesellschaft war der „Grashdanin". Dem Herausgeber, Fürst Meschtscherski, schwebt allem Anscheine nach die „Kreuz-Zeitung" als Vorbild vor und er versucht das deutsche konservative und kirchliche Adelsblatt nachzuahmen, indem er reaktionär, bigott und adelsfreundlich ist. Nach Analogie der deutschen Devise „Für Gott, König und Vaterland" würde die seinige „Für Zar, Orthodoxie und Nationalität" lauten. Er gebärdet sich gern als Organ des Hofes und als Echo allerhöchster Anschauungen. Sein Steckenpferd ist die Förderung des Adels als Stand und er fordert für ihn eine bevorzugte Stellung; in der russischen Gesellschaft findet er damit allerdings wenig Anklang, denn man ist dort nach wie vor gegen alles, was einen ständischen Charakter hat.

Fürst Meschtscherski hat sich dem Regime erst anpassen müssen und so reaktionär und bigott er in der Regel auch thut, kann er doch seine scharfe Beobachtungsgabe und seinen verhältnismässig unbefangenen Blick nicht ganz verleugnen, so dass er bei seinem excentrischen Charakter mitunter in scharfe Widersprüche zu seiner prinzipiellen Haltung gerät. Trotz seiner Verherrlichung alles „Urrussischen" und der Gebete, die er zum Zaren emporsendet, beobachtet der „Grashdanin" gegenüber den fremden Nationalitäten und dem Auslande noch ein gewisses Mass in seinen Auslassungen.

Am gröbsten spiegelt sich die russische Gesellschaft in der „Moskowskija Wedomosti" (der „Moskauer Zeitung") und dem „Swet" wieder. Die „Mosk. Wed." machen gewerbs- und berufsmässig in Nationalismus, Verleumdung und Lüge und der „Swet", der vorzugsweise in halbgebildeten Kreisen seine Leser findet, hetzt namentlich nach aussen und macht in Panslavismus.

Eine eigenartige Stellung nehmen die „Nowosti" ein: ein polnisch-jüdisches Blatt sind sie aus bekannten Gründen chauvinistisch

und hetzen u. a. gegen Deutschland. Obgleich im Grunde liberal, stimmen sie häufig in den alten Ton ein, um nicht unterdrückt zu werden. Das Blatt hat bereits eine zweite Verwarnung erhalten und in dieser wurde besonders übel eine feindselige Tendenz gegen alle „rein russischen Ideale" vermerkt.

Wie die Liberalen an Zahl stark zusammengeschmolzen waren und sich so gut wie garnicht bemerkbar machen konnten, so war auch die Zahl der liberalen Organe klein geworden und Zurückhaltung und Vorsicht musste von ihnen fortwährend beobachtet werden. Grosse Reserve musste sich namentlich das vielleicht doktrinäre, aber massvolle, Moskauer Professorenblatt, die „Russkija Wedomosti", ihrer „schädlichen Richtung" wegen auferlegen. Eine vornehmere Richtung als die Majorität der Tagesblätter vertraten grösstenteils die Monatsschriften, vor allem der „Westnik Jewropy", der sich stets objektiv und massvoll gezeigt und sich ein unabhängiges Urteil bewahrt hat.

Neue liberale Gegenströmungen.

Aufkommen einer liberalen Strömung. — Neue Bestrebungen in der Gesellschaft. — Widerspiegelung der Strömung in der Presse. — Liberale Wünsche. — Selbstkritik. — Aeusserungen gegen Nationalismus und Chauvinismus. — Angriffe auf Wirtschafts- und Finanzpolitik. — Zollkrieg.

In der Gegenwart vermag sich auch der Russe mit einem so reaktionären Absolutismus und einem so bureaukratischen Regiment, wie dem derzeitigen, nur für eine Zeit lang zufrieden zu geben. Ist das depressive Stadium einmal überwunden, in welches die Gesellschaft nach der Anspannung und dem Rausch der „Aera der Reformen" geraten war, dann muss notgedrungen der Rückschlag eintreten und bei dem Charakter des Russen in stärkerem Masse als es irgendwo anders der Fall wäre. Die Regierung kann diesen Prozess durch Misserfolge beschleunigen oder auch durch Erfolge zeitweilig aufhalten; wenn ihr aber nicht ausserordentliche Ereignisse zu Hilfe kommen, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, dass eine liberale und in nationaler Hinsicht gemässigte Strömung in der Gesellschaft die Oberhand gewinnt, und dass diese Strömung, auch

wenn sie sich von der bisherigen Regierung niederhalten liess, doch ein ebenfalls reaktionäres Regiment dem Nachfolger Alexanders III. unmöglich machen würde. Ein solcher Umschlag hat in der Gesellschaft allen Anzeichen nach auch bereits einzutreten begonnen — ganz wie in den vorausgegangenen Perioden der Rückschlag gegen die herrschende Strömung noch während der Regierung des jeweiligen Herrschers eintrat.

Das seitherige Regime hat allem Anschein nach seinen Höhepunkt erreicht und sein Prestige scheint bereits im Abnehmen begriffen. Als Höhepunkt könnte das 10jährige Regierungs-Jubiläum Alexanders III. im März 1891 und als erstes memento mori die Hungersnot von demselben Jahr betrachtet werden. Die damalige Missernte scheint mit dem Zeitpunkt zusammengefallen zu sein, wo die russische Gesellschaft wiederum eines frischeren Lebens fähig zu werden begann. Von der Regierung waren damals die reaktionären „Reformen“ zum grossen Teil bereits durchgeführt: die Einschränkung der Selbstverwaltung auf dem Lande und die Aufhebung der Friedensrichterinstitutionen war damals schon erfolgt und die Revision der Städteordnung Alexanders II. so gut wie abgeschlossen. Die reaktionären Gesetze waren der Regierung zunächst nachgesehen worden, man hatte sich mit ihnen abzufinden versucht, weil die Regierung sich auf scheinbare Erfolge auf anderen Gebieten stützen konnte, wie z. B. den Stand der Finanzen und die Eindämmung des Nihilismus — Erfolge, die allerdings nur den Urteilslosen blenden und nur dem Voreingenommenen den wahren Zustand der Dinge verbergen konnten. Urteilslosigkeit und Voreingenommenheit aber waren und sind einem nicht geringen Prozentsatz der russischen Gesellschaft eigen und jene Erfolge gestatteten ihr wenigstens, ihren künstlichen Dünkel beizubehalten und weiter zu vegetieren.

Als durch das Hungerjahr alle inneren Schäden plötzlich wieder aufgedeckt wurden, machten auch die noch frischen reaktionären Massnahmen ihren Einfluss auf die Gesellschaft geltend und verstärkten den Eindruck der wirtschaftlichen Katastrophe. Die Hungersnot in 18 Gouvernements und die Schäden, die unter anderem bei der Volksverpflegung innerhalb der Administration zu Tage traten, waren durchaus dazu angethan, der Erkenntnis den Weg zu bereiten, dass die inneren Zustände sich trotz der glänzenden Finanzen und der Machtstellung nach aussen um nichts gebessert hätten und dass von dem bisherigen Regierungssystem keine Abhilfe zu erwarten sei. Als darauf im folgenden Jahr ebenfalls, wenn auch in einer kleineren Anzahl von Gouvernements, Misswachs und Notstand herrschten, als zugleich die Cholera ihren Einzug hielt und die Administration bei

ihrer Bekämpfung sich neue Blössen gab, als dann im nächsten Jahre der Zollkrieg mit Deutschland ausbrach und die Lage der Landwirtschaft noch verschlimmert wurde, und als bei alledem die Regierung ihre bisherige Politik nach jeder Richtung hin beibehielt, da musste allmählich das Bewusstsein dafür geweckt werden, dass unter dem Zeichen des gegenwärtigen Regimes das soziale und wirtschaftliche Leben keinen frischen Impuls erhalten könne.

Gerade dadurch, dass die Regierung ihre bisherige Politik nach jeder Richtung beibehalten hat, muss das Verständnis dafür erwachen, dass man mitten in einer reaktionären Periode drinsteckt, und zugleich wird auch der Gedanke nahe gelegt, dass die Gesellschaft bei dieser Reaktion mitgewirkt hat.

Damit entwickelt sich allmählich eine liberale Strömung, die an die westeuropäische Kultur Anlehnung sucht, und in der russischen Presse ist neuerdings von „westeuropäischem Liberalismus“ im Gegensatz zum „russischen Nationalismus“ die Rede. Seit der Missernte von 1891 hat sich das Bild zu verschieben begonnen, das die russische Gesellschaft während des ersten Decenniums der Regierung Alexanders III. bot. Die Wandlung, die gegenwärtig mit der Gesellschaft vorzugehen scheint, spiegelt sich auch in der russischen Presse wider. Bei dem Zwang, dem die Presse unterworfen ist, kann das natürlich nur in abgeschwächtem Masse der Fall sein, immerhin gewährt auch sie einen Einblick in die Strömung innerhalb der Gesellschaft. So entwarfen die „St. Petersburskija Wedomosti“ (die russische „St. Petersburger Zeitung“) im Herbst 1892 bei abermaligem Misswachs und abermaligem Notstand nachfolgendes Stimmungsbild:

„Von der gegenwärtigen russischen Presse lässt sich sagen, dass sie von Phantasien, Illusionen, Gerüchten und am allerwenigsten von — Thatsachen lebt. Aus jeder kleinen Massnahme wird sofort das Anzeichen einer Reform gemacht. Der zukünftige Historiker der gegenwärtigen Epoche wird erstaunt sein, wenn aus den Spalten der Zeitungen unserer Tage ein wahrer Hagel von allen möglichen Projekten sich über ihn entladet: von administrativen, finanziellen, von Justiz-, Schul-, landwirtschaftlichen, kommerziellen, industriellen Projekten u. s. w. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle sind es aber nur — Reformen in den Spalten der Zeitungen. Dort werden sie erzeugt und verarbeitet, dort finden sie auch ihr Ende. Der Historiker wird die russische Presse wegen dieser Arbeit sicher nicht verurteilen. Sie wird ihm eine reiche Ergänzung zum trockenen historischen Material bilden, und wird ihn darüber aufklären, wie sehr in unserer scheinbar so geistesarmen Zeit der Geist der russischen Gesellschaft sich abmüht, und in welcher

Richtung die Energie der russischen Gesellschaft einen Ausgang und praktische Bethätigung suchte. Und wenn auch nicht an positiver Thätigkeit, so ist doch wenigstens an Anläufen und Bestrebungen dazu, an dem Streben nach einem Ausgange unsere Zeit ausserordentlich reich. Die Presse fördert nicht ohne Grund so energisch immer neue Projekte der mannigfaltigsten Reformen zu Tage: unzweifelhaft fordert sie das Leben nach den verschiedensten Richtungen hin."

Ein anderes Petersburger Blatt, die „Russkaja Shisn" („Russisches Leben"), stellte den Zustand in der Provinz wie folgt dar:

„Eine charakteristische Zeit durchlebt gegenwärtig die Provinz. Die Ereignisse der letzten Jahre haben die stagnierenden Gewässer stark in Bewegung gebracht und auf jede Schicht derselben in entsprechender Weise eingewirkt. Auf der einen Seite sehen wir in öffentlichen Versammlungen — in der Semstwo und in den Städten — eine lange nicht dagewesene Belebung. Eine Reihe von Fragen, sympathischen sowohl als auch traurigen, wird angeregt. Alles ist aufgerüttelt, erregt, und jeder sucht Rettung auf seine Weise. Aber die vorherrschende Tonart ist Moll, und unter dem Eindruck des Donners, der über die sorglosen Häupter dahingerollt ist, ruft alles einmütig zum Zusammenhalten auf. Lange sind nicht in derartig kurzer Zeit so viele Verbände entstanden, wie gegenwärtig."

Dasselbe Blatt verglich die Hungersnot und die Zeit nach derselben mit dem Krimkrieg und der auf ihn folgenden Zeit, nur bestehe ein Unterschied: die Regierung greife nicht zu Reformen, sondern nähme alles in ihre Hand und unterdrücke alles.

In den vorstehend wiedergegebenen Stimmungsbildern sind die Farben zu Gunsten der Gesellschaft vielleicht etwas zu stark aufgetragen, aber aufgerüttelt ist sie immerhin, und es lässt sich nicht leugnen, dass sie sich auch hie und da dementsprechend zu bethätigen versucht hat. So ist von einzelnen Landschaftsversammlungen die Frage des Gemeindebesitzes eifrig verhandelt worden, und man hat sogar detaillierte Vorschläge für eine Agrarreform eingereicht, was auch die Anregung zu dem Gesetz über Regelung der Landesumteilungen gegeben haben soll. Man hat ferner zur Förderung der Landwirtschaft und zur Gründung von Volkslesebibliotheken Summen angewiesen. Auch in mehreren Städten hat man sich zur Gründung von Volksküchen und Lesehallen aufgerafft und in St. Petersburg sind Sammlungen veranstaltet worden, um das Volk mit entsprechender Lektüre zu versehen. Wo noch eine Art Oeffentlichkeit möglich ist, da hat man sie in letzter Zeit auch auszunutzen versucht. Die Kaiserliche Freie Oekonomische Societät, ein St. Petersburger

Verein, der sich mit Erörterung nationalökonomischer, landwirtschaftlicher und anderer Fragen beschäftigt und bis zu einem gewissen Grade im Gegensatz zu der vom bekannten Grafen Ignatjew geleiteten und entsprechend nationalistischen „Gesellschaft zur Förderung des russischen Handels und der russischen Industrie" steht — jener Verein hat unter grossem Zudrang eine Reihe von Sitzungen abgehalten, auf denen man sich mit den Ursachen der Missernte, dem Gemeindebesitz u. s. w. beschäftigte. Ueber bescheidene Anläufe ist die Bewegung aber wohl kaum hinausgegangen. Zunächst mag das daran liegen, dass die Gesellschaft aus ihrem „lethargischen Schlaf", wie die Wochenschrift „Nedelja" den bisherigen Zustand bezeichnet, noch nicht völlig erwacht ist, und sodann daran, dass die „Centralisation des Staatsgedankens" sie niederdrückt.

An Anklagen gegen die Gesellschaft fehlt es auch in der Presse nicht, obgleich man sonst geneigt ist, für sie der Regierung gegenüber Partei zu nehmen. Die „St. Pet. Wed." klagen darüber, dass die geistigen Interessen und die Empfänglichkeit auf sittlichem und ästhetischem Gebiet bedeutend abgenommen hätten; der „Grashd." erkennt gleichfalls an, dass der Idealismus, von dem man vor dreissig Jahren beseelt gewesen, geschwunden sei, und dass speziell der Lehrstand in dieser Hinsicht sehr unvorteilhaft von den Lehrern jener Zeit absteche. Hierin stimmt der „Grashd." zufällig mit den Liberalen der alten Schule völlig überein, welche jetzt die 50er und 60er Jahre als ein goldenes Zeitalter verherrlichen, indem sie zugleich über das Geschlecht und den Geist der Gegenwart den Stab brechen. Ein solcher Liberaler gab in der „Nowoje Wremja" eine kurze und darauf im Monatsjournal „Tschoritscheski Westnik" eine eingehendere Charakteristik des Studenten in den 50er und 60er Jahren. „Die damaligen Studenten — erklärt er — seien vielleicht in ihrem Spezialfach nicht sehr gründlich beschlagen gewesen, aber sie seien unzweifelhaft sehr vielseitig gebildet und nicht selten äusserst wohlerzogene Menschen gewesen, weshalb sie auch zu den beliebtesten Gästen in allen guten Familien zählten. Die damaligen Studenten lagen ferner mit besonderem Eifer den Studien ob: der Student der 50er Jahre hätte sich geschämt, ein Buch, das Aufsehen machte, nicht zu kennen, auch wenn dasselbe nicht einen zu seinem Fach gehörenden Gegenstand behandelte. In ihren Kreisen nahm das Interesse für Wissenschaft und Litteratur unbedingt die erste Stelle ein, man diskutierte mit solchem Eifer und solchem Feuer und zeigte dabei eine solche Belesenheit, wie sie den heutigen Studenten in nicht geringes Erstaunen versetzen würde. Das Band, das die Studenten mit der Universität verknüpfte, wurde noch durch die Professoren gefestigt, unter denen

sich damals, wenn auch nicht mehr begabte Leute wie jetzt, so doch bedeutend mehr Männer befanden, die sich mit Eifer ihren Pflichten überhaupt und namentlich der Pflicht der Leitung der Jugend hingaben. Die Studenten brachten von der Universität Energie, Frische, Glauben, Ideale und sittliche Prinzipien mit. In der praktischen Thätigkeit zeigten sie frische Kraft, orientierten sich daher schnell und arbeiteten für die Sache selbst, unbekümmert um die tote Form. Aus ihnen rekrutierten sich denn auch in der Folge jene Männer, die sich völlig uneigennützig dem Lande widmeten. Sie hätten allerdings trotz all ihrer Anstrengungen nicht viel erreicht, und ihre Illusionen hätten Fiasko erlitten; vielleicht lasse dieses Fiasko sich aber auch noch auf andere Gründe, als ihre eigenen unzureichenden Kräfte zurückführen."

Wenn die russische Gesellschaft sich gegenwärtig nicht lebhafter in gemeinnütziger Arbeit bethätigt und es vermutlich auch in nächster Zukunft nicht thun wird, so liegt das auch daran, dass der Russe Stimmungsmensch ist und der Anregung bedarf, namentlich auch von Oben her, dass er zugleich freien Spielraum verlangt, und dass ihm keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Die gegenwärtige Regierung ist nun nicht eine derartige, dass sie ihn zur Mitarbeit anregen könnte; sie schreckt ihn vielmehr zurück und gestattet auch dem Indolenten die bequeme Entschuldigung, die Verhältnisse zwängen ihm Zurückhaltung und Unthätigkeit auf. Man ist der Ansicht, dass diese Regierung nicht nur nichts Neues schaffen könne, sondern auch durch stete Bevormundung jede Mitarbeit unfruchtbar machen müsse.

Ein interessantes Beispiel hierfür bot die Gründung des Ackerbau-Ministeriums im Frühling 1894, die im höchsten Grade kühl und skeptisch aufgenommen wurde. Die „Nowoje Wremja" hatte die Erscheinung mehrfach erörtert und dabei an die gebildeten Gutsbesitzer die Aufforderung gerichtet, sie möchten, wenn etwa ein Missverständnis vorläge, dieses aufklären. Eine Aufklärung wurde dem Blatte von dem Autor der oben mitgeteilten Studenten-Charakteristik zu teil. Er meinte, die Gründe, aus denen die Regierung keinen Widerhall fände, seien teils wirtschaftlicher, teils psychologischer Natur. Viele Gutsbesitzer seien von ihren eigenen Angelegenheiten, von ihren zerrütteten Vermögensverhältnissen, so in Anspruch genommen, dass sie keine Zeit für andere Dinge hätten. Von den älteren Generationen misstrauten ausserdem viele ihren eigenen Kräften und der Nachhaltigkeit der offiziellen Strömung und seien ferner im Zweifel, ob ihre Dienste auch gern gesehen werden und ihnen nicht vielleicht Unannehmlichkeiten eintragen würden.

Es sei auch noch zu wenig über das neue Ministerium bekannt, über die nächsten Aufgaben, die es sich gesetzt und über die Mittel, mit denen es sie zu verwriklichen gedenke. Die Skeptiker wären der Ansicht, „man werde uns nicht fragen und sich für unsere Meinung nicht interessieren, es ist schon alles entschieden und beschlossen ohne uns". Das bekannte Werk des neuen Ministers A. Jermolow über die Missernte könne allerdings eine gewisse Vorstellung geben von seinem Programm, aber man wisse dabei doch nicht, welche der dort angeführten Aufgaben in erster Linie berücksichtigt werden wird und welche in zweiter oder dritter Linie stehen werden. Die Bewässerung und Bewaldung der Steppen, die Hebung des Niveaus des Kaspischen Meeres durch eine Verbindung mit dem Schwarzen Meer, die Bewässerung der Sandwüsten, welche mit heissen, ausdörrenden Winden drohen — das alles seien unzweifelhaft Massnahmen von ausserordentlicher Bedeutung, aber was würde man von einem Ministerium sagen, das gerade diese Massnahmen in erster Linie verfolgte und die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse der Landwirtschaft bis zum Aufkommen von Wäldern im Süden oder bis zur Fertigstellung eines Kanals zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer verschieben wollte.

Innerhalb der russischen Presse ist man mit einigen Ausnahmen der Ansicht, dass „der Einfluss des neuen Ressorts in der ersten Periode seiner Thätigkeit nicht sehr bedeutend und allseitig sein könne und dass daher auch niemand die Gründung des Ackerbau-Ministeriums als einen Faktor ansähe, der fähig wäre, einen Umschwung im wirtschaftlichen Leben herbeizuführen". Der „akademische Charakter" der Oberleitung hat die Gesellschaft in ihrem bisherigen Urteil nur bestärkt. Zudem hat verstimmend gewirkt, dass das Ministerium ein grosses Werk über die Thätigkeit der Semstwo fertigstellen will, bevor es über die Heranziehung der Selbstverwaltungsorgane schlüssig wird. Die Frage der Unterorgane des neuen Ministeriums war nämlich vorher sehr lebhaft diskutiert worden und nur ein Teil der Blätter, wie z. B. der „Grashd." hatten sich dabei dahin ausgesprochen, dass auch bei der Förderung des Ackerbaues die Oberleitung dem Gouverneur in der Provinz übertragen werden müsse. Die „Nowoje Wremja" hatte sich diesem Vorschlag angeschlossen, und zwar zum Teil aus der Erwägung, dass dem Unterorgan des Ministeriums im anderen Fall von der Administration leicht Schwierigkeiten bereitet werden könnten.

* * *

Die russische Presse spiegelt, wie gesagt, die Stimmung innerhalb der Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade wider. Sie hat sich seit dem Sommer 1891 allmählich, aber sehr erheblich zu ihrem Vorteil verändert. Diese Wandlung äussert sich einerseits darin, dass die alten liberalen Blätter sich rückhaltsloser äussern, dass bisher farblose Zeitungen eine entschieden liberale Richtung angenommen haben und dass auch die nationalistische Presse zum Teil ihren Ton herabgestimmt hat und hin und wieder einen freieren Standpunkt vertritt. Im allgemeinen beginnt man wieder die eigenen Schäden anzuerkennen und aufzudecken, man übt verhältnismässig scharfe Kritik nach oben und nach unten und äussert allerlei Wünsche, die ein Decennium hindurch unterdrückt worden sind. Die Wandlung ist so allmählich vorgegangen, dass man sich in Regierungskreisen vielleicht ebenso allmählich an die schärfere Tonart gewöhnt hat; vielleicht aber auch, dass man sich jetzt sicher fühlt und daher den Zeitungen einen gewissen Spielraum lässt. Schliesslich haben auch die letzten Jahre eine Menge Fragen derart in den Vordergrund gedrängt, dass ihre Erörterung sich auch in Russland nicht völlig unterdrücken lässt. Von Interesse sind in erster Linie die Tagesblätter und die Wochenschriften; die Monatsschriften kommen erst in zweiter Linie: einmal weil sie eine grössere Freiheit geniessen und dann weil sie ausserdem stets eine vornehmere und weniger einseitige Richtung vertreten haben. Unter den Tagesblättern lässt neuerdings das geachtete Moskauer Professorenblatt, die „Russkija Wedomosti“, ihren liberalen Standpunkt schärfer hervortreten, ebenso das angesehene Provinzialblatt der „Kiewljanin“ und die politische Wochenschrift „Nedelja“. Als ein neues liberales Blatt ist im Jahre 1890 die „Russkaja Shisn“ hinzugekommen, die eine sehr freimütige Sprache führt und bereits verschiedene Censurstrafen davongetragen hat. Nach seinem Programm will dieses Blatt stets dessen eingedenk sein, „dass die Menschen Brüder sind, ohne Unterschied der Nationalität; dass es ihre Pflicht ist, in Frieden miteinander zu leben, sich gegenseitig zu helfen und das allgemeine Wohl zu fördern“. Die „Russ. Shisn“ macht konsequent gegen alles das Opposition, was von der Majorität der Presse bisher hochgehalten worden ist. Sie zeichnet sich vor den andern Blättern noch dadurch aus, dass sie die Provinz mehr berücksichtigt und in jeder Nummer eine grössere Anzahl interessanter Schilderungen und Notizen bringt, die den Provinzialblättern entnommen sind oder von eigenen Korrespondenten verfasst sind; ausserdem hat das Blatt eine besondere Abteilung für Berichte über die Selbstverwaltung. In das liberale Lager sind neuerdings auch

die „St. Petersburskija Wedomosti“ übergegangen, die vorher in den herrschenden Ton eingestimmt hatten oder farblos gewesen waren. „Die ernsten staatlichen und sozialen Aufgaben, welche in der letzten Zeit auf die Tagesordnung gesetzt sind“, haben überdies das Blatt veranlasst, „einige Abteilungen der Zeitung bedeutend zu erweitern und neue Mitarbeiter heranzuziehen“. Der „Grashdanin“ und die „Nowoje Wremja“ sind im Wandel der Zeiten ebenfalls nicht unverändert geblieben. Der „Grashdanin“ ist allerdings als russische Kreuzzeitung seiner bisherigen Devise treu geblieben, aber er ist noch rückhaltloser in seiner Sprache geworden, wenn er als öffentlicher Ankläger auftritt, und steht trotz seiner Vorliebe für möglichst weitgehende Machtbefugnisse der Gouverneure, der Selbstverwaltung wohlwollender gegenüber als früher, was man z. B. von der „Mosk. Wed.“ nicht sagen kann. Dem Adel empfiehlt er mit Vorliebe auf dem Lande zu bleiben und sich dem Dienst in den örtlichen Behörden oder der Selbstverwaltung zu widmen.

Die „Nowoje Wremja“, die übrigens niemals eine einheitliche Richtung vertreten hat, nimmt gegenwärtig völlig eine Zwitterstellung ein; sie vertritt an einem Tage einen liberalen Standpunkt, um am nächsten Tage gerade so nationalistisch und reaktionär zu sein wie früher. Sie versucht von Zeit zu Zeit, und zwar mit grosser Feinfühligkeit, die herrschende Strömung in der Gesellschaft wiederzugeben, dann aber bemüht sie sich auch, es der Regierung recht zu machen. Bis zu einem gewissen Grade könnte man das Blatt als Verkörperung des Uebergangsstadiums innerhalb der Gesellschaft hinstellen, im allgemeinen scheint es jedoch hinter der Zeit zurückzubleiben und wird vielleicht allmählich die Stellung einbüssen, die es sich durch guten Nachrichtendienst in einer Zeit erworben hat, wo eine offenere Diskussion der Tagesfragen in der Presse so gut wie unmöglich war. In den Kreisen der Gebildeten, namentlich in den Kreisen der Universitäten, verliert sie schon jetzt an Anhang und die „Russ. Wed.“ machen ihr neuerdings in der Provinz ernstere Konkurrenz. Jedenfalls thut man unrecht, die „Nowoje Wremja“, wie das namentlich im Ausland geschieht, als Sprachrohr der russischen Gesellschaft zu betrachten; gerade was das Ausland anbetrifft, ist sie vielmehr Sprachrohr der Regierung und wird sowohl vom Ministerium des Aeussern als auch vom Finanzministerium häufig benutzt.

Von den übrigen in Betracht kommenden Blättern haben der „Swet“ und das einstige Kalkow'sche Organ, die „Moskowskija Wedowosti“, ihre Richtung unverändert beibehalten; die „Mosk.

Wed.“ haben daher auch in jüngster Zeit häufig fast die ganze russische Presse gegen sich gehabt. Die „Nowosti“, das polnisch-jüdische Blatt, hetzen ebenfalls nationalistisch nach wie vor und gebärden sich häufig regierungsfreundlich, während sie im Grunde ein liberales Blatt sind.

* * *

In dieser russischen Presse begegnet man jetzt von Zeit zu Zeit versteckten Angriffen auf das herrschende Regierungssystem und in vorsichtiger Form vorgebrachten liberalen Wünschen. So wurde im Herbst 1893 die Frage der Decentralisation, die seit mehr als einem Decennium geruht hatte, wieder lebhaft erörtert. Von der „Nowoje Wremja“ wurde anerkannt, „dass ungeachtet der grossen Entwickelung der Centralverwaltung, es dem Centrum an Kraft gebricht, unmittelbar alle stets verschlungener werdenden Seiten des täglichen Lebens zu verwalten“. Zu Zeiten mache sich die volle Unfähigkeit des Centrums fühlbar, seinen Aufgaben zu genügen. Abgesehen von der Unfähigkeit des Centrums, die Verwaltung direkt zu führen, statt nur die Oberleitung zu besitzen, verlangen es die Bedürfnisse der einzelnen Landstriche, dass auch in der Verwaltung ihren besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werde.

In der Diskussion über diese Frage wandten sich sodann die „St. Petersb. Wed.“ gegen ein von der Regierung in Aussicht genommenes System von Bezirksverwaltungen, durch welche u. A. die Verwaltung der Kronsbahnen vereinfacht werden soll, das Blatt führte aus, dass durch solch ein System nicht viel erreicht werden würde, da die Bezirksverwaltungen keine direkte Verbindung miteinander hätten. Es würde nur eine Anzahl neuer, voneinander völlig unabhängiger Centren geschaffen werden, was namentlich dort neue Schwierigkeiten hervorrufen würde, wo solche Bezirksverwaltungen verschiedenen Ressorts unterstellt sind. — Dasselbe Blatt plädierte in einem anderen Artikel dafür, dass eine engere Verbindung der Semstwos benachbarter Gouvernements hergestellt würde, und zwar indem besondere Versammlungen für die Semstwos eines bestimmten Rayons oder Bezirks eingeführt würden.

Weitere Wünsche heikler Natur betrafen den Reichsrat. Die „Nowoje Wremja“ befürwortete im Herbst 1892 lebhaft die Oeffentlichkeit der Reichsratssitzungen, und wurde von einem grossen Teil der Presse in ihrem Verlangen unterstützt. Die „St. Pet. Wed.“ sprachen ferner den Wunsch aus, dass das „örtliche

Leben“ durch Vertreter im Reichsrat mehr zur Berücksichtigung gelange und dass häufiger Sachverständige und Interessenten hinzugezogen würden, statt dass alles von Beamten am grünen Tisch erledigt werde. Beiläufig bemerkt, werden allerdings hie und da Interessenten zu Kommissionssitzungen eingeladen, es ist jedoch die reine Farce, denn ihre Vorschläge bleiben stets unberücksichtigt. Mitunter lässt man sie nicht einmal zu Wort kommen, wie das bei einer von der Regierung berufenen Konferenz von Aerzten der Fall war, die im Winter 1892 Massregeln gegen ein Wiederauftreten der Cholera beraten sollte. Sobald ein Arzt die von ihm beobachteten Missstände während der Epidemie, und namentlich Missstände innerhalb der Administration, berührte, wurde ihm das Wort entzogen.

Mitunter erlaubt man sich in der Presse auch leise Angriffe auf das neue Semstwo-Gesetz (Landschaftsordnung), das Institut der Landhauptleute und die neue Städteordnung; der klägliche Ausfall der letzten städtischen Wahlen wurde z. B. nicht ganz ohne Schadenfreude konstatiert.

Die Selbstverwaltung, vor allem die Semstwo, wird im übrigen in Schutz genommen und den gouvernementalen Blättern gegenüber verteidigt.

Gegenwärtig hegt man in liberalen Kreisen die Besorgnis, dass die Justizreform Alexanders II., gegen die bereits durch Aufhebung der Friedensrichterinstitutionen vorgegangen worden ist, noch weiteren Angriffen unterliegen werde. In der Presse versucht man sich allerdings damit zu trösten, dass der neue Justizminister Murawjew bisher einen liberalen Standpunkt vertreten habe, und bemüht sich, ihn durch Citate aus seinen Schriften und Reden auf diesem Standpunkt festzuhalten. Da aber gegenwärtig eine Revision des ganzen Prozessrechts allerhöchst angeordnet ist, so fühlt man sich doch nicht sicher davor, dass derselbe Geist, der die früheren Reformen beherrscht hat, auch diesesmal massgebend ist.

Hie und da wird auch die Thätigkeit der Gouverneure in die Debatte gezogen. Im Anschluss an einen Vortrag in dem St. Petersburger Juristischen Verein über die Verantwortlichkeit der Gouverneure erörterten die „St. Pet. Wed.“ diese „wichtige Frage“ und drangen auf Klärung derselben, d. h. auf unzweideutige gesetzliche Feststellung, welchen Ressorts bei der vielseitigen Thätigkeit des Gouverneurs, seinen polizeilichen, administrativen, gerichtlichen, wirtschaftlichen und andern Funktionen, das Recht und die Pflicht zukomme, ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei wurde denn auch nicht unterlassen, auf die neuerdings so bedeutend erweiterten Machtbefugnisse des Gouverneurs hinzuweisen — auf das ihm eingeräumte

Recht der „Kontrolle und Leitung der ganzen Thätigkeit der Selbstverwaltung, der landschaftlichen, der städtischen und der bäuerlichen".

Der „Grashdanin" wagt sogar, in einzelnen Fällen dem Gouverneur direkt auf den Leib zu rücken. So wirft er die Frage auf, ob jene Gouverneure recht handeln, die es für ihr Pflicht halten, möglichst viele Cirkulare an die Landhauptleute zu versenden. Es gäbe Gouvernements, in denen fast jede Woche ein Cirkular zur Versendung gelange, und die Landhauptleute, die schon ohnehin nicht viel Zeit hätten, müssten nun alle diese Cirkulare sammeln, im Gedächtnis behalten und untereinander in Einklang zu bringen suchen, wobei letzteres namentlich besondere Schwierigkeiten bei Ernennung eines neuen Gouverneurs mache, der von andern leitenden Ideen ausgehe.

Nicht ohne Interesse ist auch, dass nach langer Pause wieder von russischen „Liberalen" und „Konservativen" in der Presse die Rede ist. Den Anfang damit haben die „Mosk. Wed." und der „Grashdanin" gemacht, indem sie andere Blätter mit dem Prädikat „liberal" belegten oder gegen Liberale im allgemeinen zu Felde zogen, worauf denn die Angegriffenen die Liberalen verteidigten, ohne jedoch aus wohlverständlichen Gründen sich als solche zu bekennen. Die „Mosk. Wed." und der „Grashd." wurden dabei ganz offen als „konservativ" oder sogar als „reaktionär" und als „viri obscuri" bezeichnet — sogar seitens der „Nowoje Wremja". Die „Nowoje Wremja" giebt sich übrigens selbst nicht für ein liberales Blatt aus, sondern steht ihrer Ansicht nach über den Parteien. So versuchte sie im Mai 1894 die Stellungnahme der Gesellschaft zur bevorstehenden Revision des Prozessrechts zu charakterisieren und warf dabei den Konservativen und Liberalen vor, sie wünschten vor allem in der Justiz ein gefügiges Werkzeug für ihre politischen Ziele zu besitzen. Die Konservativen strebten darnach, „die Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Justiz zu beseitigen und die Justiz zum Hort bestimmter Interessen zu machen". Die Liberalen, die bereits in der Presse all ihre Argumente zum Besten der Integrität der „heiligen Prinzipien" der Justizreform Alexanders II. dargelegt hatten, wünschten vor allem, dass die Justiz eine Art Staat innerhalb der übrigen staatlichen Institutionen bilde.

In der Presse tritt sogar der alte Radikalismus hin und wieder zu Tage. Man ist wie ehemals Gleichheitsschwärmer, Gegner alles Ständischen, Adelsfeind und Bauernfeind. Dass die gegenwärtige Regierung den Adel als Stand bevorzugt, wird ihr von den Liberalen ganz besonders verargt, obgleich der russische Edelmann

wenig „Feudales" an sich hat und es sich auch wohl kaum jemals aneignen wird; in seinem eigenen und im Interesse des Staates wäre es ihm zu wünschen, dass er etwas von dem Standesgefühl des westeuropäischen Edelmannes besässe. Wie sehr auch der Adel, und namentlich in der letzten Zeit, von der Gleichheitsdoktrin beeinflusst wird, lässt sich schon daraus ersehen, dass ein von der Regierung behufs Festigung des adeligen Grundbesitzes ausgearbeitetes Projekt, das die Errichtung einer Art von Majoraten fördern sollte, sogar in den Adelsversammlungen wenig Anklang fand.

Ueberhaupt wird der Grossgrundbesitzer in der liberalen Presse mit einer gewissen Missgunst betrachtet, während man sich dafür desto wärmer des Bauern annimmt. Man ist gern bereit, thatsächliche oder vermeintliche Interessen des Bauern zu verteidigen, und befürchtet stets eine Beeinträchtigung und Ausnutzung des Bauern durch den Grossgrundbesitzer, wie man denn überhaupt alles Heil für die Landwirtschaft von dem Bauern erhofft.

Von diesem Standpunkte aus behandelte z. B. die „Russkaja Shisn" die Annahme eines andern Blattes, durch Gründung von landwirtschaftlichen Verbänden würde früher oder später die ganze Landwirtschaft erneuert und reformiert werden; das liberale Blatt befürchtete, dass diese Verbände sofort einen „scharfen Riss zwischen den Interessen des Gutsbesitzers und denen des Bauern hervorrufen würden", und dann „wäre ihre Thätigkeit keine nützliche, sondern buchstäblich verderblich für die Landwirtschaft des ganzen Reiches". Es tritt hier zugleich dieselbe sozialistische Tendenz zu Tage, die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft eine so grosse Rolle spielte. Trotz aller traurigen Erfahrungen hat denn auch der Gemeindebesitz noch immer seine überzeugten Anhänger, wenngleich die Zahl der Gegner dieses Instituts sich zu mehren beginnt. Während die noch immer nationalistische „Nowoje Wremja" die bestehende bäuerliche Grundbesitzordnung mehr als ein altrussisches Institut in Schutz nimmt, wird sie von einem Teile der Liberalen — namentlich von den Universitäten aus, wo der Doktrinarismus blüht und weiterverbreitet wird — noch immer als eine geeignete Grundlage für eine ideale, sozialistische Grundbesitzordnung betrachtet, welche die Zukunft für sich hat. Die Schäden der solidarischen Haftungspflicht der Gemeinde werden allerdings auch von liberalen Blättern, so z. B. von den „St. Pet. Wed.", anerkannt; dieses Blatt tritt lebhaft für eine Aufhebung der Haftungspflicht ein.

Die nach dem Notstande von 1891 erlassenen Gesetze über die Regelung der bäuerlichen Landeinteilungen und über die Unver-

äusserlichkeit des bäuerlichen Grundbesitzes haben in der russischen Presse sehr wenig Anklang gefunden. Auf der einen Seite betrachtet man sie als halbe Massregeln und auf der andern Seite wünscht man keine Aenderung der bestehenden Ordnung. Ein Teil der Liberalen ist vor allem dagegen, dass die bisher unbeschränkte bäuerliche Selbstverwaltung unter eine Kontrolle gestellt wird, und zwar ist man aus Prinzip gegen eine jede Beschränkung, ganz abgesehen davon, dass man, wie ziemlich unverhüllt angedeutet wird, von einer „Reglementierung" der bäuerlichen Verhältnisse und der Unterstellung des Bauern unter die Verwaltung der gegenwärtigen Regierung nur üble Folgen erwartet.

Ein ungemein beliebtes Thema ist in der liberalen Presse die Frage der Volksbildung geworden, ähnlich wie die Gesellschaft, nach dem Vorbilde der 60er Jahre, in dieser Sache einige Anläufe gemacht hat. Man konstatiert den entsetzlich niedrigen Stand der Volksbildung in Russland und stellt Vergleiche an mit andern Staaten. Die „Russkaja Shisn" rechnet aus, dass das Budget für das Volkschulwesen wenigstens 15mal grösser sein müsse, als gegenwärtig, um nur einigermassen den Anforderungen entsprechen zu können. Die „St. Pet. Wed." finden sogar, dass der russische Staat zu arm ist, um für sämtliche Kinder in schulpflichtigem Alter Volksschulen zu beschaffen, und empfiehlt daher, zu Wanderlehrern und Wanderschulen seine Zuflucht zu nehmen.

Dass die Regierung gar keine Anstalten macht, das Volksschulwesen zu fördern, wird sogar von der „Nowoje Wremja" in einem der Stimmung der Gesellschaft angepassten Artikel einer abfälligen Kritik unterzogen. Das Blatt erklärt, alle sonstigen Massnahmen zum Besten der bäuerlichen Bevölkerung würden keinen Erfolg haben, die „berüchtigte, uralte Unwissenheit der bäuerlichen Masse würde ein unüberwindliches Hindernis bilden". Und schliesslich handele es sich nur um eine Geldfrage. Diese müsse von der Regierung gelöst werden, da die Semstwo über Mittel nicht verfüge.

Sehr viel beschäftigt man sich mit der Gründung von Volkslesebibliotheken und Beschaffung einer geeigneten Volkslektüre. Man klagt über den Mangel an geeigneten Büchern und noch mehr darüber, dass nicht einmal die wirklich vorhandenen dem Volke zugänglich gemacht werden können; gestattet sind nur diejenigen Bücher, die in eine officielle Liste aufgenommen worden sind, und diese Liste ist schon längst veraltet und wird nur kümmerlich ergänzt. Mit welchen Schwierigkeiten überhaupt auf diesem Gebiet zu kämpfen ist, dafür sei folgendes Beispiel angeführt, das zugleich die Hindernisse illustriert, welche in Russland einem jeden Unternehmen, betreffe es nun Handel, Gewerbe, Industrie u. s. w., in den Weg gelegt werden.

Die Landschaftsversammlung des Gouvernements Wjatka hatte beschlossen, in der Stadt Sslobodsk regelmässige Volksvorlesungen mit Nebelbildern an Sonn- und Feiertagen zu veranstalten. Natürlich musste hierzu die Genehmigung der Regierung eingeholt werden und ein diesbezügliches Gesuch wurde durch den Gouverneur dem Minister der Volksaufklärung übermittelt. Der Kurator des Kasan'schen Lehrbezirks, zu dem das Gouvernement Wjatka gehört, musste nun zuerst sein Gutachten abgeben, und er schlug vor, mit der Aufsicht über die Vorlesungen den Religionslehrer an der Stadtschule zu Sslobodsk zu betrauen. Der Minister der Volksaufklärung setzte sich darauf ins Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Oberprocureur des hl. Synod und unterbreitete endlich dem Kaiser in dieser Sache einen allerunterthänigsten Bericht, worauf die allerhöchste Genehmigung erfolgte. Der Verlauf der Sache war dabei noch ein äusserst günstiger; in andern Fällen sind die Gesuche abgewiesen worden, da der Gouverneur sich bei der Uebermittelung derselben gegen die Veranstaltungen von Volksvorlesungen ausgesprochen hatte.

* * *

Unter dem Einfluss der Ereignisse der letzten Jahre und unter dem Druck des Regierungssystems scheint allmählich, besonders seit dem Herbst 1894, wieder die dem Russen sonst eigne Selbstkritik zu erwachen, und jenes realistische und ironische Element, jene fast cynische Nüchternheit, die im russischen Charakter stark ausgeprägt ist, in ihr Recht zu treten. Nachdem man sich lange genug durch Selbstverhimmelung, durch hohle Phrasen und durch eine künstliche Begeisterung für alles Nationale zu betäuben gesucht hat, beginnt man die bisherigen Idole einer Kritik zu unterziehen und Vergleiche mit der westeuropäischen Kultur anzustellen. Wie unter Kaiser Nikolai die „Sapadniki" den Slavophilen, so stehen jetzt die Anhänger des „westeuropäischen Liberalismus" den Anhängern des „russischen Nationalismus" gegenüber.

Im „Wesstnik Jewropy" wendet sich der angesehene Akademiker und Litteraturhistoriker Pypin gegen die angebliche Existenz eines besondern slavischen „Kulturtypus". Er erklärt, die Annahme eines besonderen „Kulturtypus", der die russische Nation von der romanisch-germanischen Kulturwelt absondert, ist absolut unhaltbar. Russland ist nur zurückgeblieben und sollte jetzt danach streben das

einzuholen, was die unter günstigeren Bedingungen herangereiften Romanen und Germanen bereits errungen.

In den „St. Pet. Wed." wird ferner die „gegenwärtig verbreitete Anschauung" widerlegt, als ob die westeuropäische Kultur nicht für den Russen passe; man sei u. a. der Ansicht, schon der russische Staatsbau und die Armut des Volkes seien hier ein Hindernis. In der Wirklichkeit aber habe die Geschichte Russlands während zweier Jahrhunderte schon längst das aufs beste angepasst und in Einklang gebracht, was die Moskauer Publizisten als miteinander unvereinbar hinstellen wollen. Das Land eigne sich die westeuropäische Kultur durch die energische Initiative der Selbstherrschaft und unter ihrem Schutze an. Die Sache ist die, dass die Fortschritte in dieser Hinsicht noch ungenügend sind, dass man auf dem Gebiet der Kultur noch sehr hinter dem Westen zurück sei, und dass ungeheure, konzentrierte Anstrengungen gemacht werden müssten, um mit den westlichen Ländern hinsichtlich der Kultur in einer Linie zu stehen. Wenn Russland gegenwärtig unvergleichlich stärker sei, als in der Epoche des Krim-Krieges, so verdankt es das dem ungeheuern Kultur-Aufschwung, der sich in ihm dank den grossen Reformen in westeuropäischem Geist vollzogen hat. Nehmt uns unsere westeuropäische Kultur und unsere ganze Bedeutung in Asien ist mit einem Schlage untergraben. Je mehr wir wahre Europäer sind, um so stärker werden wir auch in Asien sein. Das alles ist ja so klar, dass man sich eigentlich schämt, darüber zu reden. Aber was soll man thun, wenn die allereinfachsten Ideen durch ein gegenwärtig in die Mode gekommenes asiatisches Kolorit verzerrt werden und in dieser Gestalt unter unserem Publikum cirkulieren!"

In der liberalen Presse wird der „Mangel an Kultur" beklagt und u. a. auf diesen Mangel die Uneinigkeit und der stete Streit in russischen Vereinen und Gesellschaften zurückgeführt: „In einer Gemeinschaft mit schwacher Kultur nimmt die Eigenliebe einen ausserordentlichen Umfang an. Ueberall giebt es persönliche Interessen, Egoismus, Parteikämpfe, Konkurrenz. In Kulturländern besteht jedoch die Erkenntnis dessen, dass es neben den persönlichen und privaten auch allgemeine Interessen giebt... Aus unserer Unkultur oder aus unserer schwachen Kultur, erklärt sich auch unser gegenwärtiger Menschenhass... Die Kultur erzeugt Disciplin. Bei uns giebt es keine soziale Disciplin, keine Disciplin innerhalb der Gesellschaft, sondern nur eine Disciplin in der Behörde. Ja, es ist eine schöne Sache um die europäische Kultur!"

Ueber „Mangel an Kultur" klagen sogar die nationalistischen

Blätter, wenn sie die geringen Erfolge der Russifizierungspolitik in den Grenzgebieten zugestehen müssen.

Ultrapatriotische Hymnen wecken gegenwärtig den Widerspruch der liberalen Blätter und mitunter auch den der „Nowoje Wremja". Wenn der Grossindustrielle Morosow während des Zollkriegs mit Deutschland in einer Anrede an den Finanzminister erklärt, dass Russland dank seines ungeheuren natürlichen Reichtums, dank der ganz ausserordentlichen gewerblichen Anschlägigkeit seiner Bevölkerung, dank der seltenen Ausdauer des russischen Arbeiters, eines der ersten Industrieländer Europas sein könne und sein müsse, so kann sich sogar die „Nowoje Wremja", oder wenigstens ihr Herausgeber, Herr Ssuworin, nicht enthalten zu bemerken: „Reichtümer hat es stets gegeben, Anschlägigkeit hat überall existiert, Ausdauer — war schon bei den Tartaren bekannt. Ich glaube aber, dass wir mit diesen Eigenschaften allein nicht weit kommen werden, und wären wir auch noch so anschlägig und ausdauernd. Der Westen würde stets vor uns den Vorzug seiner Bildung, seiner Kultur, seiner Schule voraus haben. Bei uns ist alles Autodidakt, im Westen ist alles Produkt der Schule, der Kultur. Wie viel auch Herr Morosow von Anschlägigkeit und Ausdauer reden mag, es wird auch ihm das Sprichwort bekannt sein, dass man für einen Gelehrten zwei Ungelehrte giebt . . ."

Dasselbe Blatt macht anlässlich einer Diskussion über die Frage, ob bereits eine Ueberproduktion an Gebildeten in Russland bestehe, das Zugeständnis, dass sogar das Lehrer-Personal noch immer durch ausländisches Material ergänzt werden müsse, während es schon lächerlich wäre, wenn man von einer Ueberproduktion von Aerzten, Ingenieuren und Technikern reden wollte. „Bei uns kann man nicht nur nicht davon reden, dass die Bildung Selbstzweck wäre, sondern man kann auch nicht einmal einen Bildungscensus als unerlässliche Bedingung für die Bekleidung von Aemtern im Staatsdienst festsetzen, obgleich bei den gegenwärtigen Aufgaben der Verwaltung ein Mensch ohne Bildung sich wohl die äussere Technik aneignen kann, aber sich wie in einem dunkeln Walde bei jedem auch nicht sehr komplizierten Problem befindet, das über den Rahmen dieser Kanzlei-Technik hinausgeht."

Namentlich sind es die „Mosk. Wed.", das reaktionäre Organ, das stets mit der Regierung geht und diese noch überbietet, welches Widerspruch und offene Selbstkritik herausfordert. Anlässlich der Umbenennung Dorpats in Jurjew fanden sich auch Anhänger für eine Umbenennung St. Petersburgs. Im Anschluss hieran entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion über die Bedeutung St.

Petersburgs als Residenz und die etwaigen Vorzüge Moskaus, woraus sich schliesslich eine Erörterung über das „Centrum und die Grenzmarken“ entwickelte. Hierbei fand der Standpunkt der „Mosk. Wed.“, von dem aus im Grunde nur Moskau selbst und höchstens noch seine nächste Umgebung als der eigentliche Sitz des Urrussischen anzuerkennen sei, eine fast allgemeine Opposition und rief Angriffe auf die nationalistische Richtung überhaupt hervor.

Die „Mosk. Wed.“ revanchiert sich damit, dass sie ihren Gegnern „westeuropäischen Liberalismus“ vorwirft und sie bei der Regierung denunziert. So warf das Blatt den „St. Pet. Wed.“ vor, den Geist und die Formen der europäischen Kultur derart in den Himmel zu erheben, dass das Blatt „von allem Russischen gar nicht mehr ohne ein Gefühl der Bosheit“ sprechen könne.

Wenn man hier und da an die einstigen Kämpfe der Liberalen Herzen und Belinski gegen die Slaphophilen erinnert werden könnte, so scheint doch ein wesentlicher Unterschied vorhanden zu sein. Man hat nicht mehr jenes übermässige, durch keine traurige Erfahrungen erschütterte Selbstgefühl wie damals. Vor dem Krimkrieg glaubte auch ein Teil der „Sapadniki“ noch, „Europa mit Kosakenmützen zudecken zu können“, wenngleich sie die Niederwerfung Europas durch die „halbcivilisierten“ russischen Horden nicht nur für die Kultur, sondern auch für Russland als ein Unglück betrachteten. Vor wie auch nach dem Kriege hoffte man, Gesellschaft und Volk werde, wenn es sich erst im Sturm die westeuropäische Kultur angeeignet, auf den Schultern dieser bereits im Niedergange begriffenen Kultur, eine Fortsetzung derselben und zwar auf sozialistischer Grundlage schaffen. Als Aufgabe der Zukunft erschien ihnen die Lösung der sozialen Frage, und Russland, als Volk der Zukunft, schien ihnen berufen, diese Aufgabe zu lösen. Angesichts der Kriegsmacht des deutschen Reiches ist der Glaube an die Kosakenmützen selbst bei den Nationalisten nicht mehr sehr fest, während man zugleich zu der Ueberzeugung durchzudringen beginnt, dass der Westen noch lange nicht so „verfault“ ist, als man vor 50 Jahren annahm, und dass Russland noch sehr viel Zeit braucht, um den Westen einzuholen — von einer Ueberholung ganz zu schweigen.

* * *

Indem die eigenen Mängel offener kritisiert werden, finden auch die Hetzereien der nationalistischen und reaktionären Blätter gegen alle Nichtrussen und die nichtrussischen Gebiete weniger

Anklang, und die liberalen Monatsjournale und die liberale Presse nehmen die Vergewaltigten mitunter in Schutz. Der „Westnik Jewropy“ erklärt, feindliche Gefühle gegen alles Russische in der Gesellschaft wachzurufen, sei die spezielle Aufgabe der patriotischen Presse. Wenn die Regierung sich durch diese „Patrioten“ beeinflussen lässt, so würden dadurch alle Völkerstämme Russlands auf künstliche Weise zu heimlichen Gegnern der Regierung gemacht werden und unversöhnlicher Hass in den Beziehungen zwischen den herrschenden und unabhängigen Elementen im Reiche sich einbürgern.

In einem andern Artikel widerlegt die Monatsschrift die Behauptung der „Mosk. Wed.“, die politische Gleichberechtigung der Nichtrussen und Andersgläubigen sei gleichbedeutend mit einer Zergliederung des russischen Staates, und das Wohl desselben verlange die Russifizierung von Polen, Deutschen u. s. w. Gleichberechtigung sei — führte hiergegen der „Westn. Jewr.“ aus — die beste Schutzwehr gegen jegliche Bedrückung, gegen die Beherrschung der Gesellschaft durch einzelne Gruppen. Russland solle nicht allein den Russen eine Heimat sein, sondern in gleicher Weise auch für den nichtrussischen Staatsbürger zur Heimat werden. Dazu sei absolut keine Russifizierung der Polen und Deutschen nötig. Die deutschen Elsässer hätten durch die zwei Jahrhunderte ihrer Zugehörigkeit zu Frankreich ihre Muttersprache bewahrt; doch dieser Umstand habe sie nicht gehindert, französische Patrioten zu sein. Eine Russifizierung der Polen und Deutschen sei unmöglich; je mehr auf diesem Gebiete Fleiss und Anstrengung angewandt würden, desto geringer würden die Chancen auf Erfolg. Der einzelne Pole und Deutsche könnte ja wohl Russe werden, die Masse aber, die ihre Geschichte, ihre vollausgebildete Sprache und ihre reiche Litteratur besitze, könne nicht durch äusseren Druck russisch gemacht werden.

In gleicher Weise tritt der „Westn. Jewropy“ für die Finnländer ein. Als im Januar 1894 die ultranationalen Blätter ihre Angriffe gegen Finnland verstärkten und u. a. die „Nowoje Wremja“ die Ansicht aussprach, in Russland werde wohl niemand etwas dagegen haben, wenn das Gewölk am politischen Horizont Finnlands einen gründlichen Platzregen brächte, da wies das Monatsjournal diese Annahme in folgender Weise zurück: „Die russische Gesellschaft in ihrer Totalität hat sich noch nicht zu roher Schadenfreude erniedrigt und noch weniger dazu, Unglück auf das Haupt eines Volkes herabzuwünschen, das wohl schwach an Zahl ist, aber moralisch und geistig hochsteht und versteht, seine Rechte hochzuhalten.“ Ebenso konsequent wie der „Westn. Jewropy“ tritt die „Russkaja Shisn“ für die Angegriffenen ein. So verteidigt das Blatt ebenfalls

die Finnländer, denen es volle Gerechtigkeit angedeihen lässt, und ruft u. a. die liberale „Nedelja", die Ausfälle gegen den finnländischen Landtag gestattete, zur Ordnung: „Es kann nur Staunen und Bedauern erregen, wenn die „Nedelja" im vorliegenden Falle sich der zweifelhaften Kompagnie der heuchlerischen „Patrioten" anschliesst . . . Der „Nedelja" geziemt es nicht, in deren Domäne einzudringen . . ." Der Patriotismus, der in sinnlosem Hass gegen fremdes Wohlergehen und fremden Wohlstand besteht, könnte füglich ganz der „Mosk. Wed." überlassen werden, als ihr besonderes und als ein wahrscheinlich nicht unvorteilhaftes Monopol.

Die „Russ. Shisn" versäumt auch nicht, zu betonen, dass „nur Kultur und wieder Kultur," nicht aber Zwang und Gewalt die Grenzgebiete assimilieren könne.

Auch die „St. Pet. Wed." haben sich gegen die Vergewaltigung der Nichtrussen gewandt. In einem „Politische Nationalität" überschriebenen Artikel vertreten sie einmal folgenden Standpunkt: „In Wirklichkeit ist Russland als ein politischer Organismus durchaus natürlich und fest vereinigt, trotz eines sehr bunten, aus den verschiedensten Stämmen zusammengesetzten Bestandes. Gerade infolge dieses letzteren Umstandes sowie ebenso infolge der grossen Ausdehnung des Territoriums unseres Reiches ist es besonders notwendig und wichtig, dass bei uns, in Russland, so häufig und so aufrichtig wie möglich von jetzt ab nicht die „ethnographische" Nationalität, sondern unbedingt die politische gepredigt werde, entsprechend dem allgemeinen Gange der historischen Ereignisse unseres weiten Vaterlandes, der Solidarität der Interessen, Aufgaben und Ziele aller Stämme, welche die Bevölkerung des Staates bilden.

Das können leider die Moskauer Separatisten in keiner Weise verstehen. Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, dass zu Zeiten der grössten Stockung im Geist der Gesellschaft die Propaganda von Stammesfeindschaft und Hader bei uns die traurigste Entwickelung erfährt, und dabei unbedingt von Moskau her. In der Sprache der Moskauer „Russifikatoren Russlands" nennt man das „die russische Fahne hoch halten". Aber das ist immer dieselbe Fahne, mit der die Moskowiter sich vor dem „verfaulten Westen" brüsteten, während sie „bis zu den Ohren im Sumpf der Leibeigenschaft steckten", wie sich seiner Zeit bei diesem Anlass Granowski ausdrückte.

Wie kläglich an sich diese anti-politischen, antinationalen russischen Phantasien sind, sie verursachen nichtsdestoweniger nicht wenig Schlimmes. Indem sie die niederen Instinkte der Einen aufreizen und die anderen beleidigen und aufbringen, nähren sie sittlichen Hader und Zwist, hindern die Assimilation der verschiedenstämmigen Bevölkerung des Reichs, die Verschmelzung derselben zu einer innerlich zusammenhängenden und solidarischen staatlichen Familie — die Verschmelzung auf dem Boden allgemeiner Interessen, Aufgaben und Ziele."

Die „St. Pet. Wed." sind ebenfalls mehrfach für die Finnländer eingetreten. Eine freiere Richtung vertritt gegenwärtig auch der „Grashdanin". Nicht nur, dass er u. a. die viel befeindeten deutschen Kolonisten in Schutz nimmt — er verurteilt sogar die religiöse Verfolgung. Die „Mosk. Wed." hatten im Sommer 1893 die Thätigkeit des verstorbenen Generalgouverneurs des Amurgebietes, Baron Korff, einer erbitterten Kritik unterzogen, weil derselbe die Burjaden in Transbeikalien nicht durch Gewaltmassregeln, sondern durch Liebe und Aufklärung habe zum Christentum bekehren wollen. Das Blatt sprach dabei die Ansicht aus, dass man die Verbreitung der Orthodoxie unter den Andersgläubigen in Russland nicht durch Liebe und Aufklärung betreiben dürfe. Gegen diesen Kreuzzug des Moskauer Hetzblattes erhob nun der „Grashd." seine Stimme, um in scharfen Artikeln die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verteidigen; es hiess da unter anderem, Russland müsse sich selbst verleugnen, wenn es die Prinzipien der Glaubensfreiheit verleugnen wolle. — Für den Umschwung der Stimmung innerhalb der Gesellschaft ist diese Aeusserung des orthodox-bigotten Organs von hervorragend symptomatischer Bedeutung. Vor einigen Jahren wäre sie einfach undenkbar gewesen. Noch undenkbarer wäre aber der Erfolg gewesen, den der „Grashd." mit seiner Polemik hatte: nicht nur dass fast die gesamte Presse auf seine Seite trat, sondern auch die „Mosk. Wed." nahmen unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu der Unwahrheit ihre Zuflucht, der betreffende Artikel habe nur infolge eines Versehens Aufnahme gefunden. Nicht weniger bemerkenswert ist, dass der „Grashd." im Herbst darauf einer Zuschrift Aufnahme gewährte, welche gegen die unsinnige Manie für Errichtung neuer Kirchen und Kathedralen protestierte und vorschlug, die betreffenden Gelder lieber für die Gründung von Volksschulen zu verwenden.

Im allgemeinen hat die Missgunst und die Feindseligkeit gegenüber allen Nichtrussen in der Presse abgenommen, wenn auch Rückfälle und Widersprüche nicht selten vorkommen und zwar auch in liberalen Blättern, wie z. B. den „St. Pet. Wed." In der Gesellschaft und in der Presse finden sich häufiger Vertreter der Anschauung, dass Russland Raum genug für die Existenz anderer

Nationalitäten hat, oder man verzichtet wenigstens auf eine gewaltsame Entnationalisierung und will allmählich in friedlichem Prozesse den Nichtrussen assimilieren.

Dass die Begeisterung für die Idee des uniformen russischen Nationalstaates nicht mehr allzu lebhaft ist, lässt sich auch in den Grenzgebieten beobachten, wo der russische Beamte in der Regel gerade nur soviel thut, als seine dienstliche Stellung und seine Karriere erfordern. In den ultranationalen Blättern bilden denn auch die geringen Fortschritte der Russifizierungspolitik ein stehendes Thema und nicht zuletzt wird über den Mangel an „russischem Nationalismus“ geklagt. So brachte im Sommer 1893 die nationalistische „Russkoje Obosrenije“ eine Korrespondenz, die eine scharfe Verurteilung der jungen russischen Gesellschaft in den Ostseeprovinzen enthielt und als Mangel des gegenwärtigen Systems den Umstand bezeichnete, dass bei den in die Grenzmarken entsandten Beamten kein Gewicht auf die politische Ueberzeugung gelegt werde. Eine zweite Korrespondenz desselben Blattes ging noch weiter: sie vertrat den Standpunkt, dass die Regierung überhaupt nicht die Möglichkeit habe, die Posten in den Ostseeprovinzen durchweg mit Personen zu besetzen, die der nationalen Politik der Regierung vollkommen ergeben wären und bewusste Vertreter der russischen Idee sein wollten. Die geistige Entwickelung der russischen Intelligenz verfolge ja, unbeeinflusst durch die von der Regierung vertretenen Ideen, konsequent eine Richtung, die sie in Gegensatz zum grossen nationalen Gedanken bringe; fast alles, was in Russland zur Intelligenz gehöre, verhalte sich mehr als gleichgiltig den Grundsätzen und Aufgaben der nationalgesinnten Regierung gegenüber und allzuwenig werde in Litteratur und Presse das nationale Banner hochgehalten. Nach aussen hin kommt man ex officio den Forderungen der nationalen Regierung nach, im geheimen aber wirkt man ihren Intentionen womöglich entgegen. Und dann sei überhaupt das intellektuelle und moralische Niveau in der modernen russischen Gesellschaft in stetem Niedergange. Kein Wunder, wenn da die russische Kultur in den baltischen Provinzen, wie auch in Polen, keine Fortschritte mache. Die Hoffnung der Regierung sollte sich vor allem auf die persönlichen Eigenschaften der obersten Administratoren stützen; unter dem Regime Murawjews habe die russische Sache im Westgebiet glänzende Fortschritte gemacht.

Aehnliche Klagen kommen aus dem Nordwest-Gebiet, d. h. den ehemals polnischen, aber nicht zum Zartum Polen gehörenden Gouvernements, in denen die polnische Nationalität fast nur im

Grossgrundbesitz vertreten ist. Von den dort erzielten Erfolgen entwerfen die „Mosk. Wed.“ und die „Nowoje Wremja“ ein durchaus übereinstimmendes Bild. „Die Resultate der russischen Kolonisation“, schreibt u. a. die „Now. Wr.“, „zeigten sich schon vor 15 Jahren und sind immer weiter zu Tage getreten: gegen ein Drittel der organisierten russischen Wirtschaften sind spurlos verschwunden, die Angesiedelten haben ihr Land an die Einwohner verkauft und sind in andere Gouvernements gezogen. Das gilt selbstredend speziell von den orthodoxen Ansiedlern. Die andersgläubigen Kolonisten, wie auch die örtlichen Weissrussen halten es mit den polnischen Gutsbesitzern und Verwaltern, da sie von diesen Personen und deren reichen Wirtschaften ständige Vorteile für sich erhoffen. Die polnischen Gutsbesitzer rühmen sich bekanntlich der guten Organisation ihrer Wirtschaften. Eine solche Annäherung bringt die Notwendigkeit der Erlernung der polnischen Sprache mit sich und dem entsprechend macht die Kenntnis der russischen Sprache keine Fortschritte. Die Schulen mit russischer Sprache und die orthodoxe Geistlichkeit erweisen sich unzureichend für eine Annäherung der Weissrussen an die allgemein russischen Elemente und für einen Widerstand gegen die wirtschaftliche Kraft des Polonismus und des Judentums. Massnahmen, die unzweifelhaft geeignet sind, die Assimilierung mit dem allgemeinen Vaterlande zu beeinflussen, wie die allgemeine Wehrpflicht, die neuen Gerichtsinstitutionen, der Bau von Eisenbahnen u. s. w., haben, die erstere ausgenommen, keinen merkbaren Einfluss auf die Bevölkerung ausgeübt. Von der Einführung der russischen Sprache im katholischen Gottesdienst, von der Errichtung eines orthodoxen geistlichen Seminars in Wilna ist schon lange nichts mehr zu hören. Ueberhaupt ist das Interesse für das West-Gebiet in der Gesellschaft selbst gleichsam erlahmt; die energischen Kämpfer für Orthodoxie und russische Nationalität in jenem Gebiet sind von der Scene abgetreten; von der einst in der polnischen Presse beklagten „Agitation“ gegen den Polonismus in den westlichen Gouvernements ist keine Spur mehr vorhanden. Gleichgültigkeit und Absentismus ist in der höheren Schicht der dortigen Russen, der sogen. Intelligenz, in der Zunahme begriffen. . . In der örtlichen gebildeten Gesellschaft dauert eine begreifliche Absonderung zwischen dem russischen und polnischen Teil derselben fort, aber die polnischen Gutsbesitzer sind dort zu Hause, fassen dort Wurzel und erlangen auf natürlichem Wege Einfluss auf die umwohnende Bevölkerung. Die Russen, mögen sie nun Landwirte, Beamte, Geistliche, Pädagogen, Ackerbauer oder Dienstboten sein, sind isoliert und in dieser

Absonderung weniger widerstandsfähig; sie zeigen sich bestrebt, den Kampf nicht fortzusetzen, sondern bei gegebener Gelegenheit das Gebiet zu verlassen. . .“

Bei den Schilderungen der nationalistischen Blätter darf allerdings nicht vergessen werden, dass es Hetzartikel sind, die besonders düster gehalten sind, um die Sache aufs neue in Gang zu bringen; der Kern der Schilderungen ist jedoch durchaus zutreffend, sowohl für die baltischen, als auch für die ehemals polnischen Landesteile.

* * *

Während man sich wieder mehr den inneren Zuständen zuwendet, tritt auch der Panslavismus und Chauvinismus mehr zurück. Was den ersteren betrifft, so ist in den letzten Jahren eine Wandlung eingetreten, die durch ihre Plötzlichkeit auch für russische Verhältnisse überraschend ist. Eigentümlicherweise trat dieser Umschwung in der Presse gerade bei einem Anlass zu Tage, der früher unzweifelhaft zu panslavistischen Hetzartikeln in reichstem Masse ausgenutzt worden wäre. Das 25jährige Jubiläum des famosen „Slavischen Wohlthätigkeitsvereins“ wurde der Ausgangspunkt für eine Reihe von Aeusserungen, die nichts weniger als nationalistisch klangen. Ganz abgesehen davon, dass kaum ein Blatt, nicht einmal die „Nowoje Wremja“, von dem Jubiläum an leitender Stelle Notiz nahm — man ging sogar dem Verein direkt zu Leibe. So erhob Fürst Meschtscherski im „Grashdanin“ gegen seine Existenz Protest in einem Artikel, der mit folgendem Passus schloss: „Möge man wissen, dass wenigstens eine Stimme sich erhebt, um gegen die Feier 25jähriger Selbsttäuschungen zu protestieren — zu protestieren im Namen des Gewissens und der Liebe zu dem russischen Volk, das so viel für die slavische Lüge gelitten hat. Ich habe das Recht, diese eine Stimme zu sein, da ich im Jahre 1876 einer der Schürer der wahnsinnigen Liebe zu den Bratuschki, eine der Posaunen war, die ihre unerhörten Leiden in die Welt trompeteten und sich Popularität mit pseudo-patriotischen, auf den Krieg gerüsteten Artikeln erkauften.“

Obgleich einzelne besonders „verdiente“ Glieder des Vereins durch Ordensauszeichnungen allerhöchst belohnt wurden, liess der „Grashd.“ diesem Artikel dennoch einen zweiten folgen, in dem er den Präsidenten Graf Ignatjew und einige andere Grössen erbarmungslos mitnahm.

Dem „Grashd.“ schloss sich u. a. die „Nedelja“ an, indem sie

dem Panslavismus jede Berechtigung absprach: „Die ‚slavische Idee‘, der ‚Panslavismus‘ bildete bis jetzt noch immer das Unglück Russlands. Wir haben eine ganze Reihe harter und teurer Kriege geführt unter dem geheimen Einfluss und Druck dieser Idee, und jeder unserer Erfolge bedeutete für uns einen Verlust, einen Verlust an Mitteln und Kräften, deren wir aber doch nur zu sehr bei uns zu Hause bedürfen. Der Slavische Wohlthätigkeitsverein dient einer Chimäre und künstlichen Idee, die mehr Poesie, als praktische Einsicht enthält. Uns will es scheinen, als wären unsere westlichen und südlichen ‚Brüder‘ weit reicher an Kultur, als wir; der slavische Verein aber könnte leicht innerhalb der Grenzen Russlands selbst echte Slaven, Nachkommen der Kriwitschi und Drewljane, finden, die materieller und geistiger Nahrung im höchsten Grade bedürftig sind. Die ‚Einigung der Slaven‘ kann nur als ein Einzelfall im Gesamtprozess der Einigung der ganzen Menschheit betrachtet werden. Wir wären gewiss sehr glücklich, wenn wir einen Triumph des russischen Genius und seiner Ausdrucksformen — Sprache, Kultur — ausserhalb unserer Grenzen konstatieren könnten, und vielleicht wäre es ganz besonders schmeichelhaft, wenn nicht die Slaven, sondern die Germanen und Kelten uns nachahmen wollten. Aber um den russischen Prinzipien zum Triumph zu verhelfen, bedarf es vor allem dessen, dass wir Russland selbst zu heben vermöchten, sein verarmtes und verkümmertes Volk; dass man diesem slavischen Volke Raum zu seiner Enfaltung gewährte, auf dass es aus seinem Schoss Träger seines Geistes, starke, begabte Männer hervorgehen liesse, die fähig wären, dem westlichen Genius einen — eigenen, nicht minder mächtigen gegenüberzustellen.“

Der Slavische Wohlthätigkeitsverein wird seit seinem Jubiläum in der Presse auch immer weniger berücksichtigt, und die Berichte über seine Sitzungen werden immer kürzer und trockener, ganz wie auch die „bulgarische Frage“ sogar in Russland langweilig zu werden scheint. Ein Jahr nach dem Jubiläum, im Mai 1894, wiederholten sich jene Angriffe auf den Verein. Anlässlich des Jahresfestes desselben schrieb der „Grashd.“: „Unsere blutigen Fehler, welche uns zu unseren Slavenbrüdern hinrissen, haben einen grossen Teil der gesund denkenden Männer von dem Slavophilentum kuriert und seitdem ist es uns Russen in der That völlig gleichgültig, wer in Serbien recht und wer unrecht hat, wer von Oesterreich erkauft ist und wer die nationale Politik seines eigenen Beutels betreibt.“

Die „St. Pet. Wed.“ erklärten diese Auslassung als der Stimmung der Petersburger Gesellschaft voll entsprechend: „Noch gleichgültiger ist man in Petersburg, ja selbst in Moskau gegenüber Bul-

garien. Und wen in der That hat nicht der Stambulow'sche Eiertanz, wie sich die neueste Geschichte Bulgariens benannt, tödlich gelangweilt? Unter solchen Umständen fällt es dem Petersburger Slavischen Verein nicht leicht, das Gedächtnis des Publikums in Bezug auf das ‚Slaventum an allen Enden' zu stärken."

Weiter führt das Blatt aus, wie der Slavische Wohlthätigkeitsverein ohne eigentliches inneres Leben in den überkommenen Geleisen seinen Weg weiterkarre, wie keinerlei frische Kräfte sich ihm beigesellten, wie man in der Leitung des Vereins und unter den Rednern immer wieder auf die alten Namen eines Grafen Ignatjew, Sabler, Wassiltschikow, Kirejew u. s. w., wie sie schon seit 25 Jahren hier genannt würden, stosse — auf die „Mohikaner des Slavophilentums".

Auch dem Ausland, namentlich auch Deutschland gegenüber, schlägt die russische Presse gegenwärtig einen andern Ton an als früher, zu einem Teil schon deshalb, weil das Prestige Deutschlands gelitten hat und die Missgunst weniger lebhaft reizt. Vielleicht beginnt man auch, was ja auf die Dauer nicht ausbleiben kann, sich an die — einst so unerwartet gekommene, Machtentwickelung Deutschlands zu gewöhnen. Diese friedliche Strömung ist anlässlich der franco-russischen Festlichkeiten zu Toulon und Paris unzweideutig zu Tage getreten. Wiederum waren es die Monatsjournale und die liberalen Blätter, die gegen die bisherig herrschende Richtung Front machten. Die Monatsjournale äusserten sich ausserordentlich kühl und skeptisch über die ganze franco-russische Freundschaft, so dass sie auch den Zorn des Swet in hohem Grade erregten. Unter den Tagesblättern behandelten die „Russkija Wedomosti" die Verbrüderung mit leichtem Spott; namentlich waren die Touloner Korrespondenzen dieses Blattes in einem sehr amüsanten Ton gehalten. Die „Russkaja Shisn", die überhaupt im Gegensatz zu dem sonstigen Brauch das Ausland erst in zweiter Stelle berücksichtigt, feierte am Tage des Touloner Empfanges in russischem und französischem Text die Annäherung der Völker und den ewigen Frieden. „Mehr als 150 Jahre schöpfen die Russen aus dem reichen Schatz des französischen Genius. Die grossen Bürger der französischen Erde sind auch uns Russen unendlich teuer. Das helle Licht der Civilisation, das in Frankreich leuchtet, leuchtet auch uns. Die grossen Worte „Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit" lassen unsere Herzen ebenso schlagen, wie die französischen. Soll man da nach eigennützigen Motiven für die Freundschaft suchen? Soll das Gespenst des deutschen Soldaten das Fest zweier Völker verdüstern? Die Deutschen sind ebenfalls unsere Brüder, denen wir Vieles verdanken. Schiller und Goethe! Diese Namen reichen hin, um die Waffen

zu vergessen und dem Volke die Arme zu öffnen, das uns diese beiden Geistesriesen geschenkt hat . . . Ja, möge die Devise aller Völker sein: „Die Waffen nieder!"

Die „Nedelja" empfahl grösstmögliche Reserve bei den Manifestationen. Nicht nur, weil überhaupt ein schlechter Frieden besser sei, als ein guter Krieg, sondern weil gerade gegenwärtig ein Krieg vermieden werden müsse. Nicht allein wegen „der letzten Katastrophen, welche die Bevölkerung Russlands betroffen haben, nicht wegen der Notwendigkeit des Friedens und der Sparsamkeit zur Heilung schwerer innerer Zerrüttungen", sondern weil mit der Zeit die drohende Kriegsgefahr schwinden müsse und zwar infolge der inneren Fragen, die Westeuropa in Anspruch nehmen, wie z. B. der sozialen Frage, und infolge der steigenden Entwickelung der Kultur. „Indem wir mit Freude die Zunahme der Sympathie für Russland bei den Franzosen verfolgen und Freundschaft erwidern, müssen wir zugleich begreifen, dass dieselben Gefühle auch bei den Nachbarn erobert werden müssen — diese aber werden durch freundschaftliches Entgegengekommen erworben."

In den „St. Pet. Wed." führte der Herausgeber, Herr Awssejenko, eine durchaus nüchterne und von jedem Chauvinismus freie Sprache, obgleich er während der franco-russischen Woche in Paris weilte.

Als Nachspiel zu den Festlichkeiten wurde die Abrüstungsidee in der Presse erörtert und fand recht viel Anklang. Allerdings verlangte man ziemlich allgemein, dass Deutschland den Anfang mit der Abrüstung mache. Demgegenüber bemerkte die „Russkaja Shisn":

„Nichts Besseres gäbe es für die beiden Mächte, die die entente cordiale eingegangen sind, für Russland und Frankreich, als die Initiative wenigstens zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz zu ergreifen. Das wäre eine durchaus mögliche Sache und sie würde dem Touloner Fest unbedingt eine ehrenvolle Seite in der allgemeinen Weltgeschichte sichern."

Man mag den praktischen Wert der damaligen Pressäusserungen nicht sehr hoch anschlagen, im Vergleich zu früher, namentlich im Vergleich zu der Stimmung während der Kronstädter Tage, sprechen sie unzweifelhaft für einen Umschwung.

* * *

Nachdem die traurigen wirtschaftlichen Zustände durch die Missernte aufgedeckt worden sind, wird das gegenwärtige System auf

keinem Gebiet so offen und konsequent angegriffen, wie auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Angriffe sind hier offen, weil es sich teils um ein mehr neutrales Gebiet handelt, bei dem die Opposition sich nicht ganz unmittelbar gegen das reaktionäre Regime richtet.

Der Finanzminister Witte geniesst bei der Mehrzahl der Blätter keine Sympathie, zu ihm halten nur die ultranationalen offiziösen Blätter, vor allem die „Mosk. Wed." und die „Nowoje Wremja", sowie der „Swet", was für die liberale Presse ein Grund mehr ist, gegen den Minister Stellung zu nehmen. Die „Russkaja Wedomosti", die „Nedelja", der „Kiewljanin", die „St Pet. Wed.", die „Russkaja Shisn" sind, von den Monatsschriften ganz abgesehen, seine entschiedenen Gegner und lassen das bei jeder Gelegenheit hervortreten. Die „Nowosti", die im Grunde mit dem Standpunkt dieser Blätter übereinstimmen, wagen in der Regel nicht, sich unverhohlen zu äussern.

Als der gegenwärtige Finanzminister sein Amt antrat, erwartete man ganz allgemein von ihm Steuerreformen. Die ersten in die Presse gelangenden Mitteilungen über die von ihm in der Folge thatsächlich eingeführten zahlreichen Steuererhebungen wurden daher sogar von der „Nowoje Wremja" als aberwitzige Gerüchte aufgenommen. Seine weitere Thätigkeit ist erst recht nicht geeignet gewesen, ihre Sympathie zu erwerben und auch seine „glänzenden" finanziellen Erfolge haben auf die genannten Blätter nicht den geringsten Eindruck gemacht — im Gegenteil, die Erfolge werden entweder nur unter Einschränkungen anerkannt oder zu Angriffen auf seine Finanzpolitik verwertet. So haben gerade die Ergebnisse des Budgets pro 1893 und der Budgetvoranschlag pro 1894 mit dem allerunterthänigsten Bericht bei der liberalen Presse nichts als Angriffe erfahren. Wenn der Minister sich mit der defizitlosen Realisierung des Budgets und der Steigerung der Einnahmen brüstet, so wird entgegnet, niemand zweifle daran, dass man aus dem Lande, wenn man einfach den Massstab eines „Geschäftsbetriebes" an dasselbe anlege, einen noch viel grösseren „Reinertrag" heraus machen könne; für die thatsächliche, wirtschaftliche Lage des Landes könnten die Ergebnisse des Budgets in keiner Weise verwertet werden.

Man benutzt zugleich die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass bei so grossen Einnahmen die Steuererhöhungen nicht nötig gewesen wären, und hebt zugleich hervor, dass viel notwendigere Ausgaben unterlassen worden sind. Eine derartige Finanzpolitik nach der schweren wirtschaftlichen Krisis, welche die Bevölkerung durch-

zumachen hatte, habe auf die wirtschaftlichen Interessen derselben unmöglich fördernd einwirken können.

Die schönfärberische Schilderung von der wirtschaftlichen Lage in der Erläuterung zum Voranschlag pro 1894 rief besonders lebhaften Widerspruch hervor. So schrieb die „Russkaja Shisn": In der Erläuterung zum Budget des laufenden Jahres heisst es kategorisch: „Die glückliche finanzielle Lage Russlands, weit entfernt von irgend einer Trübung, nimmt zu und schreitet mit mächtigen Schritten vor auf dem Wege der Entwickelung." Diese Bemerkung wird ohne Zweifel die Aufmerksamkeit des Historikers der Zukunft auf sich lenken, und wenn ihm ausser dem allerunterthänigsten Bericht über das Jahresbudget für 1894 kein Material zu Gebote stehen sollte, so wird er in seiner „Geschichte" konstatieren müssen, dass zu Beginn des Jahres 1894 alle grösseren Staaten Europas sich keiner sehr glücklichen Finanzlage rühmen konnten mit Ausnahme Russlands, dessen finanzieller Wohlstand sich „mit mächtigen Schritten auf dem Wege der Entwickelung fortbewegte". Dies werden unsere Nachkommen lesen, die Zeitgenossen in der Provinz und auf dem Lande lesen es jetzt. Der Gutsbesitzer wird es lesen, wird auf sich selbst, seine Nachbarn und seine Bauern blicken, und der Unterschied zwischen der finanziellen und der ökonomischen Lage wird ihm unbegreiflich werden. Dass es sich indessen so verhält, beweist dieser Unterschied, der bis zu einem gewissen Grade in dem erläuternden Exposé zum Budget ausgesprochen ist. So heisst es da, dass Russland nach einer zeitweiligen Erschütterung infolge der bedeutenden Getreidemissernte wieder unter normale ökonomische Bedingungen getreten sei." Es ist hier offenbar die Rede von denjenigen ökonomischen Bedingungen, unter welchen sich Russland vor der Missernte befand. Diese Bedingungen jedoch machten, wie allgemein anerkannt wird, nicht nur eine Missernte möglich, sondern spitzten sie auch bis zur Hungersnot zu; jedenfalls haben wir bisher noch nicht gehört, dass diese ökonomischen Bedingungen die normalen wären. Allerdings spricht das erläuternde Exposé von einer „bedeutenden Verbesserung der ökonomischen Bedingungen Russlands"; und der Eintritt dieser Verbesserung nach zweimaliger Missernte muss ein ziemlich rascher genannt werden. Diese Schnelligkeit ist übrigens in Betracht gezogen und die Loskaufszahlungen sind im Budget für das Jahr 1894 nicht im vollen Umfang, sondern nur mit 83 Proc. ihres jährlichen Betrages verrechnet worden. Einen noch deutlicheren Hinweis aber auf diese „Schnelligkeit" erblicken wir in den Erläute-

rungen zu dem Posten der Getränkesteuer-Einnahmen, welcher auf 240 Mill. Rubel beziffert ist. „Obgleich man", heisst es da, „nach allen Anzeichen einer bedeutenden Verbesserung der ökonomischen Lage Russlands ein stärkeres Wachsen der Getränkesteuer-Einnahme erwarten darf, so ist es doch aus Vorsichtsrücksichten geboten, sich mit einer kleineren Ziffer zu begnügen."

Von anderer Seite wird erklärt, wenn Russland überhaupt solche Katastrophen, wie die Missernten zu überstehen vermocht habe und die Einnahmen auf eine Milliarde gestiegen seien, so sei das lediglich das Ergebnis des grossen kulturellen Aufschwunges, den das Land durch die Reformen Kaiser Alexanders II. genommen hat.

Dass die Förderung der Landwirtschaft, der bäuerlichen Bevölkerung, der Volksbildung im Budget-Voranschlag pro 1894 trotz der „Allerhöchsten Hinweise" gar keine Berücksichtigung erfährt, ist lebhaft kommentiert worden. Man erklärte es für viel zweckmässiger, „zur Vorbeugung von Missernten, als zur Bekämpfung ihrer Folgen Geld herzugeben, und verwies auf das „traurige Schicksal" der Ersparnisse Wyschnegradskis. Ein sehr häufig wiederkehrendes Thema bildet das System der Steuer-Erhebung; in den Berichten aus der Provinz wird über das rücksichtslose Beitreiben der Abgaben, über den dadurch herbeigeführten Ruin der bäuerlichen Wirtschaften geklagt; man tritt für eine Abänderung der bisherigen Form der Beitreibung und für eine Ermässigung der bäuerlichen Steuern ein, und zwar um so lebhafter, je mehr von offizieller Seite die Erklärung wiederholt wird, die finanzielle Lage sei glänzend.

Glaubt man im Finanzministerium neue günstige Symptome für eine Zunahme des Volkswohlstandes entdeckt zu haben, so ist man in der liberalen Presse mit einer scharfen Analyse zur Hand. So wird das Anwachsen der Einlagen der Sparkassen ganz anders gedeutet als im Organ des Finanzressorts geschieht. In den „Russkaja Wedowosti" — und andere Blätter schlossen sich ihnen an, — wurde angeführt, dass auch in den beiden Notstandsjahren 1891 und 1892 die Summe der Einlagen gewachsen sei, und zwar um 30 resp. 50 Mill. Rubel. Wie lasse sich ein so schnelles Anwachsen der Einlagen während einer Zeit erklären, wo Russland von zwei Missernten heimgesucht wurde, die verstärkte Opfer nicht nur von seiten der Regierung und der Semstwo, sondern auch von der Privat-Wohlthätigkeit erforderten und nicht weniger als 200 Mill. Rubel an Unterstützungen beanspruchten, während der Verlust an bäuerlichem Inventar dieser Summe vielleicht gleichkam? Manche nehmen

an, dass jenes Anwachsen der Einlagen durch die unerschöpflichen Ressourcen des Landes zu erklären und dass alles wieder ins alte Geleise gekommen sei; man vergesse dabei ganz die damaligen Verluste an bäuerlichem Inventar, die dem Bauern ein Aufkommen wesentlich erschweren. Sodann aber könne die Summe der Einlagen keinen Massstab für die eigentliche Lage abgeben, weil Katastrophen, welche die Regierung und die Gesellschaft zu grossen Opfern zwingen, stets von einem solchen Anwachsen der Einlagen begleitet wurden; so sei es während des Krimkrieges gewesen, wo die Einlagen in den Banken die Höhe einer Milliarde erreichten, so während des letzten Krieges und so auch während des Notstandes. Die Regierung wie die Gesellschaft spendeten ungeheuere Summen; irgendwer musste diese schliesslich erhalten und erhielt infolge der Teuerung bedeutend grössere Beträge als sonst. Unter die kleinen Produzenten und die Vermittler sich verteilend, vermehrten diese die frühere Möglichkeit von Ersparnissen bedeutend und die Vergrösserung der Zahl der Kassen machte die Anlage derselben sehr bequem. Aber wenn auch die Einlagen wüchsen, so könne man in dieser Erscheinung doch nur eine gewisse Anhäufung von Mitteln einzelner Personen erblicken, nicht aber behaupten, dass sie auf eine Entwickelung des allgemeinen Wohlstandes der Bevölkerung hinweise; im Gegenteil, die Masse der Bevölkerung könne dabei weiter verarmen, ja die Verarmung der Masse könne gerade eine Folge der Anhäufung der Ersparnisse in den Händen einzelner und folglich der Zunahme der Einlagen sein.

Aus der Höhe der einzelnen Einlagen geht in der That hervor, dass die Sparkassen mehr von kleinen Geschäftsleuten zur zeitweiligen Anlage ihrer Betriebskapitalien benutzt werden, als dass der wirklich Arme seine geringen Ersparnisse dort unterbringt. Der Zinsfuss für die Sparkasseneinlagen ist aus diesem Grunde denn auch im Juli 1894 von 4 Proz. auf 3,6 Proz. herabgesetzt worden.

Der Charakter und die Unternehmungen der derzeitigen Finanzleitung finden überhaupt wenig Anklang. Weder ist man für ein Branntweinmonopol, noch erwartet man viel von einer Getreidehandelsinspektion oder der „Reglementierung" des Geldverkehrs und dem künstlichen Schutz des Kurses der Kreditvaluta. Die Thätigkeit des Finanzressorts wird dahin charakterisiert, dass man sich gegenwärtig „in diversen geschäftlichen Details" verliere und dass man über eine rein „administrative Geschäftlichkeit" nicht hinauskomme.

Energischer noch als gegen die Finanzpolitik wird gegen die Wirtschaftspolitik und vor allem gegen die derzeitige Zoll- und Handelspolitik Stellung genommen. Die liberale Presse, die

als solche einen mehr freihändlerischen Standpunkt vertritt, beschäftigt sich bei jeder Gelegenheit mit der Schädigung der Landwirtschaft durch den Protektionismus, führt Beispiele für die Unfähigkeit der russischen Industriellen an und bekämpft die „Ringe" und Syndikate. Man rechnet aus, dass die russische Fabrikbevölkerung von einer Million auf 30 Millionen steigen müsse, damit die Industrie der Landwirtschaft den ausländischen Markt ersetzen könne und verteidigt die von Ausländern errichteten Fabriken gegen die ultranationale Presse.

Die „Nowoje Wremja" verlangte, es sollten, bevor andere Massnahmen gegen die Ausländer ergriffen werden, alle Bestellungen der Krone und sogar der Eisenbahngesellschaften ausschliesslich bei Fabriken und Werken russischer Unternehmer gemacht werden, um so ihnen Unterstützung zu erweisen, was andererseits denn auch den Eifer ausländischer Firmen, die sich auf russischem Boden, mit russischen Schätzen des Erdinnern bereichern, beträchtlich abkühlen dürfte.

Darauf wurde dem Blatt geantwortet: „Mit anderen Worten also: Nichts dir — nichts mir. Nur immer brav „unterstützen" und flott „bestellen" — aber von anderen „Massnahmen" zu wirklich nachhaltiger Unterstützung des russischen „Eifers" ist nicht die Rede! Und da nun das Resultat aller „Unterstützungen" schliesslich nur ein immer grösserer Stillstand ist, so wäre es wirklich ein unverzeihlicher wirtschaftlicher und politischer Fehler, den Eifer der ausländischen Firmen abzukühlen. Gewiss bereichern sie sich auf russischem Boden, aber doch nicht als Parasiten, sondern als eine produktive Kraft, d. h. also sie „bereichern sich" auf eine vernünftige und gerechte Weise, kraft des natürlichen Rechts des Kapitals, des Wissens, der Energie, der Unternehmungslust. Sie bringen Nutzen schon damit allein, dass sie uns ein nachahmenswerthes, handgreifliches Beispiel bieten, wie in kundigen Händen dieselben Unternehmungen und Industriezweige wachsen und sich entwickeln, die den Händen der Russen entfallen, welche gewohnt sind, alle ihre Hoffnung nur auf künstliche „Unterstützung", „Bestellungen", „Subsidien" und dergleichen andere räuberische Mittel zu setzen .... Unzweifelhaft würde die Abkühlung „des Eifers ausländischer Firmen" nur noch nachhaltigere Einschläferung der „vaterländischen Industrie", nur noch grösseren Stillstand und grössere Zurückgebliebenheit zur Folge haben.

* * *

Wie sehr die russische Presse und Gesellschaft ihre Stellung zum gegenwärtigen Regime geändert, wie sehr der Nationalismus und die ultranationale Schutzzollpolitik an Kredit verloren hat, das ist während des deutsch-russischen Zollkrieges in unzweideutiger Weise hervorgetreten. Der Zollkrieg kann, soweit Russland in Betracht kommt, fast als Kabinettskrieg bezeichnet werden.

Vor dem Ausbruch des Konfliktes, im Juni 1893, hatte der Finanzminister den Blättern die Weisung zugehen lassen, sich provozierender Artikel Deutschland gegenüber zu enthalten; bei einigen Blättern war das gewiss ganz angebracht, was aber die Mehrzahl betrifft, so hätte der Herr Minister besser gethan, wenn er verboten hätte, gegen die Leitung der russischen Zollpolitik zu polemisieren. Als die Regierung den Doppeltarif, d. h. den auf dem Vertrag mit Frankreich beruhenden Konventionaltarif und den um 30, 15 und 10 % erhöhten Tarif von 1891 veröffentlichte, äusserte man in der liberalen Presse allgemein Bedenken, ob dieses Mittel in der That das geeignete wäre, um die andern Staaten zu Zollermässigungen zu zwingen, namentlich da Russland seine Bedeutung als „Kornkammer Europas" eingebüsst habe. Ja man erklärte sogar offen und unverhohlen, so z. B. der „Kiewljanin" und die „Russkaja Shisn", dass man sich Deutschland gegenüber ins Unrecht setze und dass zwischen dem deutschen und dem russischen Zolltarif wenig Gemeinsames bestehe. Beim Abschluss seiner Handelsverträge habe Deutschland den Zoll auf russisches Getreide nicht erhöht, sondern Russland gegenüber den status quo ante gewahrt. Russland aber antwortete auf die Beibehaltung des status quo ante mit einer Erhöhung der Zölle auf deutsche Waren. Weiter sprach man dann die Hoffnung aus, dass die einmal betretene Bahn der Konventionaltarife mit der Zeit zu einer Ermässigung der Zölle führen werde, denn die gegenwärtigen Schutzzölle repräsentieren in gewissem Umfange eine Zahlung, welche die steuerzahlenden Konsumenten nicht zur Hebung der einheimischen Industrie, sondern nur zur Bereicherung gewisser einheimischer Industrieller zu leisten hätten.

Man sprach sogar den Wunsch aus, dass Russland in einem etwaigen Zollkriege ganz tüchtige Opfer d. h. Ermässigungen brächte.

Auch nachdem der Zollkrieg ausgebrochen war, änderte die liberale Presse ihre Stellungnahme nicht. Um den Anstand dem Auslande gegenüber zu wahren und den von oben gestellten Ansprüchen zu genügen, schlug man wohl als Antwort auf die deutschen Repressivmassregeln oder gleich nach Erlass von offiziellen Kundgebungen der Regierung einen etwas schärferen Ton an, nahm dann aber gleich wieder die frühere Position ein. Wenn man berück-

sichtigt, dass durch die Handelsverträge Deutschlands, namentlich durch die ihnen anhaftende rein politische Tendenz, sowie durch die thatsächliche Benachtheiligung des russischen Getreideimports doch immerhin ein Anlass — und möge es auch nur ein äusserer gewesen sein — für russische Repressivmassregeln geboten war oder dass man wenigstens bei einigem guten Willen Deutschland alle Schuld hätte zuschieben können, so kann die Stellung der russischen Presse während des Zollkrieges nicht anders als ein sehr deutliches Zeichen der Zeit aufgefasst werden. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass die Presse sich ein paar Jahre früher ganz anders geäussert hätte, wilde Angriffe auf Deutschland, endlose Renommistereien und Selbstverherrlichungen wären damals, wenige Blätter ausgenommen, an der Tagesordnung gewesen. Jetzt machten in Chauvinismus nur die „Mosk. Wed.“, die so gut wie gar kein Ansehen mehr geniesst, die „Nowoje Wremja“, die vom Finanzministerium während des Zollkrieges sehr häufig benutzt wurde, der „Grashdanin“ und der „Swet“, der für einen halbwegs gebildeten russischen Leser überhaupt nicht in Betracht kommt. Die „Nowosti“, obgleich freihändlerisch, hetzten ebenfalls gegen Deutschland, aber wie immer aus Opportunitätsgründen. Diese Blätter wurden auch im Auslande als Vertreter der russischen Gesellschaft behandelt, während sie in erster Linie die Politik der Regierung vertreten und vertreten mussten, und insoweit natürlich auch Interesse und Beachtung verdienten. Im allgemeinen war man nicht nur von vornherein gegen einen Zollkrieg gewesen, sondern zeigte auch während desselben nicht den geringsten Chauvinismus; man kritisierte vielmehr aus Opposition gegen den Protektionismus und das Regime die Schwächen der russischen Position und deckte die Schädigung russischer Interessen rückhaltslos auf. Aus den zahlreichen Belegen, die hierfür angeführt werden können, seien hier einige herausgegriffen.

Die Massnahmen, die die Regierung ergriff, um die Wirkung des Zollkriegs abzuschwächen, z. B. um ein zu starkes Sinken der Getreidepreise zu verhüten, wurden mit vieler Skepsis aufgenommen. In diesem Sinne äusserte sich auch die „Russkija Wedomosti“, die zu folgendem Resultat kam: „Ueberhaupt sind alle Massnahmen nur temporäre und Palliativmittel; einzig und allein helfen kann die Wiederherstellung der bisherigen internationalen Handelsbeziehungen.“ In einem anderen Artikel erklärt das Moskauer Blatt, dass die Erhöhung der Lastensteuer für deutsche Schiffe für Russland nachteiliger sei, als für Deutschland. Die Getreidepreise würden dadurch nur noch mehr gedrückt werden, denn in denjenigen Häfen, wo die deutsche Flagge bisher eine Hauptrolle gespielt, würden bei dem

Fortfall der deutschen Konkurrenz von den englischen Schiffen die Frachten erhöht werden. Als das darauf bald in Odessa der Fall war, unterliessen denn die Blätter auch nicht, diese Thatsache zu registrieren und entsprechend zu verwerten. Der „Kiewljanin“, dem auch die „Nowoje Wremja“ zugestand, dass er seine wirtschaftspolitischen Anschauungen stets mit Konsequenz vertreten habe, erklärt: „Es ist schwer, die Verluste zu berechnen, welche der russische Ackerbau infolge des Zollkrieges erleiden wird, doch werden sie jedenfalls in die Millionen gehen. Wir können nicht umhin zu bemerken, dass die Herausforderung Deutschlands zum Zollkampf in einem solchen Moment, wo die Landwirte zu dem Absatz ihres Getreides gezwungen sind, als ein kolossaler finanzieller Fehler erscheint.“

Die „St. Pet. Wed.“ betonten nicht nur wiederholt die durch den Zollkrieg noch verschlimmerte traurige Lage der Landwirtschaft und die geringe Leistungsfähigkeit der russischen Industrie, sondern wiesen auch darauf hin, dass letztere selbst auf ausländische Produkte angewiesen seien, und dass daher eine jede Erschwerung der Einfuhrbedingungen auf die inländische Industrie schädlich zurückwirken müsse.

Die „Nedelja“ brachte unter anderm einen Artikel, der gegen die „chinesische Mauer“ ankämpfte, die Russland auf wirtschaftlichem Gebiet vom übrigen Europa trennt. „Der absurde Gedanke, die chinesische Mauer noch zu verstärken, wie dies jüngst in der Gesellschaft zur Förderung der russischen Industrie geschah, zählt nicht wenig Anhänger, ja ist in der letzten Zeit sogar zur Losung unseres nationalen Lebens geworden. Die ‚chinesische Mauer‘ ist kein Traumbild, an ihre Verwirklichung haben sich schon lange viele Russen gemacht, einige sogar mit einem Flammeneifer: wir brauchen nur an die Verstorbenen, Danilewski, Leontjew, Katkow u. a. zu erinnern, die ganze philosophische Systeme zur Verteidigung unsrer nationalen Abgeschlossenheit aufbauten. ‚Die Existenz der westeuropäischen Staaten zu vergessen‘, ist ein sehr alter und nicht allein von einzelnen Personen, sondern auch von ganzen Gesellschaften, von einer besondern Litteratur und einer besondern periodischen Presse wiederholt ausgesprochener Rat.

Einen ungünstigern Anlass zur Verteidigung dieser Isolierung zu wählen, als den Zollkrieg, dürfte aber wirklich schwer fallen, denn in kommerzieller Beziehung ist unsre Abgeschlossenheit am wenigsten möglich. Und wenn wir auch die ‚Existenz‘ der westlichen Staaten vergessen, so ist es noch eine grosse Frage, ob sie auch darauf eingehen, uns zu vergessen. Europa verhält sich gewöhnlich anfangs gleichgültig, wenn aber die Idee Gestalt anzu-

nehmen beginnt, hört diese Gleichgültigkeit auf und macht Aeusserungen der Sympathie oder Antipathie gegen den betreffenden Staat Platz; so gewannen uns die Emanzipation der Bauern, die Reformen der sechziger Jahre und die Entwickelung der russischen Litteratur die Sympathien der ganzen Welt, während dagegen Erscheinungen andrer Art uns gegenüber auch ganz andre, entgegengesetzte Gefühle wachrufen. Obwohl aber derartige Gefühlsäusserungen bisweilen einen wichtigen politischen Faktor abgeben, so führen sie doch nur sehr selten zu einer unmittelbaren Einmischung Europas in das Leben der abgeschlossenen Länder; es duldet gern die Existenz mittelasiatischer oder mittelafrikanischer Tyranneien. Hoch entwickelte Kulturstaaten erkennen sogar solche Herrscher wie Behanzin an, welche täglich ihre Unterthanen schlachten. In dieser Beziehung wird die ‚chinesische Mauer' von Europa streng respektiert. Doch giebt es ein Gebiet, wo die Geduld Europas aufhört und wo es den Gedanken an eine Isoliertheit oder Abgeschlossenheit nicht zulässt und dieses Gebiet ist der Handel. Man kann seine Thür dem europäischen Missionär, dem Vertreter der Wissenschaft, der Kunst, der Philosophie u. s. w. verschliessen — dem Kaufmann aber die Thür zu verschliessen, erlaubt Europa nicht. Es wird Armeen und Flotten ausrüsten und Ströme von Blut vergiessen, nur um seine Waren über die ‚chinesische Mauer' zu führen . . ."

Die im vorstehenden Artikel erwähnte Gesellschaft zur Förderung des russischen Handels und der russischen Industrie, die, wie schon oben bemerkt, unter der Leitung des berüchtigten Grafen Ignatjew steht und sich aus dementsprechenden Elementen zusammensetzt, hatte eine Petition an die Regierung gerichtet, in welcher dieselbe Isolierung von Europa in ökonomischer Hinsicht verlangt wurde, wie sie bereits seit dem Berliner Kongress auf politischem Gebiete besteht. Die Debatten waren übrigens so chauvinistisch gehalten, dass die Beschlüsse bei fast allen Blättern Opposition fanden. Man schien dies auch im voraus befürchtet zu haben, denn auf der betreffenden Sitzung wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, den Beschluss möglichst schnell zu veröffentlichen, „damit die Presse nicht den Einfluss desselben paralysieren könne." Am besten wird vielleicht die Stellung der russischen Presse und Monatsschriften während des Zollkrieges durch eine Charakteristik beleuchtet, welche die „Moskauer Z." damals entwarf. Es ist dies eine Auslassung des nationalistischen Historikers Professor Ilowaiski, die zusammen mit einigen treffenden Bemerkungen der „St. Pet. Wed." wiedergegeben sei. Dieses letztere Blatt referierte: Professor Dr. J. Ilowaiski konstatiert mit Kummer die unzweifelhafte Thatsache, dass seine eigenartigen politischen Anschauungen nur von einer sehr kleinen Zahl seiner Kollegen auf dem Gebiet der Wissenschaft geteilt werden. Die russischen Professorenkreise betrüben unsern Historiker tief. Zum Beispiel: Der „Westnik Jewropy" wird herausgegeben und redigiert von Hrn. Stassulewitsch, ehemaligem Professor der allgemeinen Geschichte an der St. Petersburger Universität. Und der „Ssewerny Westnik" — ebenfalls ein „antinationales" Organ — wird bekanntlich von der Familie des Hrn. Gurewitsch herausgegeben, der, wenn wir nicht irren, die Stellung eines Privatdozenten der allgemeinen Geschichte an der St. Petersburger Universität einnimmt. Mit den Zeitungen steht es noch schlimmer: „Wenn wir uns," sagt Hr. Ilowaiski, „denjenigen Organen der eigentlichen Tagespresse zuwenden, welche gegenwärtig den Deutschen (!) in dem wirtschaftlichen Kampfe mit Russland besonders ergeben sind, so beobachten wir die bemerkenswerte Erscheinung, dass es russische Professoren von nicht nur antinationaler (?), sondern auch von offen antiwissenschaftlicher Richtung giebt. So zum Beispiel: in St. Petersburg die „St. Peterburgskija Wedomosti" (die russische St. Pet. Z.), die von Herrn Awssejenko, dem ehemaligen Professor der allgemeinen Geschichte an der Universität Kiew, redigiert werden; in Moskau „Russkija Wedomosti", die unter naher Beteiligung ehemaliger und jetziger Professoren, besonders von Nationalökonomen, redigiert wird und sogar die Bezeichnung „Professoren-Blatt" führt; in Kiew der „Kiewljanin", der von Herrn Pichno, ebenfalls einem dortigen Professor der Nationalökonomie, redigiert wird. „Für dieses Mal," warnt Herr Ilowaiski, „weise ich nur auf diejenigen Blätter hin, die mehr oder weniger eng mit dem Professorenstande in Verbindung stehen, und übergehe die anderen antinationalen Organe, die besonders in St. Petersburg sehr zahlreich sind." — Dieses ist jedoch — so fahren die „St. Pet. Wed." in ihrem Referat fort — noch nicht der ganze „Bericht" des Herrn Ilowaiski an das Censur-Ressort: „Ausser den genannten Herausgebern und Professoren könnte ich noch mehrere Professoren der allgemeinen Geschichte angeben, welche in der Presse ihrem naiven Erstaunen darüber Ausdruck verleihen, dass zu Ende des 19. Jahrhunderts der Protektionismus noch immer existiert." — „Avis au professeurs" — schliessen die „St. Pet. Wed." ihr Referat. „Aber hat Herr Ilowaiski gar nicht daran gedacht, dass sein „Bericht" geeignet ist, einen ganz andern Eindruck als den vom Autor gewünschten hervorzubringen? „Welch gute Gesellschaft!" wird der Leser vielleicht sagen, wenn er die in der Litteratur gut bekannten Namen liest."

nehmen beginnt, hört diese Gleichgültigkeit auf und macht Aeusserungen der Sympathie oder Antipathie gegen den betreffenden Staat Platz; so gewannen uns die Emanzipation der Bauern, die Reformen der sechziger Jahre und die Entwickelung der russischen Litteratur die Sympathien der ganzen Welt, während dagegen Erscheinungen andrer Art uns gegenüber auch ganz andre, entgegengesetzte Gefühle wachrufen. Obwohl aber derartige Gefühlsäusserungen bisweilen einen wichtigen politischen Faktor abgeben, so führen sie doch nur sehr selten zu einer unmittelbaren Einmischung Europas in das Leben der abgeschlossenen Länder; es duldet gern die Existenz mittelasiatischer oder mittelafrikanischer Tyranneien. Hoch entwickelte Kulturstaaten erkennen sogar solche Herrscher wie Behanzin an, welche täglich ihre Unterthanen schlachten. In dieser Beziehung wird die ‚chinesische Mauer' von Europa streng respektiert. Doch giebt es ein Gebiet, wo die Geduld Europas aufhört und wo es den Gedanken an eine Isoliertheit oder Abgeschlossenheit nicht zulässt und dieses Gebiet ist der Handel. Man kann seine Thür dem europäischen Missionär, dem Vertreter der Wissenschaft, der Kunst, der Philosophie u. s. w. verschliessen — dem Kaufmann aber die Thür zu verschliessen, erlaubt Europa nicht. Es wird Armeen und Flotten ausrüsten und Ströme von Blut vergiessen, nur um seine Waren über die ‚chinesische Mauer' zu führen . . ."

Die im vorstehenden Artikel erwähnte Gesellschaft zur Förderung des russischen Handels und der russischen Industrie, die, wie schon oben bemerkt, unter der Leitung des berüchtigten Grafen Ignatjew steht und sich aus dementsprechenden Elementen zusammensetzt, hatte eine Petition an die Regierung gerichtet, in welcher dieselbe Isolierung von Europa in ökonomischer Hinsicht verlangt wurde, wie sie bereits seit dem Berliner Kongress auf politischem Gebiete besteht. Die Debatten waren übrigens so chauvinistisch gehalten, dass die Beschlüsse bei fast allen Blättern Opposition fanden. Man schien dies auch im voraus befürchtet zu haben, denn auf der betreffenden Sitzung wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, den Beschluss möglichst schnell zu veröffentlichen, „damit die Presse nicht den Einfluss desselben paralysieren könne." Am besten wird vielleicht die Stellung der russischen Presse und Monatsschriften während des Zollkrieges durch eine Charakteristik beleuchtet, welche die „Moskauer Z." damals entwarf. Es ist dies eine Auslassung des nationalistischen Historikers Professor Ilowaiski, die zusammen mit einigen treffenden Bemerkungen der „St. Pet. Wed." wiedergegeben sei. Dieses letztere Blatt referierte: Professor Dr. J. Ilowaiski konstatiert mit Kummer die unzweifelhafte Thatsache, dass seine eigenartigen politischen Anschauungen nur von einer sehr kleinen Zahl seiner Kollegen auf dem Gebiet der Wissenschaft geteilt werden. Die russischen Professorenkreise betrüben unsern Historiker tief. Zum Beispiel: Der „Westnik Jewropy" wird herausgegeben und redigiert von Hrn. Stassulewitsch, ehemaligem Professor der allgemeinen Geschichte an der St. Petersburger Universität. Und der „Ssewerny Westnik" — ebenfalls ein „antinationales" Organ — wird bekanntlich von der Familie des Hrn. Gurewitsch herausgegeben, der, wenn wir nicht irren, die Stellung eines Privatdozenten der allgemeinen Geschichte an der St. Petersburger Universität einnimmt. Mit den Zeitungen steht es noch schlimmer: „Wenn wir uns," sagt Hr. Ilowaiski, „denjenigen Organen der eigentlichen Tagespresse zuwenden, welche gegenwärtig den Deutschen (!) in dem wirtschaftlichen Kampfe mit Russland besonders ergeben sind, so beobachten wir die bemerkenswerte Erscheinung, dass es russische Professoren von nicht nur antinationaler (?), sondern auch von offen antiwissenschaftlicher Richtung giebt. So zum Beispiel: in St. Petersburg die „St. Peterburgskija Wedomosti" (die russische St. Pet. Z.), die von Herrn Awssejenko, dem ehemaligen Professor der allgemeinen Geschichte an der Universität Kiew, redigiert werden; in Moskau „Russkija Wedomosti", die unter naher Beteiligung ehemaliger und jetziger Professoren, besonders von Nationalökonomen, redigiert wird und sogar die Bezeichnung „Professoren-Blatt" führt; in Kiew der „Kiewljanin", der von Herrn Pichno, ebenfalls einem dortigen Professor der Nationalökonomie, redigiert wird. „Für dieses Mal," warnt Herr Ilowaiski, „weise ich nur auf diejenigen Blätter hin, die mehr oder weniger eng mit dem Professorenstande in Verbindung stehen, und übergehe die anderen antinationalen Organe, die besonders in St. Petersburg sehr zahlreich sind." — Dieses ist jedoch — so fahren die „St. Pet. Wed." in ihrem Referat fort — noch nicht der ganze „Bericht" des Herrn Ilowaiski an das Censur-Ressort: „Ausser den genannten Herausgebern und Professoren könnte ich noch mehrere Professoren der allgemeinen Geschichte angeben, welche in der Presse ihrem naiven Erstaunen darüber Ausdruck verleihen, dass zu Ende des 19. Jahrhunderts der Protektionismus noch immer existiert." — „Avis au professeurs" — schliessen die „St. Pet. Wed." ihr Referat. „Aber hat Herr Ilowaiski gar nicht daran gedacht, dass sein „Bericht" geeignet ist, einen ganz andern Eindruck als den vom Autor gewünschten hervorzubringen? „Welch gute Gesellschaft!" wird der Leser vielleicht sagen, wenn er die in der Litteratur gut bekannten Namen liest."

* * *

Von nicht geringem Interesse ist auch die Stellung gegenüber dem Handelsvertrage selbst: dass der Finanzminister in dem Handelsvertrag mit Deutschland doch immerhin einen Erfolg errungen, wurde völlig ignoriert; statt dessen warf man ihm vor, dass er nicht grössere Konzessionen gemacht. So schrieben die „Russkija Wed.": „Deutschland ist nicht ein Vasallenstaat Russlands, sondern ein selbständiger mächtiger Staat. Wenn es sich entschliesst, Russland eine Ermässigung seiner Getreidezölle um 30 Proz. zu gewähren, so kann und muss es auch auf Konzessionen von unserer Seite rechnen. Jeder nüchtern Urteilende muss nach einer Prüfung der Bedingungen des Abkommens zugestehen, dass die Zollermässigungen, die von Russland zugestanden werden, sehr massvolle sind."

In einem anderen Artikel desselben Blattes heisst es: „Wer nicht jede auch noch so geringe Zollherabsetzung als ein Opfer betrachtet, der wäre wohl viel weiter gegangen als die von uns gemachten Zugeständnisse, z. B. in Bezug auf landwirtschaftliche Maschinen, deren Majorität doch immer noch aus dem Auslande eingeführt wird, oder in Bezug auf Sicheln, Sensen u. s. w., die, ebenfalls nach den Angaben des Professors Mendelejew, im ganzen für nicht mehr als 13 Proz. des Gesamtbedarfs produziert werden. Wir hätten diese Posten gern geopfert und natürlich nicht im Interesse der Deutschen, sondern unserer eigenen Konsumenten."

In einem dritten Artikel erklärt das Moskauer Blatt: „Es wäre im höchsten Grade fehlerhaft, wollte man die einzelnen Stimmen von Vertretern der eigenen Geldschrankinteressen und ihrer wenigen Nachbeter in der Presse mit der Stimme der gesamten russischen Industrie verwechseln oder gar mit der Stimme des ganzen Landes. Das ganze Land wird freier aufatmen nach Abschliessung des Vertrages, schon darum, weil nunmehr der Zollkrieg dem Frieden Platz macht, der im Interesse regelrechten Ganges und segensreicher Entwickelung von Handelsbeziehungen so ungemein notwendig ist."

Der „Kiewljanin" äusserte seine Befriedigung über die Beilegung des Zollzwistes und sprach die Hoffnung aus, dass nach Ablauf der 10jährigen Frist der Protektionismus so weit diskreditiert sein würde, dass dann alle Staaten, ohne erst in Handelsvertragsunterhandlungen einzutreten, zu weit niedrigeren Zollsätzen als den gegenwärtigen greifen würden.

Die „Russkaja Shisn" brachte eine eingehende Erörterung des Vertrages aus der Idee des Nationalökonomen Professors Issajew und fügte selbst unter anderen folgende Bemerkungen hinzu: „Mit unseren hohen Zollsätzen führen wir Krieg gegen unseren eigenen Wohlstand. Jede Ermässigung ist eine Konzession an die Forderungen des gesunden Menschenverstandes. Es ist endlich Zeit, den mit russischen Mitteln geführten Krieg gegen russische Interessen zu beendigen."

Dasselbe Blatt bedauerte ferner, dass während des Zollkrieges die „Einbildung" von der russischen Stärke und Macht, und von der traurigen Lage der Deutschen in unseren Tagesblättern fortlaufend ihr Wesen getrieben, die Ansicht, dass „wir alles mit der Mütze zudecken könnten", und dass der Deutsche den „Zollkrieg nicht aushalten werde".

Das Urteil der Presse über den Zollvertrag charakterisiert die „Russkaja Shisn" in einem weiteren Artikel wie folgt: „Alle Blätter, mit Ausnahme derjenigen Organe, welche die Interessen der Kaufleute und Industriellen vertreten, finden bei der Prüfung des Vertrages, dass Russland sehr bedeutende Vorteile erlangt hat und zwar: 1) eine bedeutende Ermässigung der deutschen Zölle für unser Getreide sowie 2) eine im Verhältnis zu ihrer allgemeinen Höhe minimale Ermässigung unserer Zollsätze."

Mit besonderer Befriedigung wurde die Erklärung des Finanzministers verwertet, dass es in den Unterhandlungen gelungen sei, nur den „Ueberschuss an Protektionismus" abzulassen. So schreiben u. a. die „St. Pet. Wed.": „Seiner Zeit hiess es, dass bei der Ausarbeitung des Tarifs von 1891 das notwendige Mass des Zollschutzes für die einzelnen einheimischen Industriezweige mit der Genauigkeit von Apothekerwagen bestimmt worden sei, wobei ein ganzes Heer von Spezialisten, mit dem berühmten Chemiker Professor Mendelejew an der Spitze, mitwirkte. Jetzt stellt es sich jedoch heraus, dass die Zölle damals sehr reichlich bemessen worden sind und dass man auf Kosten dieses Ueberschusses, ohne jede Einbusse für den Protektionismus, auch die Zugeständnisse gemacht hat. . .

Es ist wohl kaum notwendig, die schädliche Bedeutung eines Zuviel an Protektionismus zu beweisen, dessen Vorhandensein gegenwärtig auch von dem offiziellen Organ unseres Finanzministeriums, dem „Westn. Fin." anerkannt wird. Von einigen Zweigen der Industrie wird direkt erklärt, dass betreffs derselben infolge verschiedener Faktoren für einen Schutzzoll „die Zeit noch nicht gekommen ist". In dieser Lage befindet sich hauptsächlich der einheimische Maschinenbau. Die russischen Fabriken werden nach Ansicht des „Westn. Fin." noch für lange Zeit hinaus nicht imstande sein, geeignete landwirtschaftliche und andere Maschinen herzustellen. Unter solchen Umständen wäre eine weitere Ermässigung der protektionistischen Zölle wünschenswert, und zwar nicht in der Form von

Konzessionen, sondern um der Interessen unserer eigenen Volkswirtschaft willen."

In gleicher Weise wurde von dem weiteren Inhalt des offiziellen Communiqués Akt genommen. Man that so, als ob der Finanzminister ausdrücklich zugestanden hätte, der russische Protektionismus habe schliesslich den Zollkrieg herbeigeführt. Die „St. Pet. Wed." äusserten hierbei sich u. a.: „In dem offiziellen Communiqué zum Abschluss des russisch-deutschen Handelsvertrages berührt jene Objektivität und sogar Offenheit angenehm, mit der vom Herrn Finanzminister die Umstände dargelegt werden, welche den letzten Zollkrieg vorbereitet haben. Unsere Quasi-Patrioten wälzten bekanntlich alle Verantwortung für die Verschlechterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Nachbarn auf Deutschland, das angeblich ohne jeden Anlass die Zölle auf russisches Getreide erhöht haben sollte. Einigermassen anders und bedeutend objektiver betrachtet der Herr Finanzminister die Geschichte dieser Beziehungen. . .

Somit hat S. J. Witte völlig recht, wenn er sagt, dass der erste entscheidende Schritt Deutschlands in Sachen der Einführung von Zöllen auf russisches Getreide in bedeutendem Grade veranlasst wurde „durch die Aenderung der Richtung unserer Zollpolitik", die natürlich die deutsche Industrie am meisten schädigte.

Man kann sich daher nur über den von uns charakterisierten Umschwung in den Anschauungen des Finanzressorts betreffs der Bedeutung der ultra-protektionistischen Politik freuen, die uns so viel Unannehmlichkeiten und direkten Schaden eingetragen hat.

Während der ganzen Dauer des Zollkrieges hat die liberale Presse *gegen* die Regierung Partei genommen und allein die russische Regierung, nicht Deutschland für den Krieg und dessen Folgen verantwortlich gemacht. Von einem Groll gegen Deutschland war während der ganzen Zeit nichts zu merken. Wenn daher der Finanzminister in der nationalistischen Presse von Zeit zu Zeit chauvinistische Drohungen veröffentlichte, so gab er damit in erster Linie seiner eigenen Stimmung Ausdruck, und wenn er nachher den Vertrag als ein Unterpfand für die Besserung der politischen Beziehungen feierte, so bezieht sich das ebenfalls in erster Linie auf die Regierungskreise. In der russischen Gesellschaft war man im allgemeinen durchaus nicht kriegerisch gesinnt und das wäre vielleicht auch dann nicht der Fall gewesen, wenn Russland im Zollkrieg eine offene Niederlage erlitten hätte; man hätte sich vielleicht auch in diesem Fall an die eigene Regierung gehalten, da mit deren Politik man ausdrücklich sich von vornherein *nicht* für solidarisch erklärt hatte.

Die Stellung, welche die Gesellschaft der Regierung gegenüber mehr und mehr einzunehmen beginnt, und die Hoffnungen, die aufs neue die Gesellschaft zu beseelen anfangen, werden vielleicht am besten durch folgende Sätze charakterisiert, die den Rückblicken zweier St. Petersburger Blätter auf das Jahr 1893 entnommen sind. Das eine Blatt schloss seinen Artikel mit folgendem Resumé:

„Der Inhalt des verflossenen Jahres hat nur in geringem Masse auf die Stimmung der Gesellschaft eingewirkt und trug zu einer Erhöhung des Tones derselben nicht bei. Sogar die Kundgebung der franko-russischen Sympathien trug einen theatralischen Charakter mit einer bedeutenden Dosis künstlich gemachten Zeitungslärms. Andererseits trugen alle gesetzgeberischen Akte und Unternehmen des verflossenen Jahres, trotz der grossen Bedeutung vieler derselben, einen *ausschliesslich geschäftlichen Charakter* und entbehrten einer prinzipiellen Bedeutung, welche einen Umschwung auf einem der Gebiete unserer sogen. *inneren Taktik* in sich schlösse."

Ein anderes Blatt äussert sich noch offener: „Abermals ist ein Jahr vergangen ohne Freude und ohne Belebung. Die üblichen Glückwünsche zum neuen Jahr haben sich nicht erfüllt. Das Volk hat gedarbt unter den Folgen der Missernte, das Leben ist noch teurer geworden, der Gedanke ist ohnmächtig erstarrt. . . . Die ältere Generation gedenkt früherer Jahre, sie gedenkt jenes Lebens, das sich nach langer Lethargie entfaltete, das den Gedanken weckte, Ideen erzeugte und jenes Glück schuf, das allein ein „öffentliches" Leben zu gewähren vermag. Die heutigen Väter tranken in ihrer Jugend auf die neugeborene öffentliche Meinung, auf die Freiheit der Presse, auf das Geschworenengericht, auf die allgemeine Wehrpflicht, auf eine freie Bauernschaft und auf all das, was die unvergesslichen Schöpfer jener Epoche dem Lande verliehen. Während *einer* Generation können diese glücklichen Jahre nicht vergessen werden!"

In der russischen Gesellschaft beginnt die Devise „Zar, Orthodoxie, Nationalität", die man sich freiwillig erwählt oder unter dem Einfluss der Verhältnisse acceptiert hatte, ihren Nimbus zu verlieren; in bewusster Opposition gegen das herrschende System knüpft man an die liberalen Bestrebungen unter Alexander II. an. Je strenger und konsequenter das System aufrecht erhalten wird, desto mehr wird allem Anscheine nach die Bewegung zunehmen und jeder Misserfolg der Regierung wird jener neue Kraft zuführen.

Es mögen zeitweilige Rückschläge eintreten, aber wie es scheint, hat der Liberalismus die Zukunft für sich. Allerdings ist die Mög-

lichkeit nicht ausgeschlossen, dass er in absehbarer Zeit nicht zur Herrschaft gelangt, indem ausserordentliche Ereignisse dazwischen treten, z. B. wenn das Unwahrscheinliche sich ereignen und die gegenwärtige Regierung einen Aufschwung auf allen Gebieten, vor allem auf dem wirtschaftlichen, herbeiführen sollte, oder wenn es durch einen erfolgreichen Eroberungskrieg das Land beschäftigt und dem Nationalismus neue Nahrung zuführt.

Die Regierung könnte gegenwärtig der aufkommenden Bewegung die Spitze abbrechen, indem sie die Führung übernimmt und eine liberale Richtung einschlägt. Bis jetzt liegt aber auch nicht das leiseste Anzeichen dafür vor, dass man von dem bisherigen System abzugehen gedenkt; im Gegenteil scheint eher eine noch konsequentere Handhabung desselben in Aussicht zu stehen. Man ist eben der Ueberzeugung, dass die bisherige Regierung eine „glückliche“ gewesen ist und dass man nur so fortzufahren brauche, um alles zum glücklichen Ende zu führen. Allem Anschein nach wird die Gesellschaft sich fügen, wie sie sich auch unter Kaiser Nikolai, gelähmt unter dem eisernen Druck, gefügt hat und auch fügen musste: vielleicht dass der Nihilismus wieder an Kraft gewinnt. Nur nach einem unglücklichen Kriege würde der Wunsch nach einem Umschwung wohl zu so lebhaftem Ausdruck gelangen, dass die Regierung vielleicht nachgeben würde. Im übrigen hofft man auf die Zukunft und setzt voraus, dass das gegenwärtige Regime seine Hauptrepräsentanten nicht überleben werde.

In mancher Hinsicht wäre vielleicht auch eine längere Dauer des gegenwärtigen Regimes von Nutzen; die Gesellschaft hätte gründliche Gelegenheit sich der eigenen Mängel und Schäden bewusst zu werden; etwas anderes wäre es, wenn ein Krieg die Erfahrungen langer Jahre ersetzte. In liberalen Kreisen scheint man der Ueberzeugung zu sein, dass man aus der gegenwärtigen Periode bereits genug gelernt habe und ebenso die Erfahrungen der vorhergegangenen Periode zu verwerten verstehe. Ein liberales Blatt deutete es in einem Artikel an, der unter anderem folgende Sätze enthält:

„Der Ideenkampf der 40er, 50er und 60er Jahre gehört bereits der Geschichte an und diese hat von beiden Teilen das Gute genommen, so dass die junge Generation unbewusst das gemeinsame Gute empfangen hat. Dieses Gute der Geschichte und die Thatsache, dass das neue Russland mit ihm genährt ist, gestatten nicht mehr einen Rückfall, sondern nur ein Fortschreiten zur Aufklärung.“

Eine längere Dauer des gegenwärtigen Regimes wäre gerade für die Diskreditierung der ultranationalen Richtung von Wert. Wenn der Russe auch gerade auf diesem Gebiete eine ihm sonst

nicht eigene ausserordentliche Stetigkeit an den Tag legen sollte — was zur Zeit nicht wahrscheinlich ist — so würde doch der Nationalismus als Zeichen der reaktionären Regierung die Opposition herausfordern, wie das bereits gegenwärtig der Fall ist. Das Unfruchtbare, Fortschrittsfeindliche, Inhumane der Richtung wird durch das gegenwärtige System zum Bewusstsein gebracht. Der Liberale fühlt bereits eine gewisse Sympathie mit den vergewaltigten Nationalitäten und erblickt in ihnen mitunter Leidensgenossen. Eine Reaktion wird schliesslich auch dadurch herausgefordert, dass man das, was man früher *freiwillig* war, nämlich ultranational, jetzt sein *muss*, oder dass man wenigstens äusserlich mithalten muss. Der Ultranationalismus auf allen Gebieten wird dadurch dem Russen verleidet, wie er denn auch sehr bald dadurch noch mehr verflacht ist, dass er zur offiziellen Strömung erhoben worden ist.

Von Einfluss würde dabei allerdings sein, ob die Nationalitätsfrage in Westeuropa mehr in den Vordergrund tritt oder sich noch verschärft. Ebenso wäre das Verhalten des Auslandes zu Russland von Bedeutung; die russische Gesellschaft zeigt gegenwärtig eine grössere Zurückhaltung den Nachbarstaaten gegenüber und wird allem Anscheine nach mit der Zeit einen noch friedlicheren Ton anschlagen — selbstredend unter der Voraussetzung, dass nicht ernste Interessen, wie z. B. die russischen Interessen am Bosporus, gefährdet erscheinen. In liberalen Kreisen setzt man allerdings hie und da seine Hoffnungen auf einen Krieg, um aus der gegenwärtigen Situation herauszukommen, aber die liberale Presse hetzt, mit *einer* Ausnahme, thatsächlich *nicht* zum Kriege. Möglich sogar, dass ein unglücklicher Krieg unter Umständen eine russische Revancheidee nicht zur Folge hätte, namentlich wenn der Ausbruch desselben der Regierung zur Last gelegt werden kann. Auch der Krimkrieg, als Krieg des Regimes, hatte keine solche zur Folge.

Ausblick in die Zukunft.

Russland schwebt gleichsam auf der Grenze zwischen Europa und Asien und unter der derzeitigen Regierung neigt es sich mehr nach Asien zu. Wenn auf die gegenwärtige reaktionäre Periode in derselben Weise eine fortschrittliche folgt, wie das nach Kaiser

Nikolai der Fall war, dann ist das Land vielleicht im stande, sich soweit Westeuropa zu nähern, dass es für immer zu ihm gehört. Anfänge und Anläufe dazu sind auf allen Gebieten vorhanden und bei dem schnelleren Tempo, das in der Jetztzeit eine jede Entwickelung einschlägt, ist solch ein Fortschritt nicht ganz unwahrscheinlich. Macht aber Russland während einer Periode neuen Aufschwunges derartige Fortschritte, dass es völlig unter die modernen Kulturvölker eingereiht werden darf, dann ist zu hoffen, dass nicht nur eine jede Reaktion mildere und ungefährlichere Formen annehmen wird, sondern dass auch das nationale Element sich nicht mehr in so schrankenloser Weise vordrängen wird, wie das gegenwärtig der Fall ist; dann würden schon innere Aufgaben und das weite Thätigkeitsgebiet im Osten den Russen zu sehr in Anspruch nehmen.

Eine mitunter, z. B. von Victor Helm in seiner nachgelassenen Schrift „De moribus Ruthenorum" vertretene Anschauung geht dahin, dass die Russen nun einmal eine Nationalität repräsentieren, deren Kulturfähigkeit bestimmte Grenzen hat, oder dass Russland gar „seit Rurik's Zeiten stetig zurückgegangen sei" — eine Anschauung, die in den während des letzten Decenniums eingerissenen Zuständen eine neue Stütze gefunden zu haben scheint.

Der Pessimismus gegenüber Russland ist vor allen Dingen darauf zurückzuführen, dass man die Geschichte des Landes zu wenig berücksichtigt und alle Verhältnisse zu sehr nach westeuropäischem Masse misst. Russland muss vor allem mit sich selbst, d. h. mit seinen Zuständen vor einem Menschenalter verglichen werden — will man Westeuropa heranziehen, so können höchstens die Zustände, wie sie vor 100 oder 50 Jahren bestanden, als Massstab genommen werden. Die Kultur ist in Europa von Süden und Westen nach Norden und Osten vorgeschritten, vor Russland hat sie lange Zeit Halt machen müssen, einerseits weil die Unterwerfung unter das Mongolenjoch das Land um Jahrhunderte zurückgehalten und von Europa getrennt hat, andrerseits weil die geographische Lage, die das Reich mehr zu Asien als zu Europa gehören liess, die Beziehungen zum Westen erschwerte. Die mit der europäischen Kultur über Byzanz angeknüpfte Verbindung wurde zudem früh unterbrochen und Jahrhunderte hindurch ist Russland in langen Kämpfen um seine Existenz gegen äussere Feinde auf sich allein angewiesen gewesen, bis es sich endlich nach Europa zu Bahn brechen konnte. Dass bei einer solchen Vergangenheit und einer solchen Abgeschlossenheit sich Zustände und Charaktereigenschaften herausbilden mussten, die nur allmählich reformiert und geändert werden können, ist nur natürlich.

Man braucht übrigens nur die modernen russischen Dichter zu

lesen, um ein Verständnis für die Entstehung gewisser Mängel des Russen der höheren Stände zu gewinnen. So ersetzt Gontscharow in dem „Traum Oblomows" ganze Bände von Kulturgeschichte und Geschichte; er vergegenwärtigt das sorglose Stillleben, das der russische Edelmann in seiner abgeschlossenen Tiefebene geführt hat, und zeigt, warum der gebildete Russe noch verhältnismässig wenig Ausdauer, Neigung zu ernster Arbeit und Befähigung für praktische Aufgaben, dafür aber Indolenz und Leichtsinn besitzt.

Es wird dem modernen Russen nicht selten der schwere Vorwurf gemacht, dass ihm jedes Rechtsgefühl und jeder Sinn für Sittlichkeit abgehe, dass in Russland gleichsam keine Familie existiere, u. s. w. Es ist nun allerdings zuzugeben, dass manches an gewisse Eigenheiten im Reich des „kranken Mannes" erinnert, aber es wäre geradezu ein Wunder, wenn es anders wäre. Das Mongolenjoch und die Autokratie des Zaren, deren allmähliche Entwickelung durch dieses Joch begünstigt wurde, ferner das durch die Autokratie bedingte Satrapensystem und schliesslich die Leibeigenschaft standen der Ausbildung des Rechtsgefühls entgegen. Gerade die Naivität, mit der sich die Korruption äussert, lässt eine Aussicht auf Besserung zu; im Grunde genommen liegt auch weniger Korruption, d. h. Verderbtheit ehemals besserer Sitten, vor, als vielmehr eine niedrige Entwickelungsstufe, die erst überwunden werden muss. Was speziell die laxe Auffassung von Ehe und sexueller Moral betrifft, so darf gerade hier der Einfluss der erst vor drei Decennien aufgehobenen Leibeigenschaft nicht vergessen werden. In sexuellen Beziehungen ist man in Russland noch von der Naivität und Natürlichkeit eines Naturvolkes, und wenn die Theorie der freien Liebe dort warme Anhänger findet, so ist das, abgesehen von der Vorliebe des Russen fürs Allermodernste, nicht so sehr fin de siècle, als der Nachklang noch nicht überwundener Zustände aus der Vergangenheit. Im übrigen predigen die Besten der Nation, so die ersten russischen Dichter, Grundsätze, welche sich von den in West-Europa geltenden durch nichts unterscheiden. Es wird sich ja allerdings schwer die Grenze bestimmen lassen, wo das spezifische Nationale des Charakters aufhört, und wo die Einwirkung von Zuständen und Verhältnissen beginnt, die vorübergehender Natur sein können.

Dass der Russe aber einer gründlichen Wandlung fähig ist, geht schon aus der Thatsache hervor, dass er, in der Jugend unter andere Verhältnisse, z. B. unter deutsche, versetzt, sich von der höhern Kultur nicht selten bis zu dem Grade modeln lässt, dass er von seiner Umgebung in nichts mehr zu unterscheiden ist. Da andrerseits der Deutsche im Innern Russlands sehr häufig schon in der

zweiten Generation in allem und jedem Russe wird, so ist der Schluss wohl berechtigt, dass die Verhältnisse zum grössten Teil die Schuld tragen, dass der Russe gegenwärtig noch das ist, was er ist, dass er sich aber gleichzeitig mit den Verhältnissen ändern kann. Dass die Zustände sich bereits wesentlich geändert haben, ist unbestreitbar. Vieles und Wesentliches von den Verhältnissen und Formen, denen der moderne Russe die Entstehung vieler seiner Schwächen verdankt, gehört bereits der Vergangenheit an. Durch die Reformen Alexanders II. sind in drei Decennien auf fast allen Gebieten Fortschritte gemacht worden, welche durchaus für die Leistungsfähigkeit des Russen sprechen.

Wie traurig auch die Dinge gegenwärtig liegen mögen, gegen früher ist ein bedeutender Fortschritt ganz unleugbar vorhanden und damit eine Grundlage für die Weiterentwickelung geschaffen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist, dass Russland seit Nikolai einen gebildeten Mittelstand neben dem Adel herausgebildet hat: es besitzt gegenwärtig Justizbeamte und einen Lehrerstand mit Universitätsbildung, es besitzt Aerzte, Ingenieure u. s. w., wenngleich sie an Qualität und Quantität noch hinter dem Westen zurückbleiben. Dass es sich dabei nicht um äussern Schliff allein oder etwa um blosse Nachahmung und Aneignung fremder Kultur handelt, sondern dass der Russe auch fähig ist, auf der einmal übernommenen Basis produktiv zu schaffen und in ernster Arbeit Tüchtiges zu leisten, das lehrt die allerdings noch nicht grosse Zahl von Gelehrten, die europäischen Ruf geniessen, die zahlreichen russischen Dichter, die mit Recht den besten anderer Völker an die Seite gestellt werden, sowie die Zahl derjenigen russischen Künstler, die auch im Westen anerkannt werden. Die Existenz des gebildeten Mittelstandes, der sich stetig vergrössert, gewährleistet für die Zukunft eine tüchtigere Selbstverwaltung und ein besseres Beamtentum. Gerade von den Universitäten geht ein ausserordentlich bedeutungsvoller Einfluss aus: so radikal man dort einerseits ist, ebensosehr wird dort andererseits durch die Willkür und die Unterdrückung eine Opposition gegen den Geist des Beamtentums und ein gewisser point d'honneur entwickelt, der sich auch nachher im praktischen Beruf bethätigt; ein Vergleich zwischen sonstigen Beamten und Beamten mit Universitätsbildung fällt sehr zu Gunsten der letztern aus. Nur in einigen Berufszweigen macht sich dieser Einfluss weniger geltend, so bei den Ingenieuren und Forstbeamten, die grösseren Versuchungen ausgesetzt sind und daher bei Krons-Bauten und -Lieferungen an den alten Traditionen mit einer dem Russen sonst nicht eigenen Pietät festhalten. Innerhalb des gebildeten Mittelstandes hat man auch bereits zu arbeiten gelernt und wird von seinem Beruf weit mehr in Anspruch genommen, als es früher der Fall war.

Einiges Bedenken könnten die gegenwärtigen politischen Zustände erregen, wenn man sie von dem Standpunkt aus beurteilt, dass jedes Land die Regierung hat, die es verdient. Man darf aber nicht vergessen, dass analoge Zustände noch bis 1848 in fast ganz Westeuropa geherrscht haben: unter dem deutschen Bund war man kaum weniger freiheits- und bildungsfeindlich und Aufhebungen, Unterdrückung und Verfolgung, Spionage, Censur u. s. w. herrschten damals in kaum geringerem Masse. Für Russland kommt hier in Betracht, dass das gegenwärtige Regime in gemässigterem Grade reaktionär und barbarisch ist, als das Nikolai'sche. — Als trostlos sind ohne Zweifel die agraren Verhältnisse zu bezeichnen, die einen wirtschaftlichen Fortschritt und zugleich auch jeden Kulturfortschritt der grossen Masse zur Zeit so gut wie unmöglich machen. In jedem Fall aber beweist der russische Bauer ein erstaunliches Quantum an Zähigkeit, indem er unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt noch seine Existenz fristet.

Die Unbildung der grossen Masse ist allerdings noch durch einen mächtigen Faktor mitbedingt, nämlich durch die Orthodoxie und die Geistlichkeit des „heiligen Russland". Aber Religion und Priesterstand sind doch schliesslich auch von dem Kulturniveau der gebildeten Klassen abhängig und daher ist es durchaus nicht ausgesprochen, dass in Russland nicht mit der Zeit ein anderer Geist in die Orthodoxie einzieht. Es ist dabei gar nicht notwendig, dass eine radikale äussere Reformation durchgeführt wird, die Sache kann sich in Russland gleichsam von selbst machen, indem zuerst die Geistlichkeit eine allmähliche Wiedergeburt erfährt. Zu berücksichtigen ist, dass die Kirche im „heiligen Russland" nie eine Stellung eingenommen hat, wie die katholische Kirche im Westen, sondern stets in strengster Unterordnung unter den Staat gehalten worden ist; sie ist dadurch auch in ihrer Entwickelung in Zukunft vom Staat abhängig und vor einer rein geistlichen, herrschsüchtigen, reaktionären Leitung gesichert. Sodann aber ist die Weltgeistlichkeit, der gegenüber die Klostergeistlichkeit die verschwindende Minorität bildet, ganz anders gestellt als die katholische Geistlichkeit und nähert sich in manchem der protestantischen: die orthodoxen Weltgeistlichen sind verheiratet, stehen damit in der bürgerlichen Gesellschaft und sind nicht von allem losgelöst, wie der katholische Priester. Sie bilden keinen Stand, der sich über die andern stellt und sich im bürgerlichen Leben von ihnen isoliert: dank ihrer

untergeordneten sozialen Stellung prätendieren sie gar nicht etwas besonderes zu sein. Infolge dessen ist der orthodoxe Priester auch den Strömungen innerhalb der Gesellschaft zugänglich.

Unter dem gegenwärtigen reaktionären und bigotten Regime zeigt die Geistlichkeit allerdings Ueberhebung und Fanatismus, aber gerade dieser Einfluss beweist nur, in welchem Grade die Kirche von der Regierung und der Zeitströmung abhängig ist. Eine liberale Regierung würde auch auf die Geistlichkeit und den geistlichen Stand in hervorragender Weise einwirken können. Sie hätte zunächst die Ausbildung der Geistlichen in der Hand, indem sie sämtliche Posten in den geistlichen Lehranstalten mit aufgeklärten Persönlichkeiten besetzen und ebenso das Unterrichtsprogramm erweitern und vertiefen könnte. Ferner könnte die Regierung, von der die Besetzung aller geistlichen Aemter ausgeht, den einzelnen Geistlichen vor der Abhängigkeit von einer geistlichen Oberleitung, welche ein Interesse daran hätte, die Macht der Kirche zu verstärken, schützen und eine aufgeklärtere Richtung begünstigen und fördern. Die Klostergeistlichkeit, aus der die höheren Geistlichen ernannt werden, wäre allerdings zur Opposition geneigt, aber angesichts der historischen Abhängigkeit von der Regierung unfähig eine ecclesia militans zu begründen. — Von grosser Bedeutung wäre schliesslich die würdigere Gestaltung der materiellen Lage, der Geistlichen, namentlich aber der Dorfgeistlichen. Bisher hat der Staat jährlich etwa 6½ Mill. Rubel für den Unterhalt der Geistlichkeit verwandt, diese ganze Summe wird aber ausschliesslich in den Grenzgebieten, im Kaukasus und in Sibirien verteilt, wo die orthodoxe Propaganda betrieben wird, während die Geistlichen im eigentlichen Russland sich in unwürdigster Lage befinden. Erst seit dem Jahre 1893 hat die Regierung begonnen, auch für das Innere des Reichs eine Summe anzuweisen, die allmählich erhöht werden soll.

Die Bestrebungen einer liberalen Regierung würden in sehr erfolgreicher Weise durch eine liberale Gesellschaft gefördert werden. Eine interessante Thatsache ist, dass die Zöglinge der geistlichen Seminare ebenfalls ihr Kontingent zu den Anhängern der liberalen und radikalen Ideen stellen, und dass aus ihnen nicht wenige Nihilisten hervorgegangen sind. Infolge von Aufsässigkeit und Unruhen der Zöglinge sind noch im 1. Semester 1894 zwei geistliche Seminare geschlossen worden.

Wenn während einer liberalen Strömung dem Einfluss des Westens wieder Raum gegeben wird, dann ist auch anzunehmen, dass bei der allgemeinen Abhängigkeit Russlands vom Westen auch die theologische Wissenschaft Westeuropas mehr an Einfluss gewinnt

und auf religiösem Gebiet eine Reform unterstützt; der orthodoxe Geistliche ist in der freien Forschung bei weitem nicht in dem Masse eingeschränkt, wie der katholische. Mit der Zeit könnte, namentlich je mehr die gebildeten Schichten fortschreiten und das geistige und sittliche Niveau steigt, auch die Geistlichkeit fortschreiten, wie denn auch der Geistliche überhaupt schon gegenwärtig nicht mehr derart ungebildet ist, wie das noch vor einigen Decennien der Fall war.

Damit muss auch der Geist der herrschenden Religion, wenn schon die äusseren Formen bleiben, eine Vertiefung erfahren.

* * *

Alle inneren Verhältnisse könnten durch die gemeinsame Arbeit einer liberalen Regierung und fortschrittlichen Gesellschaft in die Bahn gesunder Entwickelung geleitet werden. Die Voraussetzung hierzu wäre eine Erweiterung der Selbstverwaltung und eine Decentralisation der Verwaltung in der Weise, dass bestimmte Gebiete in allen Zweigen der Verwaltung so weit als möglich selbstständige Organisation erhalten.

Wenn als Reaktion auf das gegenwärtige Bevormundungssystem und auf die Fernhaltung der Gesellschaft wiederum ein lebhafteres Interesse für die Selbstverwaltung erwacht, und wenn als Rückschlag auf die Anziehungskraft, welche gegenwärtig die Beamtencarriere ausübt, die freie und freiwillige Thätigkeit ausserhalb des Staatsdienstes aufs neue zu Ehren kommt, dann könnten ganz andere, dauernde Erfolge erzielt werden, als in den 60er und 70er Jahren. Es besteht in weit geringerem Masse als damals die Gefahr, dass der erste Eifer so bald abgekühlt wird und die Kräfte ziellos vergeudet werden. Einmal würde der Russe nicht mehr mit derart überschwänglichen Erwartungen an seine Aufgabe herantreten, wie damals, wo er ohne jeden Uebergang zum erstenmal in ein öffentliches Leben versetzt wurde und alle Zustände im Sturm umgestalten wollte. Dann aber hat die Gesellschaft immerhin eine gewisse Schulung in der Selbstverwaltung und wird nicht mehr ganz neuen Aufgaben gegenüber gestellt.

Sie hat jetzt auf politischem Gebiet gewisse Traditionen und Erfahrungen und besitzt somit eine Grundlage, die den Doktrinarismus einzuengen geeignet ist. Die Thätigkeit könnte sich daher bedeutend stetiger und fruchtbarer gestalten, als ehemals, und Gemeinsinn und Disziplin könnten sich günstiger entwickeln.

Eine Vorbedingung für eine solche Entwickelung und für einen

wirtschaftlichen Fortschritt wäre allerdings, dass der russische Grossgrundbesitzer, vor allem der Landadel, wieder auf dem Lande sesshaft wird.

Die Aussichten dafür scheinen gegenwärtig günstiger, als unter Alexander II., wo sich alles vereinigte, um den sogen. Absentismus der Gutsbesitzer zu begünstigen.

Der russische Adel ist von der Thätigkeit als Landwirt und von der Vertretung seiner Interessen zum teil künstlich abgezogen worden, nachdem er zuerst durch Peter den Grossen gewaltsam zum Staatsdienst gepresst worden war und ihn seitdem die Beamtencarriere und der Militärdienst in Anspruch nehmen.

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wurden in der ersten Begeisterung Versuche gemacht, die Landwirtschaft zu heben, sowie sich innerhalb der neuen Selbstverwaltung zu bethätigen.

Der Eifer für landwirtschaftliche Bestrebungen erkaltete jedoch sehr schnell — einerseits, weil man zu sehr in grossem Stil vorging und das Allermodernste auf die primitivsten Grundlagen aufpfropfen wollte, andrerseits, weil die agraren Verhältnisse und namentlich die Beziehungen des Adels zu dem Bauer so radikal umgestaltet worden waren, dass auch praktisch Beanlagte sich nicht leicht mit ihnen abfinden konnten. Der Aufenthalt auf dem Lande wurde schon dadurch den Gutsbesitzern verleidet. Dazu kam dann noch, dass bei der Ablösung des Bauerlandes dem Gutsbesitzer plötzlich grössere Kapitalien zuflossen und durch die Eröffnung besonderer Kreditinstitute zugleich die Verpfändung der Güter in unvermittelt leichter Weise ermöglicht wurde. Der Adel verliess daher seine Güter, um entweder der Anziehungskraft nachzugeben, welche das unter Nikolai verschlossene und nunmehr plötzlich geöffnete Ausland ausübte, oder um in den Staatsdienst zu treten. Die Güter wurden ihrem Schicksal, d. h. Aussaugung durch unfähige und eigennützige Verwalter, überlassen. Je mehr dann die Zerrüttung und Verschuldung des adeligen Grundbesitzes zunahm, um so mehr nahm der Adel zur Beamtencarriere seine Zuflucht.

Mit der Zeit können aber Verhältnisse eintreten, welche den Gutsbesitzer wieder aufs Land zurücktreiben: es hat sich bereits neben dem Adel ein gebildeter Mittelstand entwickelt und die Zahl der Personen mit Universitätsbildung aus anderen Bevölkerungsklassen wächst stetig; damit wird die Konkurrenz, die dem Adel auf allen Gebieten erwächst, immer grösser, und die Ueberfüllung der bisher bevorzugten Berufe könnte schliesslich dahin führen, dass auch in Russland die Landwirtschaft bei den Gutsbesitzern zu dem Range eines Berufs erhoben wird. Die einfache Notwendigkeit und die

Not müssten den Adel aufs Land zurückführen, oder seinen Besitz in andere Hände übergehen lassen.

Eine solche rückläufige Bewegung würde unter einem liberalen Regime vielleicht auch schon an sich eintreten, wenn aufs Neue ein allgemeiner Thätigkeitsdrang erwacht. Durch jenes Moment wird sie aber wesentlich unterstützt werden und sich nachhaltiger gestalten. Dazu kommt dann noch, dass der Gutsbesitzer nicht in völlig neue Verhältnisse gestellt wird, wie es unter Alexander II. der Fall war, ebensowenig wird er in demselben Grade versucht sein, ins Blaue hinein zu wirtschaften, denn so viel auch seit Aufhebung der Leibeigenschaft verwüstet und vernichtet worden ist, es giebt doch eine Anzahl von Gutsbesitzern, wenn auch nur eine geringe, die praktische Erfolge erzielt haben und als Vorbilder dienen können.

Unter der Einwirkung dieser Verhältnisse und unter dem Geist der Zeit könnte im adeligen Gutsbesitzer das Bewusstsein, als freier Mann auf freiem Grund zu stehen, an Reiz gewinnen und ihn wieder sesshaft machen. — Damit wäre nicht nur für die Selbstverwaltung, sondern auch für die bäuerliche Bevölkerung viel gewonnen, denn auch bei den besten Agrarreformen und bei grösstmöglicher Förderung der Volksbildung, würde der russische Bauer doch noch auf lange hinaus eines erzieherischen Einflusses und des Vorbildes des gebildeten Gutsbesitzers bedürfen.

Nicht nur in der Selbstverwaltung, sondern auch auf allen übrigen Gebieten könnte in einer fortschrittlichen Periode ein bedeutender Aufschwung eintreten. Das geistige Leben, das jetzt unter dem Einfluss des Regimes erstarrt und erstarren muss, würde sich wieder reger gestalten, die wissenschaftlichen Leistungen und die allgemeine Bildung an Tiefe gewinnen u. s. w. Der Unternehmungsgeist würde sich wieder regen, und auf dem Gebiete der Industrie könnten bei einem gemässigten Schutzzollsystem ganz andere Erfolge erzielt werden als gegenwärtig.

Den Beginn ihrer Thätigkeit würde eine liberale Regierung kaum anders als mit Gewährung einer Konstitution eröffnen können — andernfalls wäre die Regierung für den Russen keine liberale und ein wesentlicher Umschwung wäre in seinen Augen nicht eingetreten. Eine Beteiligung der Gesellschaft an der Gesetzgebung wird auch in solchen Kreisen für unerlässlich gehalten, die eher konservativ als liberal genannt werden können. Die Verleihung einer Konstitution wäre ein notwendiges Experiment, wenn auch immerhin ein solches, dessen Ausgang unsicher ist. Die Nachteile, die aus der Unreife der Gesellschaft erwachsen können, wären aber wohl das kleinere Uebel im Vergleich mit dem, was unter einem absoluten

Regiment möglich ist. Russland braucht durchaus ein Gegengewicht gegen den Bureaukratismus, und nirgendwo ist diejenige Oeffentlichkeit und Kritik, wie sie die parlamentarische Redefreiheit gewährleistet, mehr von nöten, als in Russland. Es muss ausserdem wenigstens die Möglichkeit geschaffen werden, dass Sachverständige und Interessenten zu Wort kommen und ihren Einfluss bei der Gesetzgebung geltend machen können.

Vielleicht dass der Russe sich mässigt, wenn ihm die hohe Politik einmal freigegeben wird und die Sucht, eine politische Rolle zu spielen, nicht mehr durch den Reiz des Verbotenen erhöht wird. Die Möglichkeit, sogar auf dem politischen Gebiete es Westeuropa gleichthun zu dürfen, würde vielleicht beruhigend wirken. Von Einfluss wäre die Form der Volksvertretung. Wenn diese sich aus Vertretern der Landschaften und der städtischen Kommunen zusammensetzt, so könnte immerhin eine Anzahl geeigneter Persönlichkeiten zusammengebracht werden, namentlich, da unter dem Grossgrundbesitz voraussichtlich eine gemässigt liberale Richtung vorherrschen würde. Die Selbstverwaltung könnte damit allerdings eine Arena für reinpolitische Kämpfe werden, aber sicher würde sie auch an Anziehungskraft gewinnen.

Vielleicht, dass es für den Anfang genügen würde, wenn der Volksvertretung mehr eine beratende Stimme eingeräumt würde — etwa in der Form, dass die Zustimmung nur einer Kammer erforderlich wäre, wobei dann der Reichsrat als erste Kammer eine Erweiterung, z. B. nach Art des preussischen Herrenhauses, zu erfahren hätte. Parlamentarische Redefreiheit könnte im Verein mit Pressfreiheit auch bei einer solchen Verfassung gute Dienste leisten, und die Wiederkehr derartiger Zustände, wie die gegenwärtigen, unmöglich machen.

Von grösster Bedeutung würde schliesslich sein, wie die Regierung ihr Verhältnis zur Gesellschaft gestaltete und ob sie es verstehen würde, eine Aufreizung des Radikalismus zu vermeiden oder ihn niederzuhalten, wenn er doch ohne ihr Dazuthun hervorbricht. Dass der Russe sich vor einer entschlossenen und selbstbewussten Regierung beugt, beweist die Gegenwart zur Genüge.

Mit der Möglichkeit eines ausserordentlichen Aufschwunges auf allen Gebieten muss in jedem Fall gerechnet werden, möge der russische Charakter zurzeit auch bis zu einem gewissen Grade unberechenbar sein. Wenn es in Russland unter einer liberalen Regierung nicht gelänge, für seine vielen und schweren innern Schäden eine Heilung anzubahnen, wenn statt dessen abermals vollste Zerfahrenheit eintritt, und aufs neue Trost in Dünkel und Chauvinismus

gesucht wird, dann wäre es nicht unmöglich, dass das Land für lange hinaus der Schauplatz innerer Wirren oder selbst herbeigeführter Eingriffe Westeuropas würde. Bei den Fortschritten jedoch, die Russland im Laufe dieses Jahrhunderts während der liberalen Perioden gemacht hat, ist eine optimistische Auffassung wohlberechtigt. Wie sich die Verhältnisse aber auch gestalten mögen — in jedem Fall giebt es kaum ein Land, dessen Entwickelung für die nächsten Jahrzehnte ein grösseres Interesse beansprucht, als das russische Reich.

In demselben Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Segensreiche Wirksamkeit

durch vier Generationen.

Vier Lebensbilder in Vorträgen:

Dorothea,
Herzogin von Württemberg . . . . . 1736—1798.

Maria Feodorowna,
Kaiserin von Russland . . . . . 1759—1828.

Katharina Pawlowna,
Königin von Württemberg . . . . . 1788—1819.

Olga Nikolajewna,
Königin von Württemberg . . . . . 1822—1892.

Von

J. Merkle,
Lehrer am Kgl. Katharinenstift in Stuttgart.

6 Bogen gr. 8°. Preis broschiert 1.50 Mk., elegant gebunden 2.50 Mk.

DUE DATE

	GL MAR 5		
	201-6503		Printed in USA

947.01 W52

Westländer

Russland vor einem regime-wechsel

1898

N.D.S. 3 Je

13875132

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES

0113875132

BUTLER STACKS